

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Einhundertdreißigste öffentliche Sitzung

Nr. 143

Donnerstag, den 9. Februar 1950

V. Band

	Seite
Geschäftliches . . . . .	691, 727, 732, 735
Schreiben der Freien Fraktionsgemeinschaft betr. Verteilung der Sitze im Präsidium . . . . .	692
Schreiben des Ministerpräsidenten betr. Bereitstellung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau, Straßen- und Wasserbau sowie die Wasserversorgung 1950 nebst Anträgen (Beilage 3344) . . . . .	692
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1949 (Einzelplan VII) — Beilage 2773 — (Fortsetzung der Beratung)	
Schmid Karl (CSU) . . . . .	692
Drechsel (SPD) . . . . .	697
Krempf (CSU) . . . . .	702
Weidner (FDP) . . . . .	705
Dr. Hille (SPD) . . . . .	708
Dr. Beck (SPD) . . . . .	710
Höllnerer (FFG) . . . . .	713
Staatssekretär Geiger . . . . .	715

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums für Wirtschaft	
Hagen Lorenz (SPD) . . . . .	715
Emmert (CSU) . . . . .	718
Dr. Rief (FFG) . . . . .	721
Prechtl (CSU) . . . . .	721
Staatssekretär Geiger . . . . .	722

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Kulturpolitische Fragen und des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten D. Strahmann und Genossen, Dr. Hille, Dr. Hoegner, Bezold Otto und Bodesheim betr. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen (Beilagen 3260 und 3314)	
D. Strahmann (CSU) [Berichterstatter] . . . . .	726

Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Staatsministeriums der Justiz betr. Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Neumann und	
--	--

verschiedener anderer Landtagsmitglieder (Beilage 3278)	
Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter] . . . . .	727
Michel (CSU) [Berichterstatter] . . . . .	727

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betr. Gesetz über die behördliche Zuweisung von Wohnungen (Beilage 3328) — Erste Lesung —	
Krempf (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . . .	727
Zietfch (SPD) [Berichterstatter] . . . . .	727
Krempf (CSU) . . . . .	731
Bezold Otto (FDP) [zur Geschäftsordnung] . . . . .	732
Dr. Hoegner (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . . .	732

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betr. Antrag des Amtsgerichtsrats Dr. Ruppert in Bad Kissingen auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der §§ 4, 5, 21 des Hebammengesetzes vom 21. Dezember 1938 (Beilage 3313)	
Scheffbeck (CSU) [Berichterstatter] . . . . .	732

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Entnazifizierungsfragen zum Antrag des Abgeordneten Zietfch betr. Einstellung von Zuzicherungsinhabern durch die Bundesbahn und Bundespost entsprechend dem Gesetz zur Überführung der bei der politischen Befreiung tätigen Personen in andere Beschäftigungen (Beilage 3240)	
Zietfch (SPD) [Berichterstatter] . . . . .	732
Zietfch (SPD) . . . . .	732
Dr. Hille (SPD) . . . . .	734
Huhh (CSU) . . . . .	734

Beitritt des Abgeordneten Georg Kerner zur Freien Fraktionsgemeinschaft (FFG) . . . . .	735
Nächste Sitzung . . . . .	735

Die Sitzung wird um 9 Uhr 12 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang eröffnet.

Präsident: Ich eröffne die 143. Sitzung des Bayerischen Landtags.



(Schmid Karl [CSU])

trieb innehat und leidet, der weiß sehr wohl, wie schwer diese Lasten auf den einzelnen drücken. Es ist ganz klar, daß die Kapitalknappheit und der schleppende Eingang der Zahlungen auf der einen Seite und die ununterbrochen fließenden sozialen Abgaben, Steuern usw. auf der anderen Seite einen ungesunden Zustand darstellen, der auf die Dauer nicht haltbar ist. Es wird also auch vom Landtag und von der Regierung, vom Land wie vom Bund, alles getan werden müssen, damit wir hier wieder auf eine normale, gesunde Grundlage kommen.

Ferner ist für die handwerkliche Wirtschaft die Feiertagsbezahlung und die Urlaubsgewährung eine besondere Belastung. Immer wieder führen alle möglichen Innungen und Betriebe in Zuschriften Klage darüber, daß ein Weiterbestehen dieser Lasten untragbar sei. Das sind Tatsachen, die wir uns ganz nüchtern zu Gemüte führen und die zu ändern wir mit allen Mitteln bestrebt sein müssen, um eine Gesundung herbeizuführen.

Ferner beginnt man sich nun auch in den handwerklichen Kreisen, wie ich anfangs schon erwähnt habe, über das Mitbestimmungsrecht Gedanken zu machen; man sagt: Ja, wie soll sich denn das auswirken etwa in einem eigenen, persönlichen Betrieb mit einem Meister und 5, 8 oder 10 Gesellen? Wie soll sich da ein Mitbestimmungsrecht in der Praxis durchsetzen? Ich meine, man müßte diesen an und für sich gesunden sozialen Gedanken so verwirklichen, daß er nicht das Gegenteil des Zweckes erreicht und eher eine Verschlimmerung und eine Verwirrung als eine Besserung der Wirtschaft als solcher herbeiführt. Also auch hier ist Überlegung und praktische Erfahrung notwendig, um die Dinge in das rechte Geleise zu bringen und nach beiden Seiten einen Ausgleich zu schaffen. Es ist ja bekanntlich so: In der handwerklichen Wirtschaft war die soziale Frage noch nie ein brennendes Problem, weil ja das Handwerk gleichsam das Reservoir für einen Ausgleich bildet, insofern der einzelne selber vom Stand des Gesellen zu dem des Meisters aufsteigt und als freier Mann seinen Betrieb und seine Existenz fördern kann, ganz im Gegensatz zur Industrie, wo der einzelne keine oder nur sehr geringe Aussicht hat, eine eigene Existenz zu erringen. Diese grundlegend verschiedenen Verhältnisse müssen auch bei der Frage des Mitbestimmungsrechts in einer gesunden Weise gewürdigt und die Dinge müssen so gestaltet werden, daß sie ihren Zweck und ihr Ziel erreichen können.

Dazu kommt nun noch die Preisbildung im einzelnen, ein Thema, das in der heutigen Wirtschaft eine sehr große Rolle spielt. Gewiß soll der Preis mit dem Lohn beziehungsweise dem Einkommen übereinstimmen, so daß der einzelne auf der einen Seite so viel verdient, daß er auf der anderen Seite seine Bedürfnisse normalerweise befriedigen kann. Hierfür ist notwendig, daß wir die Preispolitik, deren Gesundung wir im Handwerk immer angestrebt haben und die auch ein Programmpunkt des Handwerks ist, wieder auf eine gesunde Basis stellen können. Aber leider wird in sehr vielen Fällen gerade von Außenstehenden der Umstand nicht recht gewürdigt, daß im Handwerk die ganze Art der Produktion eine andere ist als bei der industriellen oder maschinellen Fertigung. Ein handwerklich erzeugter Gegenstand ist ein vollkommen an-

derer Begriff als ein Massenartikel. Auch hier ist das Bestreben des Handwerks hauptsächlich darauf gerichtet, eine Senkung der Preise — sei es durch Verbesserung der Arbeitsmethoden, sei es durch Verbesserung des Einkaufs — zu erreichen, um dem Volk, also dem Verbraucher, gerecht zu werden. Das Handwerk hat kein Interesse daran, daß etwa hohe Preise gefordert werden. Wir haben vielmehr das Interesse, die Preise so gestalten zu können, daß sie der Verbraucher erschwingen kann. Das ist eine Tatsache, die man leider gerade auch in der vergangenen Zeit nicht anerkannt hat. In dieser Hinsicht ist im Chaos der vergangenen Wirtschaftsperiode allerdings manches geschehen, was nicht gebilligt werden kann.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich ein ganz kurzes Wort sagen über die Bedeutung der handwerklichen Wirtschaft als solcher. Es ist doch heute so, daß wir Menschen des 20. Jahrhunderts von der allgemeinen Entwicklung so beeindruckt sind, daß man, wenn man von „Wirtschaft“ redet, einfach an die Industrie denkt, an Fabriken, an rauchende Schloten und an Massen von Arbeitern, aber nicht an die größere Gruppe der gesamten handwerklichen Wirtschaft als solche. Ich darf Ihnen nur einige Zahlen nennen, die wichtig sind, damit dieses Gebiet auch wirklich richtig beurteilt werden kann: Wir haben allein in Bayern etwa 100 000 Beschäftigte mehr als die bayerische Industrie. Das ist eine Tatsache, die der einzelne momentan wohl kaum für möglich hält. Er wird sagen: das kann doch gar nicht sein. Es ist aber statistisch festgestellt, daß das gesamte Handwerk etwa 100 000 Beschäftigte mehr hat, also eine Erwerbsgruppe darstellt, die eine größere Beachtung zu finden verdient.

Ferner bringt die schrankenlose, neu diktierte Gewerbefreiheit für das Handwerk eine fundamentale Änderung mit sich, deren Folgen erst in der künftigen Entwicklung mehr in die Erscheinung treten werden. Ich darf zur Einführung der Gewerbefreiheit vielleicht kurz folgendes bemerken: Gestern abend wurde ein Vortrag der Handwerkskammer Oberbayern über „200 Jahre Handwerkskultur“ gehalten. Es war geradezu erschütternd, zu hören, wie das Handwerk damals auf der Höhe seiner Leistungen stand und wie diese Höhe in der Revolutionszeit vor 100 Jahren allmählich verloren ging, wie die Innungen und Zünfte ihre Aufgaben nicht mehr erfüllten und ein Niedergang kam, so daß damals die Einführung der Gewerbefreiheit als Heilmittel betrachtet wurde. Aber die Einführung der Gewerbefreiheit hat sich damals als falsch erwiesen und wird sich auch jetzt als falsch erweisen. Ich möchte nur wünschen, daß die Zeitspanne, während welcher das Chaos besteht, nicht allzu lange dauert, damit nicht allzu viel Schaden angerichtet wird. Mir stehen einige Vergleichszahlen über die Entwicklung der Gewerbefreiheit zur Verfügung. Danach hatten wir am 31. Dezember 1948 in Bayern rund 190 000 Handwerksbetriebe mit 645 000 Beschäftigten. Drei Vierteljahre später, nach Einführung der Gewerbefreiheit, am 30. September 1949, betrug die Zahl der selbständigen Betriebe bereits 220 000; das ist eine Zunahme um rund 30 000 Handwerksbetriebe. Stellen Sie sich vor: Bei gleichbleibendem Volumen der Arbeitsmöglichkeit sind es 30 000 Betriebe mehr, die sich um diese Arbeit raufen! Um vorauszusagen, wie das ausgehen wird, braucht man kein studierter Volkswirtschaftler zu sein;

(Schmid Karl [CSU])

jeder einzelne kann beurteilen, daß das eine wirtschaftliche Katastrophe wird.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Was als Folge dabei herauskommt, werden vielleicht die Wohlfahrtsämter auch noch zu spüren bekommen. Leider haben damals alle unsere Warnungen, all unsere Gründe, die wir der Militärregierung gegenüber angeführt haben, nichts genützt. Es wurde einfach diktiert, und nun müssen wir sehen, ob wir die Sache wenigstens so meistern können, daß der Schaden nicht allzu groß wird.

Ferner haben wir den Einstrom der berufs-fremden Elemente. Es wird ja kein Befähigungsnachweis mehr verlangt, jeder kann anfangen, was er will, und das wird zum Teil ja auch wirklich praktiziert. Sie können sich vorstellen, daß das Einstromen dieser berufs-fremden Elemente nicht eine Förderung des Handwerks bringen, sondern eine Aufspaltung und ein Herabfallen der handwerklichen Wirtschaft zur Folge haben wird.

Ein weiteres Kapitel, das uns sehr zu schaffen macht, ist die Schwarzarbeit; aber nicht bloß uns, denn genau so beteiligt ist ja der Staat selbst. Die Schwarzarbeit ist heute so weit verbreitet, daß man es im einzelnen wohl kaum für möglich hält. Wirtschaftlich gesehen ist die Folge die, daß dem selbständigen, regulären Handwerker und Steuerzahler die Arbeit entzogen wird. Die Arbeit macht ein anderer, der aber keine Steuer zahlt. Der Staat ist hier also auch der Geschädigte. Dazu nimmt der Schwarzarbeiter dem Geschäftsmann, der sein Geschäft, seinen ganzen Betrieb mit allen Unkosten normal führen muß, den Auftrag weg.

(Dr. Hille: Wer sind die Auftraggeber, Herr Kollege? Das ist das Problem!)

— Jawohl, Herr Kollege Dr. Hille, es ist richtig, daß die Hauptursache bei den Auftraggebern liegt. Das ist eine wirtschaftliche Erkrankung, darüber besteht kein Zweifel. Es muß mit allen Mitteln versucht werden, dem zu steuern. Wir sind bestimmt keine Optimisten und glauben nicht, daß diese Erscheinung im Handumdrehen beseitigt werden kann. Aber eines muß grundsätzlich gesehen, daß nämlich dem Handwerk hier ein Schutz gewährt wird und auf der anderen Seite der Staat selbst nicht allzusehr ins Hintertreffen gerät. Es ist selbstverständlich eine einfache Rechnung, daß ein Schwarzarbeiter eine Arbeit billiger machen kann, weil er ja keine Sozialabgaben und keine Steuer zahlt und dazu vielleicht noch das Material beim Meister so nebenbei mitgenommen hat. Dann ist es keine Kunst, billiger herzustellen. Ich hoffe also, daß auch auf diesem Gebiet das allgemeine Verständnis für die Schädlichkeit der Schwarzarbeit zu einer Besserung beiträgt. Von Regierungs- und von Handwerkerseite aus sollte alles getan werden, was möglich ist, um diesen Krebschaden zu beseitigen.

Ein weiterer, alter Jammer für das Handwerk — leider muß ich sagen: „alter“ Jammer — sind die Regiebetriebe. Was ist ein Regiebetrieb? Ein Regiebetrieb ist eine Einrichtung einer städtischen oder staatlichen Behörde, die sich einen gewerblichen Betrieb angliedert. Damit meinen wir natürlich nicht Unternehmen wie zum Beispiel Gas- und Wasserwerke,

Straßenbahnen oder ähnliche Betriebe im allgemeinen öffentlichen Interesse. Selbstverständlich werden diese Unternehmen vom Staat oder von den Städten betrieben und müssen auch auf diese Weise geführt werden. Aber es gibt eine Anzahl von Regiebetrieben, die handwerkliche Arbeit verrichten. Der Staat selber oder die Kommunen sind es, die Fehler begehen, indem sie denjenigen, von denen sie die Steuern verlangen, die Arbeit vorenthalten. Das ist ebenso moralisch unrichtig wie wirtschaftlich falsch und insolgedessen muß auch hier Remedur geschaffen werden, indem die Regiebetriebe abgeschafft werden, wo sie überflüssig sind und wo sie keinen Zweck haben.

(Zuruf von der SPD: In der Reichsmarkzeit habt ihr nichts gemacht!)

— Mein werter Kollege, die Frage kennen wir so durch und durch, daß wir uns darüber vollkommen klar sind, weil wir uns nicht erst seit gestern mit ihr beschäftigen, sondern schon seit einigen Jahrzehnten. Ich möchte also das Wirtschaftsministerium besonders darauf hinweisen, daß diese Frage energisch aufgegriffen und in Ordnung gebracht werden muß.

Die Vergebung der öffentlichen Arbeiten — und ganz besonders das Submissionswesen — ist auch ein Kapitel, das wieder herrliche Blüten treibt. Auf dem Gebiet dieses neu auflebenden Submissionswesens ist die seit etwa 10 bis 15 Jahren angestrebte und zum großen Teil erreichte Ordnung vollkommen weggewischt, und es geht wieder frisch-fröhlich darauf los: der Billigste bekommt die Arbeit!

(Hagen Lorenz: Das stimmt nicht ganz, Herr Kollege, man sieht heute schon wieder auf Qualitätsarbeit!)

— Darauf kommt es ganz besonders an und wir würden es dankbar begrüßen, wenn auch von maßgebender Stelle aus bei der Vergebung staatlicher oder städtischer Aufträge darauf gesehen würde. Die Oberste Baubehörde kann ja einen Preis berechnen und weiß, was eine Arbeit, was ein Bau kostet. Dann kann sie auch beurteilen, ob der Unternehmer mit dem Mindestangebot überhaupt in der Lage ist, eine einwandfreie Arbeit zu liefern. In der Regel ist es nämlich so, daß an der Arbeit gespart und ein Pusch gemacht wird. Dann hat der Auftraggeber keinen Gewinn, sondern einen Verlust.

Ein besonderes Novum ist es, wenn Regiebetriebe, wie uns gemeldet worden ist, sich selber an Submissionen beteiligen und dann den Zuschlag bekommen, weil sie das billigste Angebot abgegeben haben. Das sind doch Auswüchse, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen. Diese Fragen, die sich aus der reinen Praxis ergeben, müssen auch einmal öffentlich hier besprochen werden.

Ferner wird große Klage darüber geführt — ich habe diese Angelegenheit vorher schon gestreift —, daß die Begleichung der Rechnungen auch durch Behörden ungeheuer schleppend erfolgt und der Handwerker dadurch in eine mißliche Lage kommt; denn das Bargeld, das er bräuchte, hat er zwar als Kredit draußen stehen, in Wirklichkeit kann er aber seine Löhne und die fortlaufenden Ausgaben nicht mehr bestreiten. Stellen Sie sich vor, welche Situation dadurch entsteht! Dazu kommt noch, daß es für das Handwerk außerordentlich schwierig ist, überhaupt einen Kredit zu erhalten, wenn der Einzelne einen

(Schmid Karl [CSU])

solchen beansprucht oder benötigt. Die Versicherungsanstalten des Handwerks, Krankenkassen, Lebensversicherungen, sind heute in der Hauptsache — das muß auch einmal gesagt werden — die Kreditgeber für das Handwerk. Allerdings können sie den großen Bedarf, der angefordert wird, bei weitem nicht decken, weil eben auch hier das Kapital beschränkt ist.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist noch auf einen Umstand hinzuweisen, der uns volkswirtschaftlich zu denken gibt: Der Altersaufbau im Handwerk ist heute ein geradezu besorgniserregender. Man kann ruhig sagen: Das Handwerk ist heute im allgemeinen überaltert; denn nicht selten stehen 70jährige, ja 80jährige heute noch an der Werkbank, weil sie keine andere Möglichkeit haben, zu existieren, und oft noch in der Regel todfroh sind, wenn sie noch arbeiten können. Leute, die heute durch irgendwelche Schicksalschläge, etwa ausgebombt, so vollkommen verarmt sind, daß sie keinen Pfennig mehr für sich haben und rein der Wohlfahrt zum Opfer fallen, haben vor 20 Jahren gutgehende Handwerksbetriebe und Geschäfte gehabt. Ist das nicht ein entsetzliches Schicksal, wenn Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und Steuern gezahlt haben, nun am Ende ihres Lebens vor einem absoluten Nichts stehen? Wenn solche Leute zu uns kommen und uns ihren Jammer vortragen, müssen wir ihnen sagen: „Ja, mein lieber Kollege, ich kann Dir nicht helfen!“ Wir müssen da nach Abhilfe trachten, damit auch diese bitterste Not ein Ende findet.

Eine weitere Frage des Handwerks ist die Berufsausbildung und der Nachwuchs, ein Kapitel, das ja in der letzten Zeit besonders aktuell war. Heute ist die Situation so, daß, wie auch der Wirtschaftsminister ausgeführt hat, der Kleine Befähigungsnachweis noch in Kraft ist. Das bedeutet, daß nur der im Handwerk den Nachwuchs ausbilden darf, der die Meisterprüfung abgelegt hat, und nicht jeder einzelne, der überhaupt keine berufliche Ausbildung aufzuweisen hat, auch noch Lehrlinge nehmen darf. Also der Kleine Befähigungsnachweis besteht nach wie vor und muß auch hier möglichst wieder in den Vordergrund geschoben werden, solange der Große Befähigungsnachweis außer Kraft gesetzt ist. In der Ausbildung des Nachwuchses liegt die Zukunft unserer Wirtschaft, unsere gesamte volkswirtschaftliche Zukunft begründet.

Es gibt hier Momente, die uns eine berechtigte Hoffnung geben, und es gibt auch andere Momente, die uns mit größter Sorge erfüllen. Es muß jedenfalls gesagt werden, daß gerade unter dem Nachwuchs, unter unseren Handwerkslehrlingen, Prachtwerke sind, die zu den besten Hoffnungen berechtigen. Wir von der Kammer sind bestrebt, alles zu tun, was die Ausbildung, die Gesamtausbildung unseres Nachwuchses fördern kann. Aber leider fehlen uns auch hier die notwendigen Mittel, um das durchzuführen, was wir als klare Notwendigkeit erkennen und was nur an dem materiellen Unvermögen scheitert. Das ist uns eine Sorge. Im vergangenen Jahr — und ich hoffe, daß es auch heuer genau wieder so sein wird — sind bei den Ausstellungen, bei Lehrlingsausstellungen, Gehilfenausstellungen, Schulfeiern usw., Leistungen gezeigt worden, die wirklich staunenswert sind und die anerkannt werden müssen.

Ferner hoffen wir, daß gerade die Handwerksmesse, die im vergangenen Jahr in München das erste Mal abgehalten wurde, den schlagenden Beweis von der Leistungsfähigkeit des Handwerks als solchen erbracht hat. Wir werden auch bei der Messe des Jahres 1950, die als Deutsche Handwerksmesse, das heißt als Westdeutsche Handwerksmesse, in München stattfinden wird, den Beweis erbringen, daß unsere Kollegen in Norddeutschland, in Rheinland/Westfalen und Niedersachsen — wie überhaupt ganz Westdeutschland — erkannt haben: Was hier in München begonnen wurde, ist eine deutsche Sache! Wir haben uns darüber gefreut und hoffen, daß auch in diesem Jahr der Erfolg entsprechend sein wird.

Eines ist interessant, und das darf ich vielleicht auch anführen: Haben Sie schon einmal den Almanach unseres Landtags durchgeblättert? Dann werden Sie finden, wieviele unserer Kollegen, die heute in sehr maßgebenden Stellen sind, ihre Ausbildung als Lehrlinge eines Handwerks begonnen haben und im Laufe der Ereignisse durch ihre Tüchtigkeit in Stellungen gekommen sind, in denen sie Maßgebliches und Respektables leisten. Gerade im Hinblick auf unsere Nachwuchsfrage darf ich Ihnen sagen: Wenn einer ein tüchtiger Kerl ist, dann kann er auch etwas werden. Das eifert auch die Jugend an und begeistert sie. Ich habe mit Genugtuung festgestellt, daß bei vielen Kollegen der Vermerk zu lesen war: Begann als Lehrling in dem und dem Handwerk.

Das sind also Tatsachen, die wir auch einmal herausstellen müssen. Ich darf noch kurz etwas über die Struktur des Handwerks sagen. Wenn man vom Handwerk spricht, denkt man meistens an einen sehr kleinen Kreis. In Wirklichkeit gibt es aber bei uns zum Beispiel 150 Vollhandwerke, 150 Möglichkeiten; wenn man sie ausführen wollte, würde der einzelne wohl bei der Frage in Verlegenheit kommen: Was sind denn das eigentlich alles für Handwerke? Neben diesen 150 Vollhandwerken gibt es noch 450 Spezialhandwerke und Teilhandwerke, die sich auf etwas spezialisiert und die dadurch eine besondere Leistungssteigerung erfahren haben. So darf ich wohl sagen, daß die gesamte Struktur des Handwerks dazu angetan ist, daß wir wohl berechtigt sind, auch in der jetzigen Situation nicht zu verzweifeln, sondern mit Energie und Entschlossenheit alle zusammenzuarbeiten, sowohl die Regierung als die gesamte Öffentlichkeit, der einzelne, das Handwerk, die Industrie — es gehört ja das alles zur Wirtschaft. Wir sind nicht so einseitig, uns einzubilden, es gebe nur eine handwerkliche Wirtschaft, nein, sondern wir wollen nur den Platz beanspruchen, der uns auf Grund unserer ganzen Struktur und unserer zahlenmäßigen Überlegenheit gebührt.

Einen weiteren Punkt, der auch schon angeführt worden ist, muß ich noch streifen: Das ist die Exportfrage. Daß das Handwerk von sich aus alles tut, was möglich ist, um den Export zu beleben und zu fördern, dazu, glaube ich, Ihnen nur versichern zu müssen, daß ich Kenntnis davon habe und weiß, wie rührig unsere Leute auf diesem Gebiet sind. Aber die große Schwierigkeit besteht eben darin, daß der Export an und für sich heute noch so ungeheuer erschwert ist. Es hat mir erst bei einer Versammlung in Oberammergau ein Schnitzer gesagt: Ich hätte einen Auftrag von

(Schmid Karl [CSU])

mehreren hundert Dollar bekommen, ich konnte ihn aber nicht ausführen, weil es mir einfach nicht gelungen ist, eine Genehmigung zu erhalten.

Zu dem Zweck haben wir bei den Handwerkskammern in Bayern eine eigene Abteilung für Gewerbeförderung und Export eingerichtet, um den Handwerkern an die Hand zu gehen und den Export zu ermöglichen.

Ein weiterer schwerwiegender Punkt ist der, daß wir gegenüber dem Ausland noch nicht konkurrenzfähig sind, weil unsere Exportpreise viel zu hoch sind. Wir können da im Wettbewerb nicht auftreten. Das hat wiederum seinen Grund, wie ich Ihnen vorher ausgeführt habe, in der Belastung der handwerklichen Wirtschaft als solcher mit Steuern, sozialen Abgaben und allen diesen Dingen. Wenn man Gelegenheit hat, sich heute ein wenig im Ausland umzusehen, muß man mit großer Betrübnis feststellen, daß wir uns in Deutschland in den letzten 15 Jahren leider nicht entwickelt haben, sondern bestenfalls stehen geblieben sind oder sogar einen Rückschritt gemacht haben. Das ist nur allgemein gesagt; es gibt selbstverständlich auch Ausnahmen. Aber wer weiß, wie zum Beispiel in der Schweiz heute das Handwerk ausgebildet ist und welche Möglichkeiten das Schweizer Handwerk hat, muß mit Bedauern feststellen, daß wir noch weit im Hintertreffen sind. Es wird alle Energie und Arbeitsfreudigkeit erfordern, um das wieder nachzuholen, was wir versäumen mußten.

Auf die anderen Ursachen kann ich hier nicht eingehen; das würde zu weit führen. Auch hier sind wir im Benehmen mit dem Wirtschaftsministerium beziehungsweise im Benehmen mit der Handwerksabteilung stets und ständig daran, das anzustreben, was notwendig ist und was uns wieder konkurrenzfähig machen und damit unsere Wirtschaft ins Gleichgewicht bringen kann.

Ein Punkt, der uns sehr behindert, ist das derzeitige Interregnum, die Gesetzmäßigkeit unserer Organisationen. Das ist ein Zustand, der nicht lange dauern darf, weil die Wirkungen, die eintreten müssen, einfach verheerend sind. Darüber besteht kein Zweifel. Man braucht den Menschen von heute ja bloß zu kennen, um zu wissen, daß er, wenn eine höhere Einsicht verlangt wird, dafür schwer zu gewinnen ist. Es ist so, daß die Organisationen, die Innungen, die Handwerkskammern, heute keine gesetzliche Grundlage haben. Das ist ein Zustand, der bis jetzt noch nicht da war. Gerade in diesem Jahr 1950, in dem am 1. April die Handwerkskammern ihren 50. Geburtstag feiern, ist die Tatsache festzustellen, daß wir weiter zurückgeworfen sind, als dem Stande vor 50 Jahren entspricht. Das muß erst wieder aufgeholt und in Ordnung gebracht werden. Dazu brauchen wir die Unterstützung sowohl des Wirtschaftsministeriums als auch der gesamten Regierung. Was vom Handwerk aus geschehen kann und muß, wird von dort aus auch geschehen.

Eine große Schwierigkeit ist nur darin zu erblicken, daß wir in den Westzonen dreierlei Handwerksrecht haben, genauer gesagt zweierlei, da die Organisationen in der US-Zone mangels gesetzlicher Grundlage überhaupt kein Recht haben. Die britische Zone ist besser daran, weil dort die handwerk-

lichen Organisationen auch von der Besatzungsmacht anerkannt wurden und ruhig weiterarbeiten können. In der französischen Zone ist es so, daß an der ganzen Organisation überhaupt nichts geändert und sie übernommen wurde, wie sie 1945 war, so daß damit dem Handwerk ein normaler Boden gegeben ist, um weiterzuarbeiten.

Wir verlangen nun in Bonn ein allgemeines Handwerkergesetz und ein Organisationsgesetz. Sie können sich aber vorstellen, daß es der französischen Zone und der britischen Zone gar nicht pressiert; sie sagen: Nein, nein, wir haben gar kein Interesse daran! Die US-Zone hat bis dahin das Chaos und kann zusehen, wie sie im Vergleich zu den anderen Zonen wirtschaftlich ständig absinkt. Das sind Tatsachen, die unter allen Umständen so schnell wie möglich geändert werden müssen. Wir werden auch in Bonn dazu übergehen müssen, strikte zu fordern, daß diesem unerträglichen Zustand ein Ende gemacht wird. Dazu kommt ja noch, daß alles, was sich dort drüben in den anderen Zonen nicht ansiedeln kann, zu uns herüberkommt und damit das Chaos noch mehr vergrößert. Ein Beispiel: Wenn Sie durch unsere Straßen gehen, können Sie die Folgen dieser „Freiheit“ selber sehen und prüfen.

Ich glaube, alle wirtschaftlichen Fragen angeführt zu haben, die uns im Handwerk zur Zeit bedrücken und bedrängen. Ich darf die Hauptpunkte vielleicht nochmals ganz kurz zusammenfassen: Es sind das in erster Linie der zunehmende Auftragsmangel, zweitens die Geldknappheit infolge der zunehmenden Außenstände, drittens die Schwierigkeiten in der Preisgestaltung wegen der Vorbelastung der Handwerksbetriebe mit öffentlichen Auflagen aller Art und viertens Schwarzarbeit und Regiebetriebe. Diese Ursachen müssen beseitigt und die Verhältnisse müssen wieder in Ordnung gebracht werden.

Zum Schluß möchte ich noch ein Wort sagen. Sollen wir in dieser Situation sowohl im Handwerk wie in unserer gesamten Wirtschaft verzweifeln und sagen: Ach, das hat ja alles keinen Wert, lassen wir alle fünf gerade sein und tun wir überhaupt nichts mehr!? Nein, das werden wir nie tun, sondern wir sind zutiefst davon überzeugt, daß das Handwerk sowohl wirtschaftlich wie sozialpolitisch wie volkspolitisch eine absolute Notwendigkeit und ein natürlicher Zustand ist. Infolgedessen wird das Handwerk auch die jetzigen Schwierigkeiten überwinden. Mit seiner natürlichen Kraft, seiner Entschlossenheit und seinem Willen wird es möglich sein, das Notwendige zu erreichen und wieder auf eine gesunde Basis zu kommen. Das klare und fortwährend angestrebte Ziel unserer gesamten Handwerkspolitik ist es, dem Handwerk wieder eine gesunde Grundlage zu geben, seine Leistungen als unabhängiger Stand zu steigern und überhaupt einen leistungsfähigen, wirtschaftlich gesunden Mittelstand zu erreichen. Das sind die Erkenntnisse im gesamten Handwerk.

Ich bitte hier an dieser Stelle das gesamte Parlament wie auch ganz besonders die Regierung, Verständnis für die große Frage der handwerklichen Wirtschaft zu haben. Wenn unser Bemühen gelingt, werden wir nicht nur dem Handwerk, sondern dem ganzen Volk einen Dienst erwiesen haben.

(Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Drechsel.

**Drechsel (SPD):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich möchte zunächst einmal dem abwesenden Herrn Wirtschaftsminister und auch dem anwesenden Herrn Staatssekretär für das Wirtschaftsministerium dazu gratulieren, daß die wirtschaftspolitischen Fragen endlich einmal im Landtag ohne Zeitnot und ohne ein gewisses Drängen des Präsidenten und der Mitglieder des hohen Hauses auf Schluß der Aussprache nicht am Ende einer Sitzung besprochen werden müssen. Ich würde wünschen, daß die gestern begonnene und heute fortgesetzte Debatte trotz einer absichtlich herausgekehrten Gegenätzlichkeit fortgeführt würde bis zu dem Stadium, wo wir *Berührungspunkte* finden, aus denen wir dann die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen können. Von diesem Stadium ausgehend müßten wir die Maßnahmen durchdenken, die uns unbedingt weiterhelfen könnten und uns auch weiterhelfen müssen. Sowohl die Kontroverse Dr. Kroll — Dr. Beck als auch die Wirtschaftsentwicklung in den letzten 20 Monaten in Westdeutschland — verzeihen Sie mir diese Gegenüberstellung, aber sie hat einen besonderen Zweck! — ist nicht der Weisheit letzter Schluß in der Wirtschaft Westdeutschlands.

Wir wissen, daß gegenwärtig auf der ganzen Linie eine wirtschaftspolitische Diskussion eingeleitet hat. Wenn Sie die Wirtschafts-Fachpresse zur Hand nehmen, dann merken Sie, daß die besten Köpfe zur Zeit um die einschlägigen Probleme ringen. Nehmen Sie dann noch dazu die Äußerungen der für die Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland mitverantwortlichen Stellen der Besatzungsmächte, dann merken Sie, daß diese Kreise mit der Entwicklung genau so unzufrieden sind wie wir auch. Berücksichtigen Sie ferner die Tatsache, daß vielleicht jetzt in der gleichen Stunde im Bundestag in Bonn über diese wirtschaftspolitischen Fragen eine Auseinandersetzung beginnt, die von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Westdeutschlands sein kann, dann müssen Sie, glaube ich, wenn Sie sich das alles überlegen, erkennen, daß es des Bayerischen Landtags würdig und ihm auch angemessen ist, sich über diese Probleme der Wirtschaft mit allem Ernst zu unterhalten, und zwar aus folgenden Gründen.

Wir sind ein föderativer westdeutscher Bundesstaat, der wirtschaftlich entstanden ist aus dem Provisorium des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, das uns ja noch sehr gut in Erinnerung ist. Diesem Vereinigten Wirtschaftsgebiet stand der *Wirtschaftsrat* und wirtschaftlich gesehen letzten Endes der *Wirtschaftsdirektor* vor. Erinnern Sie sich bitte einmal an diese Zeit zurück! Wirtschaftlich betrachtet und in der ganzen Entwicklung gesehen war das tatsächlich die unglücklichste Zeit; denn aus diesem Direktoratsystem entwickelte sich infolge des Fehlens einer echten parlamentarischen Kontrolle — die Währungsreform wurde von ihren Initiatoren zweifellos zu optimistisch beurteilt — in den ersten Monaten nach der Währungsreform ein System der *Wirtschaftsdiktatur*. Und heute leiden wir unter diesem Diktat, das damals eingeführt wurde, und dem Diktator auf wirtschaftlichem Gebiete ist auch nicht mehr ganz wohl, und diejenigen, die ihm Gefolgschaft geleistet haben, sinnen auf Abhilfemaßnahmen in Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Ideen über die freie Marktwirtschaft nicht einzig und allein im Kopfe eines Professors Dr. Erhard entstanden sind, sondern daß er dabei Lehrmeister hatte, die eine sehr große Rolle gespielt haben. Einer seiner Lehrmeister ist der Herr Professor Köpke in Genf, der hervorragendste Vertreter der sogenannten freien Marktwirtschaft. Angesichts der Entwicklung in Westdeutschland in den letzten 20 Monaten hat dieser Theoretiker der freien Marktwirtschaft seine eigene Auffassung einer wesentlichen *Korrektur* unterzogen. Es war für mich außerordentlich interessant, als er vor etwa 3 Wochen in Frankfurt am Main im Beisein des Herrn Wirtschaftsministers Dr. Erhard wieder einmal gesprochen hat und dabei angesichts der Entwicklung gerade in Westdeutschland zu ganz anderen Schlußfolgerungen gekommen ist. Er befürwortet zwar diese freie Marktwirtschaft noch in sehr weitgehendem Maße, kommt aber dann doch zu dem Ergebnis, daß auch die freie Marktwirtschaft ohne gewisse *Eingriffe* nicht auskommen kann.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen aus seinem Referat einige wenige Sätze bekanntgebe. Er kam bei der Betrachtung der Marktwirtschaft zu dem Schluß: „daß die Marktwirtschaft zwar die allein mögliche Lösung für eine vollentwickelte moderne Wirtschaft sei. In ihr stehe der Konsument als der Souverän im Mittelpunkt und der sogenannte freie Preis wirke als Rechenmeister, dem der staatliche Befehl in der Kollektivwirtschaft gegenübersteht, und außer diesen Vorzügen“ — so sagt Herr Professor Köpke — „bringe die Marktwirtschaft eine wesentlich höhere Produktivität mit sich“. Dann aber sagt er: „Diese Erkenntnisse dürften nicht theoretisch-dogmatisch angewendet werden, sondern es sei erforderlich, den Weg einer reformierten Marktwirtschaft zu beschreiten, die zwar am marktwirtschaftlichen Prinzip festhalte, aber Eingriffe, die seinem Wesen nicht widersprechen, zulasse.“ Meine Damen und Herren, das ist eine Wandlung in der Begriffsbestimmung der freien Marktwirtschaft, daß man geneigt ist, wegen der Tatsache aufzuatmen, daß sich doch so langsam auch in der theoretischen Diskussion Wandlungen einschleichen können.

(Zuruf: Zwangsweise!)

Ich glaube, der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, wo die Theoretiker der Wirtschaftspolitik in Deutschland langsam zu einer Einigung kommen. Ich möchte die Reise des bayerischen Wirtschaftsministers im gegenwärtigen Zeitpunkt nach Bonn vom föderativen Standpunkt aus dahin deuten, daß er im Bundesrat gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister seine eigene Meinung und die seines Landtags zum Ausdruck bringt. So verstehe ich nämlich den *föderativen* Aufbau des westdeutschen Bundesstaats.

(Zuruf bei der CSU: Nehmen wir gerne an!)

Ich glaube, daß das in der wirtschaftspolitischen Entwicklung nach der Währungsreform leider zu wenig geschehen ist. Vergessen Sie nicht, daß der Aufbau des westdeutschen Bundesstaats auch heute noch nicht ganz vollendet ist und daß diejenigen, die als Minister an der Spitze dieses westdeutschen Bundesstaates stehen, mit dem Aufbau nicht ganz zufrieden sind. Das hat sich insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet so ausgewirkt, daß man die Führung in der *Wirtschaftspoli-*

(Drehjel [SPD])

t ist zu sehr einzelnen Personen überlassen hat. Ich bilde mir ein, daß es dem Herrn Wirtschaftsminister während seiner Etatrede nicht ganz wohl dabei war, als er unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnete, die, wie er sagte, vom sittlichen Gebot erfüllt sein muß. Er hat allerdings eine Einschränkung vorgenommen, und ich betrachte das als seine eigene Kritik der Marktwirtschaft, wenn er gefordert hat, es müsse ein Ausschlagen der Wirtschaftspolitik zuungunsten der breiten Massen des Volkes verhindert werden. Das ist eben die Krankheit der freien Marktwirtschaft, wenn sie zuungunsten der breiten Massen ausschlägt. Man sollte doch angesichts der Tatsache von zwei Millionen Arbeitslosen in Westdeutschland und all der anderen sozialen Erscheinungen, die wir zu verzeichnen haben, das Wort „sozial“ vor diesem Wirtschaftssystem einmal weglassen

(Sehr richtig! bei der SPD)

und sollte sich anstrengen, wirklich zu einer sozialen Wirtschaft — die braucht dann nicht Marktwirtschaft oder etwa Planwirtschaft zu heißen — zu kommen. Saffen wir es ruhig bei der Bezeichnung „freie Marktwirtschaft“; denn das war es ja tatsächlich, was wir seit der Währungsreform gehabt haben. Als solche wurde sie nämlich nach dem Gedankengut des von Bayern nach Frankfurt und dann nach Bonn „exportierten“ freiwirtschaftlichen Professors Dr. Erhard seit zwei Jahren bei uns in Westdeutschland vorexerziert. Wenn sich jetzt viele ehemalige Anhänger, zum Beispiel gerade Handwerkskreise und vor allen Dingen auch Kreise der Landwirtschaft, von der freien Marktwirtschaft absetzen versuchen, so sollte uns das als Sozialdemokraten sehr freuen. Und wir freuen uns tatsächlich sehr darüber und wir hoffen, daß die kommende Entwicklung uns in unserer eigenen wirtschaftspolitischen Konzeption gerade aus diesen Kreisen wertvolle Bundesgenossen bringt.

Wenn man aber zu diesem Schritt des langsamen Sichabsetzens auch von der geistigen Grundlage der freien Marktwirtschaft kommt, dann muß man eben neue Wege in der Wirtschaftspolitik suchen, und die kann man nur finden, wenn man die Fehler einseht, die man seit der Zeit gemacht hat, wo wir in Deutschland wieder eine eigene Wirtschaftspolitik treiben konnten. Das ist ohne Zweifel der Zeitpunkt der Währungsreform im Juni 1948, die Zeit, wo wir wieder in die europäische und in die Weltwirtschaft hineingestellt wurden, und sei es auch nur in die Organisation des europäischen Wiederaufbauprogramms. Man muß sich die Situation in jener Zeit und das, was jetzt ist, vor Augen halten, um zu verstehen, woran wir — wirtschaftlich gesehen — heute eigentlich sind.

Meine Damen und Herren, es war doch so: Die deutsche Wirtschaft folgte und folgt auch heute noch der neuorganisierten Wirtschaft Westeuropas in einem sehr weiten Abstand. In entscheidenden Produktionen der einzelnen westeuropäischen Länder ist die Vorkriegsproduktion nicht nur erreicht, sondern in den Kerngebieten weit überschritten. Wir rangieren weit hinter den westeuropäischen Ländern. Frankreich meldet einen Produktionsstand von 128 Prozent gegenüber dem Jahr 1938 und die skandinavischen Länder melden einen Stand der Produktion von mindestens 115 bis 120 Prozent gegenüber 1938, ein immerhin sehr wesent-

licher Fortschritt gegenüber dem noch weit zurückliegenden Westdeutschland. England hat im Jahr 1949 seinen Export nicht nur wertmäßig — was für die Handelsbilanz von einer außerordentlichen Bedeutung ist — um etwa 40 Prozent über den Stand von 1938 steigern können, auch mengenmäßig ist der Export auf 158 Prozent gegenüber dem Jahr 1938 gestiegen. Unter welchen Bedingungen und langjährigen Entbehrungen das in England erreicht wurde, dürfte nicht ganz unbekannt sein. Es müßte aber ebenso bekannt sein, daß damit — und das ist das Ausschlaggebende in England — die Vollbeschäftigung erreicht wurde. Es ist sehr wichtig zu wissen, um daraus gewisse Schlussfolgerungen für unser eigenes Land zu ziehen, daß man in England nach diesem Krieg die Arbeitslosigkeit im wesentlichen hintanhaltend und beseitigen konnte.

Aber noch wichtiger ist, daß die Erholung der Volkswirtschaften dieser anderen europäischen Länder früher eingeseht hat als in Westdeutschland, nämlich kurz nach dem Krieg. Sie ist deshalb in den einzelnen Ländern bedeutend länger wirksam. Erreicht haben diesen Zustand diese Länder mit einer genau dosierten Einfuhr, darauf bitte ich besonders achtzugeben, die nach den Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft berechnet war. Diese berechnete Einfuhr oder besser gesagt: die Lenkung der inneren Wirtschaft von der Außenhandelsseite her oder, wenn Sie wollen, vom Gesichtspunkt des vertretbaren Lebensstandards aus ist auch heute von diesen Ländern noch nicht aufgegeben trotz aller Schlagworte von der Liberalisierung des Handels. Betrachten wir uns dagegen die Lage in Deutschland!

Die deutsche Wirtschaft hatte seit 1939 eine Periode der Substanzverluste und in Bezug auf seine Arbeitskräfte eine Periode des dauernden Kräfteverzehr bis zur Währungsreform durchzumachen. Diese Periode war ungleich schmerzhafter und in ihren Wirkungen auch nachhaltiger als die Schäden, die auf den anderen Volkswirtschaften in Europa lasteten. Sie brauchen sich an den Produktionszahlen in Westdeutschland nicht zu sehr begeistern. Manche bilden sich ein, daß sie mit der Vertretung marktwirtschaftlicher Ideen wesentlich zu diesen leuchtenden Produktionszahlen in Westdeutschland beigetragen haben. Für mich ist diese Entwicklung seit der Währungsreform nur insofern ein Wunder, als die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger und der auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Menschen bis jetzt alles über sich hat ergehen lassen, was seitdem geschehen ist. Dieses Wunder stellt sich nämlich als eine ganz einfache Tatsache heraus. Nach der Währungsreform war das Regulative „Geld“ wieder vorhanden, und damit ist alles geklärt. In einer vollständig normalen Wirtschaft ist die Wirkung dieses Regulativs „Geld“ auf dem freien Markt sehr schön. Aber hatten wir damals im Juni 1948 in Westdeutschland eine normale Wirtschaft? Im Juli 1948 hatten wir ungefähr eine 50prozentige Ausnutzung unserer volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu verzeichnen. Die Produktion machte damals durchschnittlich etwa 54 Prozent des Standes von 1938 aus. In den wichtigsten Konsumgüterindustrien lag sie sogar weit unter diesem Stand. Bei einem solchen Zustand, bei dem Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt in einem so krassen Mißverhältnis standen, konnte das Zaubermittel „Geld“ nicht im rein volkswirtschaftlichen Sinne zur Wirksamkeit kommen, sondern es mußte so

## (Drehsel [SPD])

kommen, wie es tatsächlich der Fall war. Wenn man diese Entwicklung heute betrachtet, möchte man sagen: Die westdeutsche Wirtschaft hat angefangen, sich vom Schwanz aus langsam aufzuzehren. Denn die davongelaufenen Preise und die zurückgebliebene Realkaufkraft stehen sich doch vollständig diametral gegenüber. Der Zustand, den wir heute, lieber Kollege Schmid, erleben, ist dieses Mißverhältnis zwischen den vorhandenen Preisen und der tatsächlich vorhandenen Realkaufkraft. Ich erkläre hier, ohne auf theoretische Erörterungen einzugehen: Wenn es die deutsche Wirtschaft nicht versteht, sich in der Zukunft sozusagen am eigenen Schopf aus dieser Situation, aus diesem Sumpf herauszuziehen, auf die Hilfe vom Ausland können wir uns nicht verlassen. Glauben Sie mir: Es gibt heute Kreise innerhalb der deutschen Wirtschaft, die dieses Mißverhältnis zwischen Preisen und Löhnen unter allen Umständen beseitigt sehen wollen. Das ist die einzig gesunde Lösung.

(Huth: Sie sprechen aber auch der freien Wirtschaft das Wort!)

— Lieber Kollege Huth, ich lasse mich auf sogenannte theoretische Auseinandersetzungen über freie Wirtschaft und Planwirtschaft, oder wie man die zukünftige westdeutsche oder europäische Wirtschaft nennen will, nicht ein. Ich werde Ihnen aber nachher noch beweisen, daß ich kein Vertreter der freien Wirtschaft bin, wenn ich auf das Geld- oder Kreditproblem zu sprechen komme.

(Huth: Der Satz lag in dieser Linie.)

Das Preis- und Lohnproblem beginnt langsam in das Stadium zu treten, in dem es unbedingt gelöst werden muß. Ein ausgesprochenes Unternehmerblatt wie die in Karlsruhe erscheinende „Wirtschafts-Revue“ hat in einem Neujahrsartikel über die Betrachtung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse am Schluß etwas geschrieben, was ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Ich möchte diesen Satz den deutschen und auch den bayerischen Unternehmern etwas unter die Nase reiben. Die „Wirtschafts-Revue“ schreibt in ihrer Nummer 51 am Schluß des Artikels:

„Was wir aber im kommenden Jahr und schon zu Beginn verkraften müssen, sind die angemeldeten und mit Sicherheit zu erwartenden Lohnforderungen. Wir glauben, daß es nicht schwer sein wird, auch dieses Problem zu lösen. Zu erwartende Preisentfaltungen auf der einen Seite und die zunehmende Kosten-Degression auf der anderen Seite lassen einen Spielraum, der groß genug ist, um den Ausgleich herbeizuführen.“

Da ist das Problem anzupacken, wo es eigentlich anzupacken ist! Wir können uns nur durch eine Steigerung der Realkaufkraft wieder den notwendigen Absatz in den einzelnen Industrien schaffen. Wenn wir nicht dazu kommen, das Preisproblem irgendeiner Lösung entgegenzuführen, dann, glaube ich, wird es uns auch nicht gelingen, die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu beseitigen. Das ist nicht allein ein Kreditproblem, sondern tatsächlich ein Problem des anständigen Wirtschaftens.

Der Herr Wirtschaftsminister hat in seiner Rede selbst auf die Handelsspannen hingewiesen. Man muß dieses Problem der Handelsspannen in Be-

zug auf Preise und Realkaufkraft wirklich so nehmen, — Kollege Krempl, haben Sie keine Angst!

(Krempl: Ich habe keine Angst. Man muß es so nehmen, wie es die Steuern ermöglichen!)

— wie es ist. Aber, meine Damen und Herren, solange Grundstoffe der Wirtschaft mit Handelsspannen belegt sind, die in der heutigen Zeit einfach nicht mehr vertretbar sind, werden wir zu keiner anständigen Preislösung kommen.

(Sehr richtig! links.)

Ich werde Ihnen ein einziges Beispiel nennen. Bis 1945 kosteten Braunkohlenbriketts ab rheinischem Braunkohlenwerk den Großhändlern je Tonne 12 Mark, also 60 Pfennig je Zentner.

(Stinglwagner: Das war aber ein politischer, kein wirtschaftlicher Preis!)

— Herr Kollege Stinglwagner, auch heute haben wir einen politischen Kohlenpreis, nur von einer anderen Seite betrachtet. Es kommt aber jetzt nicht auf den Preis ab Werk an, sondern ich will Ihnen etwas anderes zeigen. Der Zentner Braunkohlenbriketts kostete also damals ab Werk 60 Pfennig. Der Kleinhandelspreis betrug damals pro Zentner 1.03 bis 1.10 Mark bei einer Entfernung von 30 Kilometern. Heute werden die Braunkohlen aus demselben Werk zu 17 bis 18 Mark je Tonne abgegeben; das sind 85 Pfennig pro Zentner, und das ist ebenfalls wieder ein politischer Preis. Die Preissteigerung bei der Produktion beträgt also nur 50 Prozent. Im Kleinhandel kosten aber die Briketts in Ortschaften, die 30 Kilometer vom Werk entfernt sind, heute je Zentner 2.20 bis 2.50 DM.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Die Differenz von 1.30 bis 1.60 DM nehmen Handel und Transport in Anspruch.

(Bezold Otto: Wieviel der Transport?)

— Die Transportkosten betragen bei 30 Kilometern je Zentner 7 Pfennig.

(Stinglwagner: Das ist ausgeschlossen, das stimmt ja nicht!)

— Herr Kollege Stinglwagner, rechnen Sie es, bitte, nach! Die Handelspanne beträgt nämlich abzüglich der Transportkosten gegenüber dem früheren Zustand, als sie bei 1.10 DM so einigermaßen erträglich war, heute 83 Prozent des Grundpreises. Meine Damen und Herren, ist das bei einem Grundstoff eine angemessene Handelspanne?

(Emmert: Darin ist doch die Fracht ab Werk mit enthalten!)

— Nein, in den 83 Prozent ist die Fracht nicht mit enthalten.

(Maier Anton: Das stimmt ja nicht!)

Meine Damen und Herren! Wir sind jetzt so weit, daß wir an diese Handelsspannen von den Grundindustrien aus herangehen müssen. Die Gefahr, daß wir uns in der weiteren Entwicklung in sogenannten Preisbindungen und Preisverabredungen verlieren, ist außerordentlich groß. Wenn der Herr Wirtschaftsminister Dr. Erhard ein Dekret zur Preisstiegersgesetz ankündigt, dann muß es in der Wirtschaftsentwicklung bereits zu Erscheinungen gekommen sein, die ihm selbst nicht mehr angenehm sind. Ich habe in der letzten Wirtschaftsausschusssitzung auf diese

**(Drechsel [SPD])**

Preisbindungen hingewiesen und habe an Beispielen nachgewiesen, daß in der Industrie trotz des bestehenden Verbots wieder Preisabreden vorhanden sind. Ich verweise hier nur auf die Herrenkonfektions- und Damenkonfektionsindustrie. Durch die Wirtschaftspresse ging vor einiger Zeit die Meldung, daß man, um die Preise unter allen Umständen zu halten, sogar zu Produktions-einschränkungen übergegangen ist. Wenn sich in der Wirtschaft wieder solche Methoden herausbilden, so ist das außerordentlich gefährlich.

(Maier Anton: Woher kommen denn die vielen Konkurse?)

— Mein lieber Kollege, ich werde Ihnen darauf die einzig richtige Antwort geben: Die Erscheinung, die ich Ihnen vorhin genannt habe — daß sich die westdeutsche Wirtschaft infolge des Fehlens einer wirklich notwendigen Kaufkraft vom Schwanz her selbst aufricht — ist der Grund der Konkurse.

(Zuruf des Abgeordneten Hofer.)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir im Zusammenhang mit dem Preisproblem einen Hinweis auf unser *Importstern*! Der Kenner weiß, daß man bei den Importen anscheinend ein Heidengeld verdienen kann; sonst könnte es nämlich nicht vorkommen, daß man sich wie die Nasgeier auf den Import stürzt. Die Entwicklung auf diesem Gebiet ist außerordentlich interessant. Ich gebe Ihnen jetzt einige Ziffern nach einem Stichtag bekannt, an dem durch das Wirtschaftsministerium Ausschreibungen für zu importierende Textilwaren beziehungsweise Baumwollgarne usw. vorgenommen wurden. Es wurden an diesem einen Tag der Ausschreibung für die Einfuhr von Baumwollgarnen 2,6 Millionen Dollar bewilligt. An dem gleichen Tage wurden für die Einfuhr von Baumwollgarnen 73,2 Millionen Dollar gezeichnet. Für diesen Betrag forderten also die Importeure die entsprechenden Devisen an. Die Zuteilung betrug nur 2,1 Prozent der Anforderung. Bei Baumwollgeweben — daran scheint besonders gut verdient zu werden — war der für die Einfuhr bewilligte Dollarbetrag 1 Million Dollar. Der von den Importeuren angeforderte Betrag belief sich auf 82 Millionen Dollar. Die Zuteilung betrug also ganze 1,2 Prozent. Bei Herrensocken — —

(Krempf: Das hat aber mit einer Preisbildung gar nichts zu tun. Gehen Sie einmal hinaus!)

— Lieber Kollege Krempf! Ich werde Ihnen nachweisen, daß das mit den Preisen sehr viel zu tun hat.

(Krempf: Das hat mit dem Mangel an Rohstoffen etwas zu tun und mit dem großen Verbrauch im eigenen Volke, der durch die geringe Einfuhr nicht gedeckt werden kann!)

— Lieber Kollege Krempf, das hat mit dem Absatz im Lande nicht das geringste zu tun. Sie haben aber recht, es hat mit dem Mangel an Waren etwas zu tun.

Ich nenne Ihnen ein weiteres Beispiel, das Sie, Herr Kollege Krempf, besonders interessiert. Der geringste Dollarbetrag an diesem einen Tage wurde für Herrensocken mit 450 000 Dollar ausgeworfen. Die Importeure haben für die Einfuhr von Herrensocken 12,4

Millionen Dollar angefordert. Ich könnte Ihnen noch eine Reihe solcher Zahlen bekanntgeben.

(Bodesheim: Was wollen Sie damit beweisen?)

— Ich beweise Ihnen damit, daß anscheinend bei den Importen ein außerordentlich guter Verdienst zu erzielen ist.

(Guth: Nein, das sind die geschäftlichen Interessen! — Bodesheim: Das ist die Initiative des Unternehmers! — Weitere Zurufe und Unruhe.

— Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren! Wenn ich als Importeur die zur Verfügung stehenden Mengen kenne, dann beschränke ich mich. Ich beschränke mich aber dann nicht, wenn ich weiß, daß in diesem Geschäft außerordentliche Verdienste zu erzielen sind. Es ist ja so, daß die Importeure die notwendigen Beträge zwar anfordern, aber nicht selbst aufbringen können und dafür die notwendigen Kredite in Anspruch nehmen müssen. Selbst unter Inanspruchnahme von Krediten geht man also mit einer derartigen Schärfe an die Importe heran. Daraus ist einzig und allein der Schluß zu ziehen, daß dabei sehr viel zu verdienen ist.

Diese Tatsache ist ein weiterer Beweis dafür, daß das Preisystem in Westdeutschland in Ordnung gebracht werden muß. Das Preisystem muß aber — und darauf hat der Herr Kollege Schmid verwiesen — noch aus einem anderen Grunde in Ordnung gebracht werden, nämlich mit Rücksicht auf das Leben, das wir in der Zukunft zu führen haben. Wenn wir nicht in der Lage sind, in der nächsten Zukunft unseren Export wesentlich zu steigern, dann tritt ein, was der Herr Wirtschaftsminister in seiner Etatrede ausgeführt hat, daß wir nämlich vor der Frage stehen: *Exportieren oder hungern*.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Die deutsche Öffentlichkeit hat von dieser notwendigen Folgerung noch nicht genügend Kenntnis genommen.

(Zuruf: Sehr wahr! bei der CDU.)

Das *Exportproblem* ist zweifelsohne ein Qualitäts-, aber im wesentlichen auch ein Preisproblem.

(Guth: Aber, Herr Drechsel, wollen Sie uns nicht einmal Ihre Auffassung sagen, wie Sie das lösen wollen? Ich wäre Ihnen sehr dankbar.)

— Ich werde Ihnen sagen, wie ich es möglich machen will, zu einem erhöhten Export zu kommen. Die erste Voraussetzung ist, daß man versuchen muß, wie in früheren Zeiten zu einem konkurrenzfähigen Preis zu kommen.

(Seifried: Mit dem Pfennig kalkulieren! — Weitere Zurufe.)

Man muß anfangen, wieder zu kalkulieren und so zu leben, wie es uns eigentlich zusteht.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Wenn bei der Steuerreform, die jetzt in Westdeutschland durchgeführt wird, eine Vorschrift eingebaut wird, daß besondere Abzüge nur dann gemacht werden können, wenn der veranlagte Einkommensteuerpflichtige keinen höheren Lebensaufwand als 18 000 Mark im Jahre hat, dann ist mit diesem Hinweis in der Steuerreform die Tatsache festgenagelt, daß der *Eigenverbrauch* in den *Betrieben* durch die Berechnung von Spefen usw. in der Vergangenheit eine außerordentlich große Rolle gespielt hat. Ich glaube, daß sich

**(Drehjel [SPD])**

die westdeutsche Wirtschaft darüber vollständig im Klaren ist, daß mit dem Eintritt der Steuerreform eine Klärung des ganzen Preisverhältnisses angestrebt werden muß.

(Zuruf von der CSU: Herr Schäffer hat gut gearbeitet!)

— Das hat Herr Schäffer sehr gut gemacht. Er macht ja die Steuerreform nicht allein. Seien Sie aber überzeugt, daß bei dieser Regelung die Beeinflussung Schäffers durch die Finanzminister der Länder außerordentlich groß gewesen ist.

Meine Damen und Herren! Der Export ist vom bayerischen Wirtschaftsministerium ohne Zweifel besonders gepflegt worden, aber ich glaube nicht, daß alles getan wurde, um diesen Export zu steigern. Der Herr Kollege Schmid hat darauf hingewiesen, daß es im Handwerk eine ganze Reihe von Betrieben gibt, die zwar in der Lage sind, zu exportieren, aber nicht in der Lage sind, wie die großen exportstarken Betriebe in der bayerischen Porzellanindustrie, in einem Teil der Maschinenindustrie und der Elektroindustrie, eigene Exportfachleute für sich arbeiten zu lassen. In der Zukunft muß durch die Bildung von sogenannten Ausfuhrgemeinschaften entweder auf regionaler oder auf branchenmäßiger Basis eine Marktforschung betrieben werden, die alles ins Auge faßt, was für den Export unter allen Umständen notwendig ist. Sie muß zugleich in der Lage sein, die Ausfuhr so zu organisieren, daß tatsächlich eine solche für den einzelnen Betrieb zustande kommt. Andere Länder, auch außerhalb Deutschlands, haben für diese Art der Exportförderung außerordentlich große Mittel aufgewendet. Ich verweise hier nur auf das Land Österreich, das mit der Durchorganisation von Ausfuhrgemeinschaften sehr große Erfolge errungen hat. Was läge nun näher, als daß das Wirtschaftsministerium in seiner Exportabteilung darangeht, über das ganze Land hinweg solche Ausfuhrgemeinschaften zu organisieren und mit entsprechenden Exportfachleuten zu besetzen, die dann selbstverständlich irgendwie vom Staat bezahlt werden müßten. Diese Exportfachleute hätten dann für die einzelnen in Frage kommenden Betriebe die Vorarbeiten in Bezug auf die Marktforschung und die Überwindung der Schwierigkeiten im Export zu leisten.

(Huth: Das ist ja unsere Auffassung!)

Dann wird meiner Auffassung nach durch eine entsprechende Aufklärung von oben herab in den einzelnen Betrieben die nötige Exportfreudigkeit zu verzeichnen sein.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Schluß meiner Ausführungen noch ganz kurz auf das Kreditproblem eingehen. Wir Deutschen haben die kolossale Fähigkeit, jedes Problem zu komplizieren. Auch das Kreditproblem ist in den letzten Monaten möglichst kompliziert behandelt worden. Ich glaube, jetzt kommt langsam der Zeitpunkt, wo man zu der Überzeugung gelangt, daß das Kreditproblem für Westdeutschland gar nicht so sehr kompliziert war. Es war nur die Abkehr von einer gewissen Idee der Festigkeit des westdeutschen Währungssystems notwendig. Es ist richtig, was gestern der Kollege Dr. Kroll gesagt hat, daß das Bankenstatut in Westdeutschland uns

eine großzügige Kreditpolitik verbietet. Aber, meine Damen und Herren, ist es denn wirklich so notwendig, auf einen Schlag — wie es so manchmal errechnet wird — 5 bis 6 Milliarden Mark zu schaffen, um diesen dringenden Problemen zu Leibe zu gehen? Ist es nicht wirklich so, daß die westdeutsche Wirtschaft nach den Schätzungen, die weit auseinandergehen, im Jahre 1949 aus eigener Kraft immerhin 4 bis 7 Milliarden DM investiert hat? Es kommt also wesentlich nur darauf an, wie diese vorhandenen Investitionsgelder verwendet werden. Daß sie im Jahre 1949 nicht immer sinnvoll verwendet worden sind, liegt auf der Hand.

(Seifried: Sehr gut!)

Daraus gilt es natürlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Man ist in der westdeutschen Wirtschaftsverwaltung der Auffassung, daß auch das Kreditproblem möglichst liberalisiert werden muß, daß es sich also jeder Unternehmer erlauben kann, so zu investieren, wie er eigentlich will. Das ist das Entscheidende, das wir in der nächsten Zeit zu erledigen haben. Wir werden alle vorhandenen Gelder so sinnvoll anwenden müssen, daß sie wirklich bei der Investition den optimalen Erfolg erreichen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Hier sage ich, daß auch in Bayern seit der Währungsreform bei der Ausgabe sowohl von Produktivkrediten an Flüchtlinge als auch von sonstigen Krediten an die bayerische Wirtschaft nicht immer das notwendige Maß von Vorsicht und Lenkung angewandt worden ist. Auf Einzelbeispiele will ich jetzt nicht eingehen; aber uns sind in der letzten Zeit einige solche Fälle zur Kenntnis gekommen, wo — sogar von der Bayerischen Staatsbank — halbe Millionen, ja ganze Millionen Mark als Kredite in Betriebe hineingegeben worden sind, die bei genauer Beobachtung schon vorher als Betriebe zu erkennen waren, die für eine Kreditgewährung nicht in Frage kommen.

Bei der jetzt zu erwartenden Ausschüttung von ERP-Krediten hat sich wieder bewiesen, daß einzelne Beamte in den einzelnen Ministerien nicht in der Lage sind, diese Kreditplanung oder Kreditlenkung durchzuführen. Ich habe von dieser Stelle aus schon einige Male darauf hingewiesen, daß es für das Parlament Zeit ist, sich hinsichtlich der Betriebe, die bei der Kreditgebung berücksichtigt werden sollen, in diese Kreditlenkung einzuschalten.

(Op den Drth: Sehr gut!)

Die einzelnen Abgeordneten vom Land draußen kennen sowohl die Betriebe, die bereits stehen und Kredite haben wollen, als auch die Absichten derjenigen, die in irgendeiner Stadt oder an irgendeinem Ort einen Betrieb planen. Aus dieser Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Kreisen heraus müßte sich die Überzeugung in diesem Hause festigen, daß das Parlament wesentlich in diese Kreditlenkung mit hineinzureden hat. Wir können sie auf die Dauer nicht den einzelnen Beamten im Ministerium überlassen. Und, meine Damen und Herren, ich habe auch keine Sicherheit, daß dieser sogenannte interministerielle Kreditausschuß — oder wie er sich nennt — immer all das ausschaltet, was auf irgendwelche Beziehungen des einzelnen zu irgendwelchen staatlichen Stellen zurück-

**(Drechsel [SPD])**

zuführen ist. Diese Ausschaltung muß bei der Kreditlenkung unter allen Umständen gewährleistet sein. Ich glaube, die Erfahrungen gerade des letzten Jahres haben uns die Fingerzeige gegeben, wie wir diese Kreditlenkung in der Zukunft vorzunehmen haben. Selbstverständlich werden wir in der Kreditfrage von den Maßnahmen der westdeutschen Wirtschafts- und Finanzverwaltung abhängig sein; aber wir brauchen nicht all das nachzuahmen, was in der westdeutschen Wirtschaftsverwaltung vorgezerrt wird. Wenn wir von uns aus die uns zur Verfügung gestellten Beträge richtig anwenden, dann bin ich der Überzeugung, daß wir auch in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen wesentlichen Schritt weiterkommen.

(Beifall bei der SPD.)

**I. Vizepräsident:** In der Reihenfolge der Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Krempel das Wort.

**Krempel (CSU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, hohes Haus! Woran wir heute wirtschaftspolitisch sind, das spüren wir Abgeordnete, wenn wir draußen in Versammlungen zu sprechen versuchen. Ich bin jetzt etwa 40 Jahre in der Öffentlichkeit tätig und habe schwierige Zeiten, aufgeregte Zeiten durchlebt. Aber wie das Thermometer des politischen Lebens auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Not jetzt steht und wie die Bevölkerung jetzt nach einer wirtschaftlichen Befreiung schreit, das habe ich noch nicht erlebt.

(Von Knoeringen: Wir sind ja schon befreit!)

— Wir sind ja befreit! Wir haben 13 Jahre unter einer „Freiheit“ gelebt.

(Dr. Stürmann: Richtig! Das dürfen Sie nicht vergessen!)

Brüning hat einmal gesagt, es wäre besser, unter einer fremden Zwangsherrschaft zu leben als unter einer Gefinnungsdiktatur.

(Zuruf von der SPD: Die haben wir jetzt!)

— Aber jetzt leben wir auch in einer Zeit, wo wir leider Gottes nicht frei sind, in einer Zeit, an der wir nicht schuld sind. Alle tun so, als ob wir, die wir jetzt im Parlament sitzen, an diesen Zuständen schuld wären. Deshalb ist es notwendig, daß man im Parlament und auch draußen den Leuten die Augen aufmacht und sagt, wer an diesen Dingen schuld ist.

Der Herr Abgeordnete Drechsel hat den schönen Satz geprägt: Wenn wir uns am eigenen Schopf aus dem Wasser herausziehen könnten, dann müßten wir es tun.

(Heiterkeit.)

Ich kann mir nicht gut vorstellen, wie das geht.

(Hagen Lorenz: Aber ohne daß wir naß werden!)

Das geht aber insbesondere nicht, wenn wir von einer Auslandsmacht auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht verstanden werden und wenn wir von der ganzen Umwelt geradezu immer wieder ins Wasser hineingedrückt werden. Dann können wir uns nicht aus eigener Kraft selbst am Schopf herausziehen.

(Zurufe und Lachen links.)

Ich stehe als Wirtschaftler mitten in der Wirtschaft und sehe, wie auch mir das Wasser bis an den Mund geht.

Deshalb bin ich gezwungen, anläßlich dieser Aussprache über die Rede des Herrn Staatsministers für Wirtschaft seinem Ministerium einen Einblick in die Krise zu geben, die sich im Wirtschaftsleben aufgetan hat, insbesondere in den Kleinbetrieben des Handwerks, des Handels und des Gewerbes. Wo sollen wir uns hinwenden? Der Arm eines Abgeordneten reicht nicht bis Bonn, er reicht auch nicht bis New York oder dorthin, wo er hinreichen soll, damit man uns versteht. Deswegen sind wir gezwungen, hier im Parlament unsere Schmerzen zum Ausdruck zu bringen, damit die Regierenden, die in der Exekutive Stehenden, unseren Schrei nach oben bringen.

(Ironische Zurufe links.)

Meines Erachtens müßte es in erster Linie Aufgabe des Staatsministeriums für Wirtschaft sein, mit allen Mitteln den Ursachen dieser Wirtschaftskrise, den Ursachen des Zusammenbruchs Tausender von Existenzen sehr scharf nachzugehen,

(Sehr gut! links)

diese Ursachen aufzuzeigen und zu beseitigen. Dazu sollen wir als Abgeordnete mithelfen.

(Zuruf links: Machen wir!)

Die Ursachen liegen einerseits auf dem Gebiet der Besteuerung der Wirtschaft. Sie liegen darin, daß es den selbständigen Existenzen der freien Wirtschaft nicht mehr möglich ist, zu einer Kapitalbildung zu kommen. Im Gegenteil, sowohl im Handwerk wie insbesondere im Handel sind heute Risiken auf dem Gebiet der Preisbildung zu überwinden, die eines Tages viele alteingesessene Firmen in den Abgrund reißen werden, weil eine Kapitalbildung vollkommen unterbunden ist.

(Gröber: Sehr richtig!)

Wenn ich von der Preisbildung im Sinne meines Kollegen Drechsel spreche, dann muß ich schon sagen: So schnell geht es mit dieser Preisbildung nicht! Da müßte irgendwo einmal mit einer Ausnivellierung angefangen werden.

(Zuruf von der SPD: Bei den notleidenden Händlern muß angefangen werden!)

— Sehen Sie, wenn Sie eine derart böse Zwischenbemerkung machen, während ich mich bemühe, von meinem einfachen bürgerlichen Standpunkt aus die Dinge darzulegen, dann tut mir das persönlich weh, es stört mich.

(Zuruf von der SPD: Mich auch!)

Es müßte unter allen Umständen versucht werden, eine Ausnivellierung der Steuern zum Umsatz, zur Preisspanne und zum Verbrauch des Staates für alles, was er eben auszugeben hat, zu erreichen. Diese Ausnivellierung darf nicht radikal schnell geschehen, sondern sie muß vernünftig geschehen.

(Zuruf aus der Mitte: Fingerspitzengefühl!)

Meine Damen und Herren, treten Sie heute beispielsweise für eine Steuerentung ein, die so stark ist, daß die Preise plötzlich sinken können, dann haben Sie auf der anderen Seite nicht mehr das Geld im Staate, um die Soziallasten, die Kriegsfolgelasten und den Wiederaufbau all des Zerstörten zu finanzieren. Es ist ganz klar: Man muß zu einer allmählichen Nivellierung des ganzen Preisgefüges, der Steuern, der Preisspanne usw. kommen.

(Krempf [CSU])

Ein Beispiel: Ein Gastwirt hätte früher an einem Hektoliter Bier 10 Mark Schanknutzen. Der Gastwirt hatte damals — es braucht nicht ganz zu stimmen, aber so ungefähr stimmt es, auf ein paar Pfennige kommt es hier nicht an — einen Monatsumsatz von 50 Hektolitern. Er hat also 500 Mark verdient, das soll nicht besagen, re i n verdient,

(Zuruf: Eingekommen!)

er hatte ja noch die Ausgaben für Licht und Beheizung und die anderen Unkosten zu tragen. Heute bei der höheren Biersteuer ist der Bierumsatz so zurückgegangen, daß er nur noch 5 bis 10 Hektoliter Bier im Monat ausschenkt. Er muß mit seiner Familie davon leben, er braucht das gleiche Licht, die gleiche Beheizung, er hat die gleichen Geschäftsunkosten. Infolgedessen hat er ungefähr 27 DM je Hektoliter Schanknutzen.

(Zuruf von der SPD: Und trotzdem nimmt die Zahl der Gastwirte zu!)

Sehen Sie, das ist eine Ursache, und man müßte versuchen, eine allmähliche Ausnivellierung zwischen Steuerbelastung, Preispanne usw. herbeizuführen.

(Zuruf von der SPD: Wie ist es bei den Krawatten?)

— Das ist wieder eine Zwischenbemerkung, die in einem ansehnlichen Parlament bestimmt nicht am Platze ist.

(Frau Gröber: Sehr richtig! — Zurufe von der CSU: Sehr gut!)

Ich muß wieder darauf zurückkommen: Eine Kapitalbildung ist heute vollkommen unterbunden; es ist sogar eine dauernde Substanzverringerung bei fast allen mittelständischen Existenzen im Gange. Am meisten zwingt den heute noch Besitzenden — soweit man überhaupt noch von solchen sprechen kann — der Lastenausgleich und die Soforthilfe zur letzten Hingabe seiner Substanz. Ich verlese hier ein Schreiben eines Finanzamts, damit man sieht, wie es draußen aussieht. Ein Geschäftsmann hatte um Stundung seiner Soforthilfeabgabe ersucht und bekam darauf folgende Antwort:

Die Soforthilfeabgabe wurde aus dem am Währungsstichtag vorhandenen Vermögen, Einheitswert, die Baunotabgabe nach dem zuletzt gültigen Brandversicherungswert Ihrer Gebäude berechnet. Eine Wertfortschreibung Ihres Einheitswertes ist nicht möglich, weil die hierfür erforderliche Fortschreibungsgrenze nicht erreicht ist. Schulden können nach den gesetzlichen Bestimmungen bei der Soforthilfeabgabe nicht berücksichtigt werden. Die Kriegsschäden am Haus können ebenfalls nicht berücksichtigt werden, weil sie bis zum Währungsstichtag größtenteils beseitigt waren.

Ich höre hier mit dem Verlesen auf und mache eine Bemerkung: Wo bleibt die Gleichheit aller Bürger des Staates vor dem Gesetz auf diesem Gebiet? Ich glaube, es wird doch daran gedacht werden müssen, auch wegen solcher Fälle an das Verfassungsgericht heranzugehen; denn der eine hat seine Häuser ganz über den Krieg weggerettet, dem anderen wurden sie zerstört und er hat sie in der allergrößten Not wieder aufgebaut, hat Grundstücke, Waren und alles verkauft, und heute wird

ihm nun bei der Soforthilfe- und bei der Baunotabgabe gar nichts angerechnet. Das ist eine himmel-schreiende Sünde des Staates; das sage ich hier, und wenn sich draußen die Bombengeschädigten, die Kriegsgeschädigten in Massen zusammenschließen, um die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung auch noch zu steigern, dann wundert mich das nicht.

(Zuruf von der SPD: Reden Sie auch da hinüber!

— Der Zurufer zeigt auf die rechte Seite des Hauses. — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Ich habe einige Redner von Ihrer Seite gesehen, die dauernd zu uns herüber geredet haben; ich habe auch schon einen Redner gesehen, der dauernd da hinauf redete (Redner zeigt auf die Zuhörertribüne); da kommt es ein bißchen auf die Einstellung an.

(Zuruf von der SPD: Und auf die Sympathie!)

Das Finanzamt schreibt dann weiter:

Ihr Einspruch gegen obigen Bescheid hat deshalb keine Aussicht auf Erfolg. Ich stelle Ihnen anheim, denselben innerhalb 8 Tagen zurückzunehmen, andernfalls er kostenpflichtig abgewiesen wird. Da es sich bei der Soforthilfeabgabe um eine jährlich sich wiederholende Abgabe handelt und die zweite Rate von 28 DM bereits am 20. 2. 50 fällig ist, ist eine längere Stundung der ersten Rate zwecklos. Wenn Sie die Abgabe aus den landwirtschaftlichen Erträgen nicht entrichten können, bitte ich zu versuchen, sich die hierfür nötigen Mittel durch Verkauf von entbehrlichem Vermögen (einer Kuh oder einer Geiß) oder durch Aufnahme eines Kredits oder Darlehens zu beschaffen. Ich sehe Ihrer Antwort innerhalb 8 Tagen entgegen.

(Dr. Hoegner: Doch sehr höflich!)

— Das ist noch sehr höflich. Nun möchte ich aber noch etwas sagen. Wenn bei diesen Steuern oder Abgaben — Baunotabgabe, Lastenausgleich und wie die Dinge alle heißen — die Erklärung der Geschäftsleute nicht berücksichtigt wird, daß sie bis oben hin in Schulden von, sagen wir, 80, 90 und 100 000 DM stecken, und wenn trotzdem die Steuern eingezogen werden, obwohl man sieht, daß ein solches Geschäft zum Konkurs getrieben wird, ist das eine Härte, und glauben Sie ja nicht, daß auf diese Weise das Wirtschaftsleben irgendwie einer Gesundung entgegengeführt werden kann!

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß unter solchen Umständen von einer Kapitalbildung keine Rede sein kann, im Gegenteil, alles wird aus der Substanz weggezogen und die Steuerquellen gehen dem Staat allmählich verloren.

Aus Anlaß dieser Debatte muß ich leider auch auf die Unmöglichkeit der zügellosen Gewerbe-freiheit und auf ihre Auswirkungen eingehen und ich muß auch der Exekutive sagen, daß alles geschehen muß, um die Befugungsmacht davon zu überzeugen, daß diese zügellose Gewerbe-freiheit die gesamte mittel-ständige Wirtschaft ins Unglück führt. Solange die Gewerbe-freiheit im Rahmen des Tragbaren durchgeführt wird, ist sie gut. Wenn sich aber Mißstände herausbilden, wenn sich tatsächlich herausstellt, daß die Gewinne der Geschäfte, die bisher solche Einnahmen hatten, daß man von ihnen hohe Steuern verlangen konnte und auch erhielt, allmählich verschwinden und mit ihnen gute Steuerquellen versiegen, weil eben durch

(Krempf [CSU])

die zügellose Gewerbefreiheit vorerst einmal der größte Teil der Einkommen bis unter die Grenze der Steuerfreiheit herabgedrückt wird, dann hat der Staat keine Einnahmen mehr und dann sind wir am Ende mit der Aufbringung der Gelder für die Soziallasten, für den Wiederaufbau, für den Haushalt usw. Man fragt mich draußen in den Versammlungen: Ja, sehen denn das die regierenden Männer nicht? Und wenn ich den Leuten sage: Die amerikanische Militärregierung hat die zügellose Gewerbefreiheit gewollt, dann erwidern sie: Aber das müssen doch die Männer der Regierung der Militärregierung klarmachen, daß diese zügellose Gewerbefreiheit zum Untergang der gesamten Wirtschaft und der Steuerkraft des Staates führt! Man verweist mich in den Versammlungen darauf, daß in der englischen Zone diese Gewerbefreiheit nicht besteht und daß deshalb aus der englischen Zone diejenigen abwandern, die sich bei uns vorübergehend eine kleine Existenz schaffen wollen.

(Dr. Hille: Da muß doch etwas zu holen sein, wenn die kommen!)

— Gerade für diejenigen, die Hausierhandel treiben und keine Steuern zahlen, ist noch etwas zu holen; denn die Dummen sterben nicht aus.

(Zuruf: Sehr gut! bei der SPD.)

Aber es ist nicht nur an dem, daß die ehemaligen guten Existenzen auf ein Einkommensminimum herabgedrückt werden; es ist auch an dem, daß zahlreiche Existenzen zum Konkurs getrieben werden. Ich erlebe zur Zeit an einem Betrieb einen Konkurs, durch den etwa 40 Gläubiger insgesamt 83 000 DM verlieren. Meist sind es Handwerker und Kleinbetriebe, die dabei ihr Geld verlieren. Es ist Tatsache, daß ein Konkurs den Konkurs vieler anderer Existenzen auslöst. Es ist nicht an dem, daß durch die Gewerbefreiheit neue Existenzen geschaffen würden; nein, es werden Existenzen vernichtet. Welchen furchtbaren Kampf, welche Erbitterung hat in der Oberpfalz und in Niederbayern die Handlungsweise einer Flüchtlingsgruppe ausgelöst, die eine Aufspalteorganisation schuf, die eine Verwirrung sondergleichen in den Einzelhandel brachte! Ich bin leider Gottes gestern nicht ganz verstanden worden, als ich auch nach der Richtung von der Organisation Steffen sprach. Ich will dem Herrn Steffen gar nichts nachsagen, aber eines steht fest: Ein Wirrwarr ist heraufbeschworen worden, und als Abgeordneter habe ich die Verpflichtung, in Bezug auf den Einzelhandel, auch in Bezug auf den ganzen Handelsstand etwas zu unternehmen, wenn etwas geschieht, was nicht stimmt. Wenn für 225 000 DM Waren dazu verwendet werden, um damit bestehende Existenzen zu vernichten, weil diese bestehenden Existenzen nicht unter den gleichen Bedingungen verkaufen konnten, weil sie keine Beziehungen haben, weil sie nicht aus staatlich verbilligten Quellen schöpfen können, weil sie Steuern bezahlen müssen usw., so muß ich mich gegen eine derartige Konkurrenz wehren, und ich wehre mich dagegen. Wenn hier nicht radikal Schluß gemacht wird, wehren wir uns vom gesamten Mittelstand aus, das betone ich, geschlossen gegen ein solches Unrecht.

In der Wirtschaftsausschußsitzung vom Donnerstag, dem 12. Januar 1950, haben wir einen ganzen Stoß

von Eingaben der mittelständischen Wirtschaft behandelt; wir konnten leider nichts anderes tun, als alle diese Eingaben der Regierung als Material zu überweisen. Aus allen Teilen des Landes ist in diesen Eingaben die Stimme der mittelständischen Kreise offenbar geworden, und man darf doch auch die Stimme des Mittelstandes als eine Stimme des Volkes werten. Wenn ja, dann muß auch auf die Stimme dieses Teiles des Volkes gehört werden, ehe es zu spät ist.

Die einschlägigen Verbände müssen das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Entwicklung im Land Bayern nicht nur zu verfolgen, sondern auch auf Abhilfe zu drängen. Von dem Durcheinander des Wirtschaftslebens werden die Städte und kleineren Gemeinden und Landkreise zu gleichen Teilen berührt. Der ehrliche Teil des Handels, der treu und brav seine Steuern zahlt, wird in Stadt und Land durch Tausende von Konjunkturrittern an den Rand des Ruins gebracht. Ich denke bloß an die Flut von Hausierern, Menschen, die nicht einmal die deutsche Sprache beherrschen und sich beim Landvolk dadurch interessant machen, daß sie ein paar gebrochene deutsche Worte sprechen können. Ich möchte bloß auf den heute bestehenden Zustand hinweisen, daß wir auf dem Gebiete des Handels durch die zügellose Gewerbefreiheit gewissermaßen überhaupt von jeder Ordnung abgekommen sind.

(Dr. Hille: Es war immer schon ein Chaos!)

Infolge des lawinenartigen Anschwellens solcher Zustände sind Exekutive und Kontrollorgane nicht mehr in der Lage, sie zu meistern; so scheint es tatsächlich. Es ist aber nicht immer so gewesen, Herr Kollege Dr. Hille.

(Raumer: Wer gibt den Hausierern die Ware?)

Jede Kontrolle oder Überprüfung hat aufgehört, wie zum Beispiel auch die Pflicht der Gewerbeanmeldung, die Pflicht, insbesondere auf dem Ernährungssektor die Ordnung einzuhalten; von dem geregelten Ladenschluß merken Sie heute fast gar nichts mehr. „Schrankenlose Gewerbefreiheit“ sagt derjenige, der vom Polizisten angesprochen wird.

(Frau Gröber: Sehr richtig!)

Unter Gewerbefreiheit wird heute allgemein vollständige Zügellosigkeit verstanden. Daß man nach keiner Sonntagsruhe und nach keiner Ladenschlußordnung mehr zu fragen braucht, wird allgemein angenommen. Daß man seine Verkaufsstände irgendwo aufstellen kann, ohne irgend jemand zu fragen, wird allgemein als Folge der zügellosen Gewerbefreiheit angesehen. Wenn auf diesem Gebiete vom Wirtschaftsministerium und vom Innenministerium wenigstens eine straffe Organisation der Aufsicht herbeigeführt werden könnte, wenn hier etwas mehr Disziplin geschaffen werden könnte, würde es vielleicht besser. Wir behaupten, daß der Handel, der seit vielen Jahren seine Kundschaft zufriedenstellend bedient hat und seinen Verpflichtungen gegenüber dem Staat nachgekommen ist, es nicht verdient, nun einem Personenkreis preisgegeben zu werden, der erstens keine Berechtigung hat, als Händler betriebl zu werden, und der zweitens nicht einen Pfennig Steuer zahlt.

Auf dem Gebiete des Einzelhandels tut sich aber auch noch etwas ganz Gemeines auf. Infolge der Gewerbefreiheit lassen nämlich Leute in wohlbezahlter

(Krempf [CSU])

Stellung auch noch Einzelhandelsgeschäfte oder Gewerbebetriebe durch ihre Frauen betreiben. Das ist eine Schande unserer Zeit. Nach der Richtung müßte ein ganz scharfes Gesetz ergehen und alle erfassen.

Die Hausierer ziehen auf und ab durchs Land. Mit Autos wird die Ware in die Bauerndörfer gebracht. Und niemand kann sie kontrollieren, ob sie Steuern zahlen. Es getraut sich auch fast niemand. Denn wir leben leider Gottes unter einem gewissen Druck von Bazis, Lumpen und Zigeunern.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Wir wissen, daß die Einschränkungen, wie sie bis zur Gewerbefreiheit bestanden, in dem Umfang nicht aufrechterhalten werden konnten. Wir wissen, daß man im Verfolg eines gesunden Wettbewerbs bestimmten Leuten eine Chance geben mußte. Ein gesunder und für die Verbraucherschaft vorteilhafter Wettbewerb kann jedoch nur dann stattfinden, wenn die Betroffenen auch tatsächlich die persönliche Eignung hierfür besitzen, wenn das Volk zu ihnen, charakterlich gesehen, Vertrauen haben kann und es nicht so geht wie jetzt, daß schön geredet wird, so daß man etwas kauft und nach ein paar Tagen zum ansässigen Kaufmann kommt, um die Ware auszutauschen, und schließlich feststellen muß: Herrgott, bin ich da reingefallen, bin ich ein Rindvieh gewesen! So ist es heute draußen, meine Damen und Herren; ich muß auf diese Dinge hinweisen.

Der Staat hätte allen Grund, hier auf eine straffe Ordnung bedacht zu sein. Der Staat muß wieder eine gewisse Verantwortung übernehmen. Insbesondere ist es Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, im Einvernehmen mit dem Innenministerium eine Überwachung durchzuführen und Disziplin in dieses wilde Treiben zu bringen.

(Dr. Hille: Das ist Ihre freie Wirtschaft, daß der Staat die Ordnung bringen soll; so habe ich mir sie vorgestellt!)

— Herr Dr. Hille, sehen Sie, Sie haben eine ganz falsche Vorstellung von der Freiheit.

(Heiterkeit. — Zuruf des Abgeordneten Laumer.)

— Freiheit ist der Zweck des Zwangs.

(Zuruf des Abgeordneten Zietsch.)

— Zügellose Freiheit ist immer etwas Revolutionäres, etwas, was nicht in die Ordnung hineinpaßt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kief.)

Herr Dr. Hille, wir zwei verstehen uns.

(Heiterkeit links.)

Ich weiß ganz genau, daß ich die gleiche Freiheit suche, die Sie suchen.

(Hagen Lorenz: „Freiheit, die ich meine!“)

— Nein, nicht „Freiheit, die ich meine“, sondern ich suche die Freiheit, die für alle paßt. Das kann ich Ihnen sagen, daß ich als Mensch und insbesondere als Abgeordneter so viel seelisches Empfinden für das Volk in mir trage, so mit dem Volke fühle, daß ich da nicht meine persönliche Freiheit herausstelle, sondern die Freiheit des Volkes, insbesondere die Freiheit des anständigen Menschen.

Wir haben gestern und ebenso heute einen hochakademischen Vortrag über Preisbindungen ge-

hört, wir haben gehört, daß wir versuchen müssen, unsere Wirtschaft exportfähig zu machen. Dazu möchte ich doch von der Praxis aus einiges sagen. Da hat z. B. der Herr Kallmünzer in Schwarzenfeld einen Auftrag auf Lieferung von Flußspat in Höhe von 15 000 Dollar nach Amerika. Es sind ihm gewisse Preisbindungen vorgeschrieben. Warum aber kann er nicht liefern? Weil die Fracht von Schwarzenfeld nach Hamburg so teuer ist, daß er unmöglich mit Konkurrenzpreisen Schritt halten kann. In einem anderen Fall müssen 250 Arbeiter ausgestellt werden, auch nur wegen der verteuerten Fracht. Sie wissen ja, was wir im Wirtschaftsausschuß auf diesem Gebiete erfahren, ohne helfen zu können. Wenn da nicht die Exekutive in Bayern mit der Exekutive in Bonn auf das kräftigste zusammenarbeitet, sehe ich keinen Ausweg. Die Frachttaffelung ist für uns so notwendig wie die Luft zum Leben, nachdem unsere heimische Industrie so weitab von den Häfen und von den Großindustrien liegt. Dieses Thema muß einmal mit aller Energie aufgegriffen, hier muß mit allen Mitteln hineingeleuchtet werden.

Und ein anderes Thema: Sorgen wir doch endlich dafür, daß auf dem Gebiete des Maschinenaufbaus, insbesondere des landwirtschaftlichen Maschinenbaus, eine Typisierung erfolgt, so daß es den Bauern leicht ist, überall die notwendigen Schrauben, Ersatzstücke usw. zu bekommen!

(Sehr gut!)

Hier kann doch das Wirtschaftsministerium bestimmt auf die Erzeugerindustrie in Bayern einwirken, daß auf diesem Gebiet etwas geschieht.

(Zuruf von der SPD: Gelenkte Wirtschaft!)

— So, wie Sie das meinen, geht es niemals!

Das alles sind Dinge, die wir in der Praxis erleben. Dann sollten wir es auch noch fertigbringen, eine allmähliche Nivellierung der Preisspannen herbeizuführen; denn die Preisspanne ist steuerbedingt, ist umsatzbedingt, ist frachtbedingt. Wenn ich alle diese Bedingtheiten aufzählen würde, bräuchte ich allein eine Stunde, um darzulegen, inwiefern heute die Preise bedingt sind. Diese Bedingtheiten müßten also allmählich nivelliert werden ebenso wie der Verbrauch des Staates; dann wären wir auf dem Punkt, daß wir wieder vor unser Volk hintreten und ihm sagen könnten: Es ist tatsächlich etwas geschehen.

Am bedauerlichsten ist es aber, daß heute in dieser Not, die wir nicht überwinden können, und angesichts der Berge von Hindernissen aus parteipolitischer Agitation, aus Ehrgeiz, aus verblendetem Ehrgeiz draußen in den Versammlungen gesagt wird, und zwar gerade von Leuten, die mit schuld sind, daß wir in diesem Elend drinstecken: wir wären schuld daran! Nein, wir sind nicht schuld! Wir können die Verhältnisse aber allein auch nicht meistern! Ich muß immer wieder sagen: Auch die Besatzungsmacht muß uns allmählich besser verstehen, sonst können wir heimgehen.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weidner.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren: Einer meiner Vorredner, Herr Kollege Drechsel, ist leider nicht da.

(Drechsel: Doch!)

(Weidner [FDP])

— Er sitzt auf einem anderen Platz. Ich habe es dankbar empfunden, daß Herr Kollege Drechsel auch heute wieder von seinem Gesichtspunkt aus in objektiver Weise an den Fragenkomplex herangegangen ist. Insbesondere war es für mich interessant und angenehm zu hören, daß Herr Drechsel gesagt hat, für ihn stehe die Frage „Planwirtschaft oder freie Wirtschaft“ im Augenblick formal nicht zur Debatte. Ich glaube, die Fragestellung, ob freie Wirtschaft oder Planwirtschaft, ist nicht richtig. Die gegenwärtige Fragestellung für unsere Wirtschaft heißt einfach: Langfristiges Kapital oder nicht? Damit ist die Frage, ob freie Wirtschaft oder Planwirtschaft, nach meiner Überzeugung im Sinne der freien Wirtschaft gelöst.

Gestern sind zum Teil sehr harte und auch polemische Worte gefallen. Es gibt aber bei einem Überblick über das ganze System doch nur eine nüchterne und einfache Tatsachenfeststellung: sie betrifft die Ziffern über den Beschäftigungsgrad in Deutschland überhaupt, das heißt die Feststellung des Volumens der Beschäftigung. So möchte ich Ihnen einmal die Ziffern vorlesen, die von Anfang Dezember 1949 vorliegen. Wir haben im Jahre 1936 in Bayern insgesamt 1,83 Millionen Arbeitnehmer gehabt. Wir hatten dagegen im November 1949 2,69 Millionen Arbeitnehmer zu verzeichnen, also fast 800 000 mehr. Wieviel Beschäftigte hat nun die bayerische Wirtschaft aufzuweisen gehabt? Halten Sie fest: 1936 in Bayern 1,83 Millionen Beschäftigte; im November 1949 2,331 Millionen! Das sind konkrete Ziffern, die nach meiner Überzeugung für sich selbst sprechen. Und wenn ich gestern, meine Herren von der Linken, den Einwurf gemacht habe, die Politik Erhard sei erfolgreich gewesen, so ist hier durch diese einfachen und nüchternen Ziffern der Beweis geliefert.

(Hagen Lorenz: Der hinkt aber schwer!)

Die Lage ist nun einmal so: Wenn alle Tage neue Flüchtlinge aus dem Osten einströmen und wenn soundso viele hunderttausend Flüchtlinge auf dem Lande sitzen, haben wir eben eine Wirtschaftskraft, die, ganz gleich, ob wir es mit der Planwirtschaft oder mit der freien Wirtschaft zu tun haben, von heute auf morgen einfach nicht zu ändern ist. Das ist meine Überzeugung und das dürfte auch Ihre Überzeugung sein. Tatsache bleibt, daß wir in Bayern im Dezember 1949 104 Prozent Industrieproduktion gegenüber dem Jahr 1936 aufzuweisen hatten. Das ist nach dem Zusammenbruch von 1945 und nach den Qualen bis 1948 ein sehr stolzer und auch sehr schöner Erfolg. Diese Wirtschaftsziffer ist nach meiner Überzeugung ein untrügliches Wirtschaftsbarmeter und dieses Barmeter berechtigt zu Hoffnungen für die Zukunft. Wenn wir uns gegenwärtig ganz zweifellos in einer Krise befinden, so sehe ich diese Krise immer wieder nur von der Kapitalseite her. Warum treten denn die Arbeitslosen ziffern derart konkret in die Erscheinung? Der Unternehmer hat nicht mehr das zurückgelegte Geld, um die Arbeiter halten zu können. Er kann das nicht mehr wie früher; das ist des Rätsels einfache Lösung. Etwas anderes gibt es nicht.

Darüber hinaus will ich gewiß zugeben: Wir haben uns im Jahr 1949 vielleicht zu sehr in einer Sicherheit gewiegt, die nicht berechtigt war.

(Drechsel: Aha!)

— Ich gebe das ohne weiteres zu, Herr Kollege Drechsel; ich nehme mich selbst dabei nicht aus.

(Drechsel: Das ist es nämlich!)

Wir haben uns zweifellos in einer Sicherheit gewiegt, die immerhin nicht berechtigt war.

(Drechsel: „Man muß Optimist sein!“ hat man mir seinerzeit zugerufen!)

Die Verhältnisse, wie sie sich gegenwärtig herausgebildet haben, sind also zum Teil darauf zurückzuführen, daß einzelne Unternehmer nicht so disponiert haben, wie es auf lange Sicht notwendig gewesen wäre. Das ist aber ein Warnruf und nichts anderes, es ist letzten Endes der Ruf an uns alle, der Ruf an das Volk, an einen Verzicht auf den Konsum im Hinblick auf den Ablauftermin des Marshall-Plans und an die Notwendigkeit zu denken, daß wir Gelder zurückzahlen müssen. Das mag gewiß für manchen einzelnen sehr schwer sein, aber nach meiner Überzeugung kommen wir auf die Dauer um den Konsumverzicht nicht herum. Psychologisch mag es verständlich sein, insbesondere bei den Ausgebombten und Flüchtlingen, daß wir uns bei unserer ausgehungerten Körperverfassung mehr geleistet haben, als wir es 1936 oder vor 1914 im Frieden getan hätten. Auf lange Sicht gesehen müssen wir aber diesen Faktor als sehr ernststen Faktor mit in Betracht ziehen.

Darüber hinaus hätte ich mir auch manches von der Bundesebene her anders vorgestellt.

(Hört, hört! bei der SPD.)

— Es kommt nicht das, Herr Kollege Dr. Hoegner, was Sie zu hören wünschen. — Ich kann mir beispielsweise denken, daß die Deutsche Reichsbahn, die Bundesbahn, in einer ganz anderen Form mit Kreditmitteln versehen und daß dadurch die Wirtschaft befruchtet worden wäre. Das ist zweifellos ein Veräumnis. Ich erinnere daran, daß die Krise 1930/31 in der Hauptsache durch die sture Bankpolitik des damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, nämlich das Festhalten an dem Dogma der stabilisierten deutschen Währung unterstützt wurde, das im Verein mit den Kreditkündigungen aus dem Ausland schließlich das Ausmaß der Krise hervorgerufen hat. Herr Kollege Emmert hat im Wirtschaftsausschuß des Landtags ebenso wie vorhin Herr Kollege Drechsel bereits darauf hingewiesen, daß das Bankstabilität eine Lehre aus der Erfahrung muß. Es gilt, auch hier die tatsächlichen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte einzubauen, damit wir auch von dieser Seite her der Wirtschaft entsprechende Wege auf lange Sicht weisen. Letzten Endes ist ja dem Mann auf der Straße mit theoretischen Erörterungen nicht gedient. Er will ja nichts anderes als Arbeit und versteht es im Anblick der zerstörten Häuser und der schlechten Straßen nicht, daß wir keine Möglichkeiten finden, ihm zu arbeiten zu verhelfen. Es gibt eben dabei nur das eine, und damit komme ich auf das zurück, was ich vorhin angedeutet habe: Kredite, im Vorgriff auf die künftigen Steuereinnahmen oder auf die künftige Finanzierung des Wohnungs- und Straßenbaus!

In einem, Herr Kollege Drechsel, gehe ich mit Ihnen bestimmt nicht einig: Das ist Ihre Stellungnahme gegenüber dem Handel.

(Zuruf des Abgeordneten Drechsel.)

(Weidner [FDP])

Der Herr Wirtschaftsminister hat in seiner Rede einige treffende Worte zum Handel gesagt: „Seit Dezember 1948 ist der Preisabbau im Handel stärker als bei den Produzenten. Der bayerische Handel ist sich seiner volkswirtschaftlichen Aufgaben bewußt.“

(Hagen Lorenz: Wenn Sie das beweisen müßten!)

— Wenn Sie anderer Auffassung sind, möchte ich Ihnen nur das eine sagen: Es wird Ihnen schwer fallen, die Beweisführung für Ihre Auffassung zu erbringen. Sie sollten aber doch aus folgendem Grunde beruhigt sein: Wir haben doch ein *F i n a n z a m t*. Wenn der Händler wirklich so viel verdient, dann richten Sie doch Ihre Wünsche an die Finanzämter!

(Albert: Au weh! — Dr. Hoegner: Wir wissen genau, wie es da bestellt ist!)

Wenn Sie an der Ehrlichkeit einer ganzen Berufsgruppe zweifeln wollen, kann mir das nur leid tun. Ich zweifle nicht daran. Aus dem Sektor, in dem ich tätig bin, will ich Ihnen folgendes sagen: Dieser Handel hat mit außerordentlich großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Er trägt nämlich das gesamte Kredit-Risiko zwischen Produzent und Verbraucher. Da sieht es allerdings sehr böß aus. Wenn Sie glauben, daß es anders ist, gucken Sie mal herum und Sie werden rasch zu der Auffassung kommen, daß Sie im Irrtum sind!

(Hagen Lorenz: Sie dürfen nicht einen Teil des Handels herausgreifen!)

Etwas anders mag es beim *I m p o r t*handel sein. Da sind einige Worte des Herrn Kollegen Drechsel zweifellos berechtigt. Hier gibt es nur eines: Die Finanzämter sollen sich um ihre Schäfchen kümmern.

(Drechsel: Haben Sie etwas von der vernichteten Steuermoral gehört?)

— Herr Kollege Drechsel, wenn Sie das in einer derartigen Form verallgemeinern, kommen wir nicht weiter. Ich bleibe allerdings nach wie vor bei meinem alten Standpunkt: Ehrlich währt am längsten. Eines schönen Tages kommt das Finanzamt doch dahinter. Wenn einer Hunderttausende verdient, kann er sie nicht auf die Dauer verschweigen. Da macht er einmal eine Dummheit, kauft sich ein Grundstück oder sonst etwas, und bei dieser Gelegenheit kommt die Geschichte heraus. Die Finanzämter sollen dann nur richtig zugreifen. Das ist meine Auffassung. Das gilt aber nicht bloß vom Handel, sondern von der ganzen Wirtschaft überhaupt.

(Dr. Hille: Wir werden uns den Satz merken!)

— Herr Kollege Dr. Hille, es wird ja nicht bestritten, daß die Steuerehrlichkeit vertieft werden muß. Ich behaupte aber: Es ist ein Unterschied zu machen zwischen dem *e h r l i c h e n K a u f m a n n* und dem *u n e h r l i c h e n*. Unehrliche Kaufleute hat es überall und zu jeder Zeit gegeben. Die unehrlichen Kaufleute aber sollen durch die Staatsgewalt gepackt werden.

(Hauffe: Aber nicht bei dem Bundesjustizminister!)

— Haben Sie nicht die Zeitungen gelesen? Sie wissen doch wohl genau so wie ich, daß die Steuerehrlichkeit belohnt worden ist. Die Steuerunehrlichkeit ist nicht unter die Amnestie gefallen, Herr Kollege Hauffe!

Nachdem wir schon sehr viele Theorien entwickelt haben, will ich Sie nicht mehr allzu lange aufhalten.

Einiges muß ich aber doch noch sagen. Hierin will ich Herrn Kollegen Drechsel wieder recht geben: Ich freue mich, daß der Wirtschaftsetat im Bayerischen Landtag diesmal mehr Aufmerksamkeit als früher findet. Soweit es auf uns Wirtschaftler hier in diesem Hause ankommt, werden wir uns bemühen, das Haus für die *W i r t s c h a f t s b e l a n g e* des bayerischen Volkes weiter zu interessieren.

Meine Damen und Herren! Es ist leichthin gesagt: „Wir müssen mehr industrialisieren“. Auf dieses Rezept sind nämlich die anderen deutschen Länder inzwischen auch gekommen. Ich darf Ihnen dazu sagen: Die arbeitsmarktpolitische Entwicklung der einzelnen *L ä n d e r* weist recht erhebliche *U n t e r s c h i e d e* auf. Erst nach der Währungsreform wurde der ökonomische Fehler, daß gerade die schwach industrialisierten Länder erheblich mehr Flüchtlinge hatten aufnehmen müssen, auf dem Arbeitsmarkt in vollem Ausmaß wirksam. Schon im zweiten Halbjahr 1948 hatte die Beschäftigung in Bayern geringfügig, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen in stärkerem Maße abgenommen, und seit Anfang des vergangenen Jahres hat sich die unterschiedliche Beschäftigungsstruktur noch verschärft. In dem Bericht, der mir vorliegt, heißt es weiter, daß gerade diese wenig industriell eingestellten Länder, insbesondere Schleswig-Holstein und auch Niedersachsen, sich bemühen, weitere Industrien in ihre Länder zu verpflanzen.

Meine Herren von der Linken, ich habe etwas vergessen; gestatten Sie mir, daß ich das nachtrage: Vor ungefähr vier Wochen habe ich in München an Anschlagäulen ein Plakat unseres früheren Kollegen *M a r g* gegen die *B ö r s e n g e w i n n e* gelesen. Ich stehe dabei auf dem wirtschaftlichen Standpunkt: Haben wir nun schon einmal kein Geld, dann ist es sehr erfreulich, daß die Papiere an der Börse steigen. Das liegt genau so im Interesse des Arbeiters wie im Interesse des Unternehmers; wir schaffen dadurch mehr Werte.

(Hagen Lorenz: Aber das Fallen der Papiere nicht!)

— Ich glaube, der Herr Kollege *M a r g* hat dabei mit Zustimmung Ihrer Fraktion gesprochen. Ich bin nicht dabei gewesen; ich habe nur an den Anschlagäulen die Aufforderung gelesen, in die Versammlung zu kommen. — Wenn wir allerdings jeden Wertzuwachs in Deutschland von dieser Seite bekämpfen wollen, dann ist es um uns sehr schlecht bestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hoegner.)

— Ich kann Sie beruhigen: Wenn einer von Ihnen Wertpapiere besitzt, so wird er es selbst wissen: Die Steuerbehörde hat auch hier die Finger darauf.

(Drechsel: Wissen Sie etwas vom „Schwarzen Freitag“ im Jahre 1931?)

— Herr Kollege, das weiß ich zufällig ganz genau. Wenn das so ist, dann braucht der Kollege *M a r g* nur, wie Sie es getan haben, auf den „Schwarzen Freitag“ hinzuweisen und das Plakat nicht in dieser Form auszufertigen; damit wird ein wirtschaftlicher Ausgleich geschaffen.

Meine Damen und Herren! Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Einige *F l ü c h t l i n g s z i f f e r n* habe ich im wesentlichen bereits kürzlich mitgeteilt; ich darf sie jetzt aber dem hohen Hause wiederholen. Die arbeits-

(Weidner [FDP])

losen Flüchtlinge beispielsweise unter den Acker- und Gartenbauern — die Aufstellung stammt vom Dezember — betragen 49 Prozent, in den kaufmännischen Berufen 42 Prozent, unter den Ingenieuren und Technikern 40 Prozent. Die tatsächlich in den Arbeitsprozeß eingebauten Flüchtlinge betragen bei den Ackerbauern 36,6 Prozent, in den kaufmännischen Berufen nur 15,5 Prozent und bei den Ingenieuren und Technikern nur 18 Prozent. Gerade aus diesen Ziffern geht hervor, daß der soziale Abstieg der Flüchtlinge unaufhaltsam weitergeht.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir haben die Pflicht, uns diese Probleme immer wieder vor Augen zu halten. Meine Hoffnung auf die Zukunft ist damit aber nicht dahin. Ich glaube, wir werden die Schwierigkeiten meistern und vielleicht schon in absehbarer Zeit zu positiven Ergebnissen kommen.

(Beifall bei der FDP.)

**I. Vizepräsident:** Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Hille.

**Dr. Hille (SPD):** Meine sehr geehrten Herren — Damen sind ja leider nicht anwesend —! Sie sehen schon an dem Fehlen eines Manuskripts, daß ich nicht die Absicht habe, Sie lange Zeit zu langweilen.

(Zuruf von der SPD: Hoffentlich! und andere Zurufe.)

— Sie sollen Selbstkritik üben, Herr Kollege, wenn Sie solche kleine Nebenbemerkungen machen! Ich gehöre auch zu den kritischen Beobachtern.

Wir haben von dieser Stelle aus sehr viele theoretische Betrachtungen angestellt. Der Herr Minister ist nicht da; der Herr Staatssekretär ist nicht da. Sie werden also vielleicht, wenn Sie Zeit haben, hinterher die Protokolle lesen und erstaunt sein über diese Fülle theoretischer Erkenntnisse und Kenntnisse, und es wird für die Herren Studierenden und Archibesucher dann ein Vergnügen sein, zu wissen, daß dieser hohe Landtag solche Erkenntnisse hat. Ich möchte nun in einigen Punkten diese Erkenntnisse ergänzen.

Zunächst ist die Tatsache festzustellen, daß es heute wieder dieselben Kreise sind wie früher, die die Hauptkritiker unseres geradezu katastrophalen Zustandes stellen, nämlich die Herrschaften, die den Untergang Deutschlands — es ist in gewissem Sinne ein Untergang — mit verschuldet haben. An allen Stellen sitzen sie und überall, wo Kritik vorhanden ist, sind es jene braunen Herren, die das sehen, was wir auch sehen. Wir allerdings geben uns Mühe, vom Standpunkt unserer sozialistischen und demokratischen Erkenntnisse Wege zu weisen, wie die Verhältnisse geändert werden können. Was sie verschweigen, ist doch die Tatsache, die heute kaum mehr einen Menschen anspricht: daß die Wirtschaft in ihren Fundamenten erschüttert ist,

(Sehr gut!)

daß überhaupt alle Voraussetzungen fehlen, um eine gesunde, eine sogenannte normale Wirtschaft nach kapitalistischen Überlegungen zu schaffen, und daß die Wurzel dieses Übels Jahrzehnte zurückreicht und nicht erst bei Hitler beginnt.

Was uns Herr Kollege Dr. Kroll und Herr Kollege Krempl vorhin als der Ordnung höchste Weisheit angepriesen haben, ist gar keine Ordnung, ist keine Weisheit, sondern ist das verbürgte Chaos.

Die kapitalistische Wirtschaft ist fundamental chaotisch. Der Zusammenklang, das Zusammenspiel ist doch auf die zufälligen Überlegungen des einzelnen aufgebaut, auf die Liberalität, wie Sie es neuerdings so schön heißen. Kein Hund nimmt auf den anderen Rücksicht. Jeder spekuliert im eigenen Raum. Ich habe leghin mit vollem Ernst gesagt: Ich habe festgestellt, daß sich die Unternehmer nicht einmal mehr die Mühe nehmen, Marktbeobachtungen wenigstens im primitivsten Sinne zu betreiben. Ich finde diese Tatsache tagtäglich bestätigt. Sie sehen nicht einmal den Markt, den sie beobachten müßten, der ihnen gewissermaßen die Nahrung für den Betrieb gibt. Sie sehen aber auch nicht den großen Markt und sie wähnen sich frei, wo ihnen die Freiheit fehlt, weil andere, größere Faktoren ihre „Freiheit“ bestimmen.

(Krempl: So ist es nicht!)

— So ist es, Herr Kollege! Wenn Sie von Ihrem kleinen Lädchen ausgehen und von diesem Lädchen her die Analyse unseres Wirtschaftszustandes betreiben, dann kommen Sie allerdings zu dieser blödsinnigen These — entschuldigen Sie bitte —, daß die Gauner, Räuber und wie sie alle heißen mögen — Sie haben sie vorhin klassifiziert, ich habe nur nicht so aufmerksam zugehört — an diesem Ihrem Zustand, nämlich dem des Handels, schuld sind. Aber so kann man die Dinge eben nicht sehen. Man muß sie aus dem Fundamentalen heraus betrachten. „Freie Wirtschaft“ heißt, daß jeder nach seinem eigenen Grundgesetz frei handeln kann.

(Krempl: Nein, nein!)

— Aha! Sie haben vorhin nach der Hilfe des Staates gerufen, sehr geehrter Herr Kollege Krempl, nach der Hilfe des Staates, den Sie ablehnen, wenn er lenken oder planen will! Die uns vorschwebende Planwirtschaft ist ja gar nicht die, die Ihnen vorschwebt, sondern ist die Wirtschaft, die nach großen Gesichtspunkten planen will.

(Krempl: Ich möchte ja nur eine Ordnung fordern!)

Sie wollen aber, daß der Staat hinter jeden Geschäftsmann einen Schutzmännchen stellt, hinter jeden Gewerbetreibenden einen Beamten. Dadurch erreichen Sie dann genau das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen, und das wollen wir auch nicht! Genau so wenig ist es die Vorstellung, der Staat müßte, etwa wie in Rußland, von sich aus die Dinge bestimmen. Ich lasse mir von den Heimkehrern, von den Ostflüchtlingen erzählen, warum sie aus dem Osten geflohen sind: Weil der Staat durch seine Organe ihnen ein Soll aufgelegt hat, das sie nie oder nur unter Aufbietung ihrer ganzen Gesundheit und letzten Reserven erfüllen konnten. Ich habe allerdings die Meinung, daß eine solche Wirtschaft weder mit einer sozialistischen Wirtschaft noch mit einer Planwirtschaft, wie sie uns vorschwebt, identisch ist. Sie versucht nur, die Dinge immer in eine falsche Richtung zu lenken. Aus den kleinen Einzelverlusten dieser Planlosigkeit summiert sich der Gesamtverlust, der heute vielleicht noch in die Hunderte von Millionen, morgen in die Milliarden gehen wird.

(Dr. Hille [SPD])

Ich sage ganz ehrlich: Ich mute dem kleinen Mann gar nicht zu, daß er den Markt beherrscht und eine Ahnung davon hat, wie kompliziert der Mechanismus des Marktes ist. Ich mute ihm nicht einmal zu, daß er die Konjunktur innerhalb seines eigenen Wirtschaftszweiges abmessen kann. Ich mute ihm aber das Verantwortungsgesühl für die fremde Substanz zu, die in seine Hände gelegt ist und die hier vertan wird und sich zu einem Verlust an volkswirtschaftlicher Substanz summiert. Diese Dinge sind entscheidend.

Darüber hinaus ist weder die Einzelwirtschaft noch die Staatswirtschaft in der Lage, nach eigenen Gesetzen und Überlegungen zu wirtschaften. Alle Versuche der Amerikaner, nach dem Prinzip des Liberalismus der Wirtschaft einen echten schöpferischen Impuls zu geben, werden fehlschlagen. Gerade die kapitalistischen Wirtschaftszeitungen beweisen uns das. Lesen Sie die letzte Nummer der „Wirtschaftszeitung“, die ich schon einmal zitiert habe. Dort steht: „Tene Handelsverträge, die in den letzten Monaten abgeschlossen worden sind, bedeuten, daß die deutsche Wirtschaft auf einen Teil der eigenen Produktion verzichten muß, weil der Austausch, das heißt die Ausfuhr gegen die Einfuhr entweder katalogmäßig oder im Wege der Kompensationsgeschäfte gebunden ist“. Hierin sind die Ursachen zu suchen, Herr Kollege Weidner, warum wir jetzt so viel kaufen können.

(Wimmer: Könnten!)

— Nein, können! Nicht „könnten“, sondern „können“. Herr Kollege Wimmer, die Stände sind überladen. In den letzten 15 Jahren haben wir nicht soviel an Warengattungen gesehen wie jetzt in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Es ist für den Arbeitslosen und den Fürsorgeempfänger beinahe eine Aufreizung zum Klassenhaß, die bis obenhin gefüllten Schaufenster zu sehen und sich sagen zu müssen: Mein Geldbeutel langt nicht mehr dazu!

(Weidner: Meinen Sie, daß ich das alles kaufen kann?)

Und bei diesen Verhältnissen spricht der Herr Kollege Weidner von Kaufübermut und sagt, wir müßten uns Beschränkungen auferlegen. Herr Kollege Weidner, der Arbeiter, der Gehaltsempfänger, all die kleinen Einkommensbezieher müssen sich von vornherein Beschränkungen auferlegen.

(Weidner: Genau so wie ich!)

Diese Menschen sind gar nicht in der Lage, von der angeblich so zügellosen Kaufkraft Gebrauch zu machen. Das muß eindeutig gesagt werden. Das Heer der für die einfachsten Güter des Konsums Kaufkraftunfähigen beträgt mindestens 80 Prozent aller Käufer, die in stiller Reserve am Wege stehen. Das sind die Dinge, über die gesprochen werden muß. Weil die Kaufkraft fehlt, muß dann selbstverständlich der Handel auf diese unfreiwillige Weise mit den Preisen heruntergehen — nicht aus sittlicher Überlegung, nicht aus mangelndem Eigennutz! Nein, sondern wegen des zu großen Angebots aus der von den Amerikanern uns aufgezwungenen Handelsvertragspolitik.

Meine sehr geehrten Herren! Ich will mich hier einer Pflicht entledigen, deren Sie sich, die Sie eigentlich dazu

berufen wären, bisher nicht entledigt haben. Die Amerikaner, das amerikanische Volk, hat viel, sehr viel für uns getan, und wenn wir heute dieses und jenes wieder haben — vielleicht werden wir es in drei oder in zwei Jahren nicht mehr haben, ich weiß es nicht —, so haben wir das zum großen Teil nicht nur handelspolitischen Überlegungen, sondern auch dem Opfermut des amerikanischen Volkes zu verdanken. Das wollen wir an dieser Stelle feststellen, ohne zu verschweigen, daß große Kreise des Volkes an diesem riesigen Angebot keinen Anteil haben können.

(Zuruf von der CSU: Das bestreitet ja niemand!)

Ich will kein Prophet sein, meine Herren, wenn ich sage: Wenn Europa und darüber hinaus die Weltwirtschaft überhaupt nicht nach neuen Grundsätzen, nicht nach neuen ethischen — nicht bloß wirtschaftlichen — Überlegungen zu neuen Wegen des Wirtschaftsaustausches kommt, dann ist der nächste Krieg, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht mehr fern. Dazu gehört nicht viel Weisheit. Beobachten Sie doch bitte innerhalb Europas, auch im Rahmen des Marshallplans, wie einzelne Staaten versuchen, sich trotz Marshallplan abzuschließen, wie ausschließlich — sagen wir — nationale Überlegungen maßgebend sind, wie wenig europäisches Denken vorhanden ist, wenn es gilt, wirtschaftspolitische Überlegungen anzustellen. Ich habe früher gesagt und wiederhole das mit aller Eindringlichkeit — ich weiß, daß der, an den ich diese Rede richte, hier nicht anwesend ist —: Die Kriege sind — trotz Hitler, und wer sonst den Krieg oder die Kriege ausgelöst haben mag — eine Ursachenfolge jenes Systems, daß die Kämpfe an den Weltmärkten bis zum Weißbluten getrieben hat.

(Op den Orth: Sehr gut!)

Wir haben das nur nicht so sehen können. Auch heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind es hinter den Kulissen jene „ethischen“ Geschäftsleute, die sich gegenseitig an den Kragen gehen, die einen Kampf führen um die Profitrate, einen Kampf um die Vorherrschaft auf dem Markt oder auf dem spezifischen Wirtschafts- oder Handelszweig, der Formen angenommen hat, die mit Christentum, Sittlichkeit und Sittengesetzen überhaupt nichts zu tun haben. Es ist der alte Geist, auf Biegen und Brechen um den Profit zu kämpfen, und wenn wir uns hier nicht im Grundsätzlichen revidieren, wenn Europa und die Welt nicht anerkennen, daß wir ganz neue Wege gehen müssen — mögen sie Sozialismus, Planwirtschaft, gelenkte Wirtschaft oder sonstwie heißen —, wenn die Gesinnung nicht im Fundamentalen geändert wird, dann werden uns die Herden aus dem Osten überrennen. Sie werden uns überrennen können, weil uns das sittliche Pathos aus dem echten Erleben fehlt, weil uns nämlich die Legitimation fehlt gegenüber dem Osten.

(Bezold: Richtig!)

Unsere einzige Legitimation ist nämlich der Profitwille und nicht — sagen wir einmal — der Wille, eine Not zu überbrücken und eine neue Ordnung zu finden.

(Meigner: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Herren, ich behaupte nicht, daß im Augenblick die radikalen Elemente der linken Seite aus dieser Krise genährt werden. Ich übersteigere auch nicht gewisse Erscheinungen auf der rechten Seite der politischen Linie. Aber ich sehe, wie die Menschen, die jetzt

(Dr. Hille [SPD])

hungern müssen, nach rechts tendieren, bewußt alles das vergessen, was erst einer kurzen Vergangenheit angehört, den Zusammenbruch ignorieren und mit den alten Gesetzen, den alten Reden und den alten Beschuldigungen kommen, da sie sich gar keine Mühe geben, den wahren Ursachen nachzuspüren. Und wir wollen das nicht wahrhaben! Wir müssen es wahrhaben wollen, weil es sich so zeigt. Die Weimarer Republik ist nicht zuletzt an dieser mangelnden Kraft der Erkenntnis unseres wirklichen Zustands gescheitert, weil wir nicht den Mut hatten, den Dingen ins Auge zu sehen und uns geistig und materiell gegen den Aufbruch der anderen zu rüsten, weil es an uns selbst fehlt, weil der innere Aufbruch bei uns noch nicht gekommen ist, der notwendig ist. Mit materiellen Überlegungen allein werden wir das Neue nicht erreichen. Wir können die anderen auch nicht mit Versprechungen über die Dinge hinwegtrösten. Wir können aber auch nicht in Bayern 400 bis 500 Millionen DM jährlich für Unterstüzungen ohne jede Gegenleistung ausgeben. Soviel geben wir jetzt etwa dafür aus, ohne einmal die schlechte Frage zu stellen: Könnte man nicht mit diesen 400 bis 500 Millionen, wenn man einiges hinzulegt — vielleicht bräuchten es noch nicht 100 Prozent zu sein — produktive Werte schaffen?

(Sehr richtig!)

Und ich frage: Wo bleibt die Selbsthilfe? Wo bleibt das innere Gesetz der Verteidigung gegen den Untergang? Wo ist die Selbsthilfe von der Gesellschaft gepflegt und gefördert worden? Unser Plan A zeigt den Weg. Wir haben ihn im Kleinen versucht mit unseren unzulänglichen Mitteln. Es gibt Tausende von Möglichkeiten, die Selbsthilfe anzusetzen und sie von Staats wegen zu unterstützen. Ich bedauere, daß der Herr Wirtschaftsminister nicht da ist. Ich würde ihm sagen, er muß sich mit dem Arbeitsminister an einen Tisch setzen, und beide müssen erwägen, ob man nicht einen Teil dieser Millionen abzweigt, um die Organisation der Selbsthilfe zu unterstützen, indem man dem Mann die Unterstützung weitergewährt, wenn er Selbsthilfe leistet, solange sein Arbeitsplatz von einem anderen Arbeitslosen besetzt werden kann.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Das sind einfache Überlegungen, dazu bedarf es keiner Weisheit. Ich kann leider — sonst würde es wie Selbstbeweihräucherung aussehen — nicht sagen, wie ich es als Bürgermeister 13 Jahre lang gemacht habe. Ich habe gesagt: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott! Wir zahlen keine Unterstützung an arbeitsfähige Menschen. Gehen wir an die Einordnung der Menschen und Dinge in unserem Raum! Wir sind darangegangen und haben gebaut, und nicht nur gebaut. Wir haben Sportplätze, Spielplätze, Wasserleitung und Straßen im eigenen Raum mit unserer eigenen Ordnung und mit eigenem Gesetz geschaffen.

(Stinglwagner: Aber vor dem zweiten Weltkrieg!)

— Auch jetzt ist vieles möglich! Die Arbeitskraft eines Volkes oder eines Teiles des Volkes brachliegen zu lassen, ist ein Verbrechen. Das kann man in diesem Zusammenhang nicht eindringlich genug wiederholen.

(Sehr gut!)

Das ist um so mehr ein Verbrechen, als wir mittendrin stehen in einer zusammengebrochenen und nach Ausbau

schreitenden Wirtschaft. Wenn die hohe Regierung das nicht erkannt hat und nicht nach diesen Eigengesetzen sucht, die sich hier bieten, dann tut mir das leid. Wir haben positiv den Weg gewiesen. Ich will mich nicht wiederholen, ich gefalle mir nicht in Wiederholungen. Aber die Dinge müssen festgestellt werden, und dazu schien mir allerdings der heutige Tag und Anlaß geeignet.

Herr Staatssekretär Geiger, ich spreche Sie hier als Ministervertreter an. Heute morgen, schon bevor ich hierher ging, waren einige Leute bei mir, ein Betriebsinhaber und sein Betriebsrat. Ich hatte diesen Fall mit Herrn Minister Seidel besprochen und deshalb gesagt: Sie waren ja vor acht Tagen mit mir beim Herrn Minister. Der hat gesagt: Jawohl, die Staatsbürgerschaft kommt, die Entlassung kann verhindert werden, alle Voraussetzungen sind gegeben. Das Urteil des Prüfers, das er uns verlesen hat, war erstklassig. Die Ausschussifizierung ist vertagt worden, weil das Finanzministerium keine Zeit hatte! Sie ist bereits das zweite Mal vertagt worden und der Betrieb wird eben 70 oder 100 Mann auf die Straße werfen müssen, weil die Bürokratie dieses Lebensgesetz noch nicht voll erkannt hat. Wir müssen aus diesen bürokratischen Hemmungen heraus. Reichen die drei Mann nicht aus, weil sie andere Verpflichtungen haben, dann müssen eben sechs eingesetzt werden, die sich ablösen. Aber solche Dinge müssen sehr schnell bereinigt werden. Wir stehen in einer Zeit, die den Bürokratismus nicht mehr trägt als Element, das vollkommen unerschöpflich ist, wenn er sich nicht durch seine Leistungen rechtfertigt.

Mit diesen Betrachtungen will ich schließen. Es hat keinen Sinn, Theorie zu bringen, wo es allein darauf ankommt, zu handeln.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

**II. Vizepräsident:** In der Reihe der Redner folgt der Herr Abgeordnete Dr. Beck.

**Dr. Beck (SPD):** Herr Präsident, ich habe kein Manuskript!

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte bloß meinem Kollegen Dr. Kroll auf einige seiner gestrigen Ausführungen erwidern, die er mit ziemlich professoraler Anmaßung vorgetragen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kroll.)

— Nein, Herr Kollege Dr. Kroll, das war das erstemal, soweit ich mich erinnern kann, daß Sie in diesem Hause sich plötzlich die Manieren von Professor Erhard zu eigen machten, der dann, wenn er sachlich nichts mehr zu entgegnen weiß, einfach schimpft und Behauptungen setzt. Ich habe das bisher noch nicht erlebt, deswegen hat es mich gestern geärgert.

**Präsident:** Ich bitte, den Streit darüber doch besser zu unterlassen.

**Dr. Beck (SPD):** — Gut, unterlassen wir das! Ich möchte nur auf einzelne Vorwürfe eingehen, soweit das im Rahmen meiner kurzen Ausführungen möglich ist.

Das Erste, was Herr Dr. Kroll mir vorgeworfen hat, war, daß ich zwar richtig erkannt hätte, was der Fehler Brünnings gewesen sei, daß ich aber kein Recht hätte, dazu Stellung zu nehmen, weil die SPD in der

(Dr. Beck [SPD])

damaligen Zeit auch keine Vorschläge gemacht habe. Das ist eine Theorie, die recht billig ist. Ich könnte den Großmann'schen Plan und die Ergebnisse der Gewerkschaftskonferenz von 1931 in Leipzig aufzählen. Ich möchte aber grundsätzlich darauf eingehen, was für ein Unterschied hier besteht: 1932 stand dem deutschen Volk eine vollkommene Wirtschaft zur Verfügung, ohne daß eine einzige Hundehütte kaputt war. Diese Wirtschaft war nicht nur modern, sondern wir hatten zweifellos die denkbar modernste europäische Wirtschaftsausstattung. Weiterhin waren die Lager dazumal in einer Art und Weise überfüllt, daß der Konsum selbst bei höherer Kaufkraft, als sie vorhanden war, keineswegs in der Lage gewesen wäre, in kurzer Zeit die Dinge abzuschöpfen. Damals mußte man — denn es wäre ja unsinnig gewesen, neue Fabriken aufzubauen — als einzige Möglichkeit *Notstandsarbeiten* vorschlagen, die, volkswirtschaftlich gesehen, auf kürzere Zeit hin zum mindesten unrentabel sind, aber eine große Masse von Arbeitslosen beschäftigen. Damals mußte man den Vorschlag der Gewerkschaften akzeptieren, die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen; das war der erste Vorschlag, der spätere ging sogar auf 35 Stunden. Das waren Auswege, die aus der Situation heraus nicht anders vorzuschlagen gewesen wären. Das waren damals im wesentlichen die Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Den ersten Vorschlag, die Einführung der 40-Stunden-Woche, hat Brüning überhaupt vollkommen abgelehnt. Als er ihn diskutieren wollte, war es schon lange zu spät, da wäre mit 40 Stunden nichts mehr zu machen gewesen. Ich gebe zu, auch die Gewerkschaften haben damals Fehler gemacht: sie haben den vollen Lohnausgleich verlangt, der in einer solchen Zeit bereits nicht mehr aufzubringen gewesen wäre. Die Gewerkschaften haben später eingesehen, daß das ein Fehler war. So hat man von verschiedenen Seiten her damals fehlerhafte Dispositionen getroffen. Aber warum mir persönlich Herr Kollege Dr. Kroll sagt, die SPD hätte damals nichts gemacht, das verstehe ich nicht. Dafür bin ich doch nicht verantwortlich! Ich war zwar schon Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, ich hatte aber absolut nichts zu sagen. Das ändert nichts an der geschichtlich richtigen Erkenntnis, daß Brüning diesen Fehler gemacht hatte.

(Dr. Kroll: Er hat ihn nicht allein gemacht!)

— Damals war im Kabinett Brüning kein einziger Sozialdemokrat.

(Dr. Kroll: Von keinem Sozialdemokraten ist Kreditschöpfung vorgeschlagen worden!)

— Die hätte damals auch keinen Sinn gehabt. Kreditschöpfung in einer Zeit, wo keine wirtschaftliche Kapazität vorhanden war, hätte keinen Sinn gehabt.

(Dr. Kroll: Das ist ja Unsinn!)

Das ist der Unterschied gegenüber heute.

**Präsident:** Es geht nicht an, einem Mitglied des Hauses vorzuwerfen, daß es Unsinn spricht.

**Dr. Beck (SPD):** Das macht nichts, jetzt wird er ja professoral.

(Dr. Kroll: Akademisch war es ja auch bei Ihnen, Herr Dr. Beck, das darf ich Ihnen sagen.)

Der Unterschied zu der Wirtschaft von heute ist der: Wir haben heute eine Unmasse von Industriezweigen, deren Kapazität ohne Gefahr einer Überschussproduktion gesteigert werden könnte. Ich erinnere nur an die chemische Industrie. Die westdeutsche chemische Industrie hat den Großteil ihrer Rohstoff- und Halbfertigfabrikatewerke im Osten, im Halle-Bitterfeld'schen Revier, stehen lassen müssen. Wir haben also schon allein in der chemischen Industrie die Möglichkeit, durch Rationalisierung, durch Verbesserung und Forschung konkurrenzfähig zu werden; denn es ist auch Herrn Kollegen Dr. Kroll nicht unbekannt daß die pharmazeutische Industrie kurz vor dem Kriege und während des Krieges ihren Hauptstandort nach Basel verlegt hat und daß Basel heute Deutschland in jeder Beziehung schlägt. Hofmann-Laroché hat die Stellung eingenommen, die früher von unserer chemischen Industrie eingenommen werden konnte. Hier ist also eine starke Kapazitätsausweitung notwendig. Dafür Kredit zu schöpfen, Mittel bereitzustellen, ist bedeutend leichter, als einzig und allein für den Straßenbau Zuwendungen zu machen. Ich behaupte nicht, daß es grundsätzlich für das andere unmöglich wäre; ich behaupte nur das eine, daß mit Straßenbauten und Flußregulierungen heute die Wirtschaftskrise unmöglich zu beseitigen ist. Dadurch würden zwar Arbeiter auf eine gewisse Zeit hinaus beschäftigt, aber das Kapital, das auf anderen Gebieten unbedingt notwendig ist, würde verpulvert und nicht mehr für die Schaffung echter Produktionsmöglichkeiten und dauernder Arbeitsplätze vorhanden sein.

Daß ich auf die Theorie der Kapitalschöpfung nicht weiter eingegangen bin, ist richtig, aber ich könnte dazu sagen, daß ich mich mit Herrn Kollegen Dr. Kroll schon vor ungefähr 6 Wochen, als unten meine Rede konzipiert wurde, mehrmals unterhalten habe und daß er einen Großteil meiner Rede, zumindest zur *Kreditschöpfung*, vollkommen kannte, weil wir uns eben darüber unterhalten hatten. Damals hat er derartige Einwände nicht erhoben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Kroll.)

Ich sagte zu Herrn Kollegen Dr. Kroll schon vor 6 Wochen: Es wird sehr, sehr schwer sein, sich mit dem Herrn Wirtschaftsminister auseinanderzusetzen, wenn er nicht bereit ist, zumindest die Hauptgedankengänge seiner Rede zu den wichtigsten Problemen der Finanzierung usw. vorher mitzuteilen. Wir haben aber die Rede, die 81 Druckseiten umfaßt, erst gestern vormittag 10 Uhr bekommen, und es war für mich ein Ding der Unmöglichkeit, auf die Rede näher einzugehen, die ich im Plenum zwei Stunden in der Hand hatte.

(Zuruf von der SPD: Jeder Abgeordnete hätte die Rede vorher haben sollen!)

So kann man es nicht machen; ich war daher gezwungen, in vollkommener Unkenntnis dessen, was der Herr Wirtschaftsminister zu den einzelnen Punkten sagen wird, eine Rede zu konzipieren. Daß in der Zwischenzeit schon — denn die Rede sollte ja schon vor sechs Wochen gehalten werden — viele Dinge geschehen sind und daß der Minister viele Dinge aufgegriffen hat, auf die man dann nicht mehr eingehen konnte, ist Tatsache. Aber das allein hätte einen solchen Angriff nicht gerechtfertigt, noch dazu, nachdem wir uns im wesentlichen gar nicht so sehr unterschieden haben.

(Dr. Beck [SPD])

Herr Kollege Dr. Kroll, Sie haben dafür plädiert, daß echte, unausgenutzte Kapazität in der deutschen Wirtschaft ohne Zweifel vorhanden ist, daß diese Kapazität durch Kapitalzufuhr aktiv gemacht werden kann, daß dabei eine Gefährdung der Währung vermieden wird, vorausgesetzt, daß man vorsichtig vorgeht und die Grenze kennt und nicht Wertteile beschäftigt oder aktiviert, die bereits eine gewisse Überproduktion haben, daß man verhindert, daß andere Industriezweige, also schwächere Glieder in der Kette, nicht mehr mitkommen, und daß diese Methode durchaus zu verantworten ist. Es ist mir auch bekannt gewesen, allerdings nicht in dem Umfang wie Ihnen, welche Schwierigkeiten infolge der Bankgesetze vorliegen und welche Schwierigkeiten darüber hinaus durch das Währungssumstellungsgesetz entstehen, wo sich die Amerikaner die Kontrolle der deutschen Währung vorbehalten haben. Aber ich war der Meinung, daß es genügt, von deutscher Seite aus immer wieder zu sagen, was wir für richtig halten; die Amerikaner haben in vielen Dingen schon bewiesen, daß sie — oftmals spät, manchmal zu spät — deutschen Einwendungen, die ihnen vorgetragen werden, durchaus nachgehen. Daß die Amerikaner uns durch ihre wahnsinnige Währungsreform in eine Krise hineingestoßen haben, das zuzugestehen ist ein Gebot der Ehrlichkeit. Es ist vor allem die Schuld des Herrn Lannenbaum, der diktatorisch eine Währungsreform durchsetzte, die die deutsche Wirtschaft von Anfang an gezwungen hat, den Krebsgang zu gehen. Er hat den Großbetrieben, die nicht einmal Reichsmark horten konnten, nicht nur ein Zehntel, sondern 93,5 Prozent ihres Betriebskapitals hinweggeschnitten und diese Leute dann gezwungen, mit einem vollkommen unzureichenden Betriebskapital und häufig ungeheuer starken Betriebschäden weiterzukurkeln. Das sind die Fehler, die sich dann auf die deutsche Wirtschaft ausgewirkt haben.

Zu einem weiteren Vorwurf: Ich habe behauptet, daß Professor Erhard drei wirtschaftliche Krisenerscheinungen der heutigen Zeit nicht beseitigen konnte: die Arbeitslosigkeit, zum Teil falsche Rohstoffdispositionen und eine nicht nur nicht ausgeglichene, sondern immer mehr sinkende Tendenz zeigende Handelsbilanz. Es ist richtig, daß Professor Erhard auch kein Zauberer ist und daß er fünf Jahre nach einem verlorenen Krieg mit einer zerstörten Wirtschaft und der enormen Konkurrenzfähigkeit Amerikas, Englands, Schwedens, der Schweiz nicht eine vollkommen ausgeglichene Handelsbilanz herstellen kann, noch dazu, wo wir die wichtigsten Absatzgebiete im Osten — durch politische, nicht wirtschaftliche Maßnahmen — verloren haben. Aber, Herr Kollege Dr. Kroll, Sie werden zugeben, daß das, was heute vom Ausland eingeführt wird und was unsere Devisenbilanz ungeheuer belastet, zu einem großen Teil absolut überflüssig ist.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig!)

Sie werden mir darauf antworten: Das ist die Folge von ungünstigen Handelsverträgen, die Professor Erhard mit den Marshall-Plan-Ländern zum Teil abschließen mußte, um in den Besitz wichtiger Rohstoffe zu kommen.

(Dr. Kroll: Das war schon immer so!)

Er mußte meinetwegen Zwiebel aus Holland, Parfüme aus Frankreich usw. mitnehmen. Aber ich werde darauf sagen: Unterstützt wird diese Art der Einfuhr durch die Tendenz Erhards, auch den europäischen Markt zu liberalisieren, wie er den deutschen Markt liberalisiert hat. Dabei vergißt er, daß die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in keinem Verhältnis steht zu den Wettbewerbsfähigkeiten anderer europäischer Länder. Wir können nicht mit Schweden, mit der Schweiz und auch nicht mehr mit Frankreich und Belgien konkurrieren. Bei vielen Abgeordneten herrscht noch die Vorstellung, als ob das Frankreich von 1950 noch das Frankreich von 1934 sei. 1934 ist mir zum Beispiel in Frankreich bei einem Besuch einmal folgendes passiert: Ich habe mit einem Industriellen gesprochen, der Nähmaschinen herstellte. Frankreich hatte bis 1935 den südamerikanischen Markt für Nähmaschinen vollkommen allein in der Hand. Frankreich hat seine Nähmaschinen immer in schwarzes Papier eingepackt, worüber die Südamerikaner sich seit 20 Jahren geärgert haben. 1934/35 kamen die deutschen Juden, aus Deutschland vertrieben, nach Südamerika; da sie handeln mußten, haben sie ihre alten Handelsbeziehungen aufgenommen und haben den deutschen Firmen geschrieben: Schickt uns Nähmaschinen, aber packt sie in goldenes, silbernes oder rotes oder sonst ein Papier ein, aber nicht in schwarzes! Die deutschen Firmen haben das sofort gemacht. Als die französischen Vertreter ihren Firmen geschrieben haben: Die Deutschen verdrängen uns vom Markt, nur weil sie die Sachen bunt verpacken, haben die französischen Firmen gesagt: Das machen wir nicht. Umgestellt haben sie sich nicht. Das war das Frankreich bis 1939. Das Frankreich nach diesem Krieg aber ist ein Frankreich, das industriell eine Macht in Europa darstellt, wie sie vorher nicht gewesen war, während Deutschland immerhin einen großen Teil seiner wirtschaftlichen Macht allein durch die politischen Bedingungen verloren hat und ihm ein anderer Teil durch Kriegseinwirkungen zerstört wurde und es als Kriegsverlierer durch Beschränkungen auf dem internationalen Markt weitgehend ausgeschaltet wurde.

Aber darauf kommt es im einzelnen nicht an, sondern es kommt darauf an, Herr Kollege Kroll, ob Sie mir rechtgeben, daß, wenn die Marshall-Hilfe 1952 aufhören sollte, der Bedarf an Wirtschaftsgütern in der Welt und in Europa 1952 keineswegs mehr so groß sein wird, wie er heute ist. Ob dann eine Wirtschaft, die, im Gegensatz zur Zeit nach 1918, noch gar keinen Versuch zur Rationalisierung unternommen hat, sowohl in der vertikalen wie der horizontalen Konzentration, die damals als ein Vorteil zu werten war, aber nun durch die Amerikaner zerfallen worden ist, ob eine solche Wirtschaft in der Lage sein wird, auf dem europäischen Markt zu konkurrieren, das wird die entscheidende Frage sein.

Ein Wort noch zur Eigenfinanzierung! Ich bin mit Ihnen überzeugt, daß es der deutschen Wirtschaft unmöglich ist, aus Eigenfinanzierung heraus das notwendige Kapital aufzutreiben, aber ich behaupte auch, daß es nach meiner Meinung nach 1948, nach der Währungsreform, gar keinen ernsthaften Versuch gegeben hat, Eigenfinanzierung in dem notwendigen Maß vorzunehmen. Bis heute, meine Herren, Sie wissen das doch alle! Warum sprechen wir über

(Dr. Beck [SPD])

diese Dinge, als ob darüber Meinungsverschiedenheiten bestünden?

Sie waren auch schon in Oberstdorf oder beim Münchener Fasching oder sind durch die Brienerstraße beziehungsweise durch die Geschäfte gelaufen und Sie haben genau gesehen, wie eine bestimmte Schicht unseres Volkes Geld verbubelt, in einem Maße, wie es vor 1933, auch vor der Krise, unvorstellbar gewesen wäre und auch in der Schweiz noch unvorstellbar ist. Das kann keiner bestreiten, daß in der Schweiz auch die reichen Familien sparsamer mit dem Geld umgehen, als es in Deutschland nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg die Mehrzahl der Leute tun, die heute Geld in der Hand haben.

(Wimmer: Woher haben die das Geld? Durch die gehorteten Waren!)

— **Warenhortungen!** Von diesen 4 Milliarden Mark sind wenige, sehr wenige Gelder in der Produktion investiert worden. Das ist eine Erscheinung, Herr Dr. Kroll, für die die CSU genau so wenig die Verantwortung trägt, wie wir sie tragen. Bestlich trägt sie Hitler, das ist ganz selbstverständlich. Es fragt sich nur, was Sie getan haben, um diesem **moralischen Verfall**, der nun einmal da ist, zu steuern. Ich habe schon einmal gesagt: Es gibt ganz, ganz kleine Dinge, so die **Wettsucht**, die die Regierung nicht nur zuläßt, sondern in unserem Volk fördert, Spielkasinos und was dazu gehört. Schauen Sie sich einmal in Oberstdorf an, wie dort 120, 130, 140 DM an einem Tag verspielt werden! Das ist ein Arbeitermonatslohn, während wir draußen Tausende von Flüchtlingen haben, die im ganzen 40 bis 70 DM Rente bekommen! Und dort verspielt es einer an einem Tag. — Das wirkt in einer Zeit, in der ein Volk gemeinsam den Krieg verloren hat, tausendmal provozierender, als es 1929 oder 1930 gewirkt hat.

Und so ist es in vielen Bezirken unseres öffentlichen Lebens. Diesen Dingen hätte man früher steuern müssen, man hätte unter allen Umständen versuchen müssen, auch wenn fiskalische Interessen darunter gelitten hätten, zu verhindern, daß sich derartige Erscheinungen, so ausgesprochene **Schmarohererscheinungen** der Nachkriegszeit in der Öffentlichkeit breitmachen konnten. Da nützt auch der Ruf nach dem Finanzamt, wie Kollege Weidner so schön gesagt hat, nichts. Das ist ein Schmarren, das Finanzamt mobilisieren zu wollen, wenn es um wirtschaftliche Probleme geht. Das ist billig, aber verkehrt, und es nützt im Ernst nichts.

Soviel hatte ich Ihnen zu sagen, Herr Kollege Dr. Kroll!

**Präsident:** Die Bezeichnung „Schmarren“ ist gegenüber einem Mitglied dieses Hauses nicht ganz am Platze.

In der Rednerliste folgt der Abgeordnete Höllerer. Seine Ausführungen werden nicht länger als 10 Minuten dauern, so daß ich ihm noch das Wort erteile.

**Höllerer (FGB):** Ich möchte in einem Punkt an die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Beck anknüpfen, nämlich daran, daß es kolossal erschwerend für die Mitglieder des Hauses ist, zu einer Ectrede Stellung zu nehmen, wenn ihnen der Vordruck der Rede nicht recht-

zeitig bekannt ist. Es war früher in den Jahren 1947 und 1948 so, daß die Herren Staatsminister bereit waren, ihre Ectreden einige Tage, zumindest aber rechtzeitig vor Abhaltung der Reden, den Abgeordneten zu übergeben. Ich möchte diejenigen Herren Minister, die ihre Ectrede noch nicht gehalten haben, bitten, doch soviel Rücksicht auf die Mitglieder des Hauses zu nehmen und ihnen mindestens für einen gewissen Zeitraum die Rede zur Verfügung zu stellen, damit sie auch die Möglichkeit haben, sie durchzulesen, sie zu überprüfen und dann wirklich zur **Rede** Stellung zu nehmen, nicht zu Dingen, die in der Rede nicht enthalten sind.

(Dr. Hundhammer: Wenn der Minister aber frei spricht?)

**Präsident:** Herr Abgeordneter Höllerer, ich möchte eine Bemerkung einflchten. Es ist früher niemals Sitte gewesen, daß ein Minister, bevor er seine Ectrede gehalten hat, diese Ectrede vervielfältigen ließ und den Abgeordneten des Hauses in die Hand gab. Das ist ein Entgegenkommen, das sich im Laufe der letzten Jahre eingebürgert hat. Übrigens ist meiner Erinnerung nach immer erst nach der Rede der Text vervielfältigt in die Hände der Abgeordneten gekommen.

**Höllerer (FGB):** Verzeihen Sie, Herr Präsident, wenn ich aus der Erfahrung des Jahres 1947 widerspreche! Ich habe selbst die Ectrede des Herrn Staatsministers Frommknicht in Händen gehabt, und zwar habe ich mitgelesen, während er sie vorgelesen hat. Ich habe die Ectrede eines anderen Herrn Ministers in den Händen gehabt und habe auch während seines Vortrags mitgelesen. Daß das früher nicht der Fall gewesen ist, mag richtig sein, und daß es eine Freundlichkeit der Minister war, mag auch richtig sein, aber warum sollen Minister, wenn sie einmal freundlich waren, nicht freundlich bleiben?

Nun komme ich mit einigen wenigen Worten zur **Ectrede** des Herrn Wirtschaftsministers selbst. Wir haben es mit Freuden begrüßt — das ist aus der Ectrede zu ersehen —, daß im Wirtschaftsministerium in den letzten Jahren doch ein wesentlicher **Personalabbau** erfolgt ist. Wir haben es begrüßt, daß sich dieser Personalabbau um zirka 60 Prozent bewegt. Wir haben dabei aber mit einigem Erstaunen festgestellt, daß der finanzielle Abbau nur rund 38 Prozent beträgt. Man kann dabei zu dem Schluß kommen, daß wohl alle kleinen Angestellten entlassen worden sind, daß aber die Träger höherer Bezüge und höherer Gehälter nicht unter diesen Abbau gefallen sind. Das stünde im Widerspruch zu den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers, in denen er versicherte, daß alle Härten wirtschaftlicher Art vermieden worden sind. Uns scheint es, als ob das in einzelnen Fällen nicht geschehen ist.

In einem anderen Punkt gebe ich dem Herrn Wirtschaftsminister vollkommen recht, nämlich in dem, daß der **Ausbau der Energiewirtschaft** in Bayern grundlegend sein wird für die weitere Entwicklung der Industrie, des Handels und der Wirtschaft schlechthin. Wir möchten uns nun erlauben, dem Herrn Wirtschaftsminister oder der Staatsregierung überhaupt den Rat zu geben, eine Vereinfachung dann herbeizuführen, wenn Gesellschaften oder Institutionen Energiewerke bauen wollen. Es ist heute so: Wenn irgendein

(Höllerer [FFG])

Unternehmen — ich denke an ein konkretes Beispiel, an die *Amperwerke* — ein neues Kraftwerk bauen will, muß es mit drei Ministerien verhandeln, mit dem Wirtschaftsministerium, mit dem Finanzministerium und mit dem Innenministerium, dem die Oberste Baubehörde unterstellt ist. Das ist eine *Überbürokratisierung*. Die Leute laufen von einer Stelle zur anderen, sie werden müde, sie werden verdrießlich. Innerhalb der einzelnen Ministerien wissen, nicht die Minister, nicht die Staatssekretäre, sondern die einzelnen Beamten nicht, wie sie ihre Kompetenz abzugrenzen haben. Es vergehen Wochen und Monate, bis die Anträge überhaupt den Erfordernissen der drei verschiedenen Ministerien entsprechen und eingereicht werden können. Ich weiß positiv, daß die Amperwerke annähernd seit Jahresfrist bemüht sind, eine Lizenz zur Durchführung des Wendelsteinprojekts zu erhalten, daß sie seit Jahresfrist ihre Unterlagen einreichen, ihre Anträge stellen und daß immer wieder neue Nachforderungen hinzukommen. Dieses Verfahren zu vereinfachen, wäre eine Aufgabe der Staatsregierung, für deren Lösung die Industrie und damit die Wirtschaft dankbar wäre; sie würde manchen schnelleren Erfolg mit sich bringen.

Nur ein Wort zur *Preisaufsicht*. Der Herr Wirtschaftsminister ist der Ansicht, daß die Preisaufsicht in gewissem Rahmen bestehen bleiben soll. Diese Ansicht würden wir teilen, wenn die Preisaufsicht praktische Erfolge aufzuweisen hätte. In Wirklichkeit ist es aber so, daß sich kein Mensch um die Preisbehörden und um die Preiskontrollen kümmert und daß jeder tut und läßt, was er für richtig hält; die Institution der Preisbehörden ist also wohl schon illusorisch geworden.

Dann noch ein Wort zu den Ausgaben im Zusammenhang mit der *Befugungsmacht*: Der Herr Kollege Dr. Hille hat vorhin erklärt, man solle zugeben, daß die Befugungsmacht, daß Amerika sehr viel für Deutschland getan hat. Das ist richtig, das wird nicht bestritten. Man soll aber noch hinzufügen, daß diese Befugungsmacht uns im Lande Bayern pro Jahr 186 Millionen Mark kostet.

(Dr. Hundhammer: Viel mehr; allein die Zivilangestellten kosten über 300 Millionen!)

— 186 Millionen nur im Etat des Wirtschaftsministeriums, den wir heute allein zu behandeln haben! Man soll ruhig diese Zahlen viel öfter hinausposaunen und viel öfter bekanntgeben, um nicht in den Verdacht zu kommen, nur Gutes von drüben zu beziehen, sondern wir sollten auch nachweisen, wie teuer uns das Gute kommt.

(Dr. Hille: Die Frage ist nur: Was würde die östliche Befugungsmacht den Westen kosten?)

— Das interessiert mich in keiner Weise, weil die östliche Befugungsmacht keine demokratische Befugungsmacht ist und die westliche sich doch als demokratische Befugungsmacht bezeichnet. Infolgedessen ist der Vergleich vollkommen unzulässig und interessiert mich in keiner Weise.

(Dr. Hille: Warten Sie einmal darauf, was Sie dann haben werden!)

— Was dann kommt, weiß ich. Ich kann aber nicht den Vergleich zwischen dem Guten und dem Bösen ziehen, um es einmal so auszudrücken; die einen behaupten,

dieses zu sein, und die anderen werden als jenes bezeichnet. Dem Vergleich kann ich nicht bestimmen.

Ich möchte noch ein weiteres Wort zur *Befugungsmacht* sagen. Dieser Punkt hängt zusammen mit der *Filmindustrie*. Der Herr Wirtschaftsminister will mit Recht die Filmindustrie fördern; das ist notwendig und ist auch ein Gebot der Stunde. Man sollte aber versuchen, sei es auf dem Weg über die Staatsregierung, sei es auf dem Weg über Verhandlungen, allenfalls über den Bund, den Amerikanern beizubringen, daß wir nicht so viele amerikanische Filme *zwangsweise* abnehmen müssen. Denn darin sind wir uns doch einig: Sie mögen sehr gut sein, aber wir haben viele deutsche Filme, die zwar älter, aber dafür besser sind.

(Zuruf von der SPD: Französische Filme!)

Damit wäre der Filmindustrie gedient.

Zur *Kreditfrage* noch einen kurzen Satz: Die Kreditfrage ist eine schwierige Frage. Es hat sich aber ergeben, daß Firmen, die an und für sich kreditwürdig waren, die Kredite benötigten und sie auch bekamen, hinterher auf Grund ihrer flüssigen Mittel die Preise so herabsetzten, daß sie die Konkurrenz damit stark unterboten. Es hat doch keinen Sinn, wenn Kredite, die der Staat gibt, von den Betrieben dann dazu benützt werden, die Konkurrenz zu unterbieten, wobei sie dann selbst unter Umständen durch ihre eigenen Preisentungen zugrunde gehen. Ich möchte also bitten, daß hier nicht nur die Dringlichkeit berücksichtigt wird, sondern auch die Art der Geschäftsführung und des Geschäftsmannes.

Dann noch ein letztes Wort zu einem Satz in der Rede des Herrn Wirtschaftsministers auf Seite 66, der uns, offengestanden, mißfällt. Es heißt hier:

Die Probleme der Arbeitslosigkeit, denen wir heute gegenüberstehen, werden um ein Vielfaches aufgewogen von den Erfolgen, die wir auf dem Gebiete der Ansiedlung neuer Betriebe und damit der Schaffung zahlloser neuer Arbeitsplätze erzielen konnten.

So heißt es in der Rede des Herrn Ministers. Uns scheint es gewagt, zu behaupten, die Probleme der Arbeitslosigkeit würden um ein Vielfaches aufgewogen durch die Erfolge der Ansiedlung und Neuschaffung von Industrie. Die Probleme der Arbeitslosigkeit können überhaupt nur aufgewogen werden dadurch, daß man allen Arbeitslosen Arbeitsplätze gibt, und nicht dadurch, daß man nur einige Industrien oder Unternehmungen schafft. Das ist ein Vergleich, der für die Arbeitslosen — entschuldigen Sie dieses Wort — einen bedauerlichen Affront darstellt; denn diese haben doch nichts davon, wenn irgendwo neue Betriebe entstehen, sie selbst aber in der Mehrzahl arbeitslos bleiben. Das ist also ein Trugschluß.

(Zuruf von der SPD: Ihre Ansicht ist ein Trugschluß!)

— Bitte, die Arbeitslosen sind ja noch da. Die Arbeitslosenziffer steigt von Tag zu Tag. Also waren die Betriebe, die man geschaffen hat, nicht in der Lage, diese Arbeitslosen aufzunehmen.

(Dr. Beck: Das Problem liegt darin, daß man den Arbeitslosen Arbeit gibt!)

— Natürlich liegt es daran; aber dann muß man sie schaffen. Man kann aber nicht sagen, es ist geschehen,

(Höllerer [FFG])

es ist aufgewogen worden, wenn die Arbeitslosigkeit noch besteht; denn sonst müßte der Satz so lauten, und das kann er nicht: Man hat so viele Betriebe geschaffen, daß es keine Arbeitslosen mehr gibt.

(Dr. Hille: „Sonst wären noch mehr da“, müßte es in dem Satz heißen!)

Staatssekretär Geiger: Ich vermute, daß sich ein Schreibfehler eingeschlichen hat. Es muß heißen: „werden v i e l f a c h aufgewogen...“

Höllerer (FFG): Einverstanden; dann bin ich mit der Staatsregierung einig. Ich danke für die Aufklärung; wir sind jetzt vollkommen einig.

Als letztes der Export! Es ist von vielen Vordnern gesagt worden: Der Export ist eine Notwendigkeit, er muß stärkstens unterstützt und gefördert werden. Dieser Auffassung schließen wir uns voll an. Ich bitte aber die Staatsregierung, in diesem Fall das Wirtschaftsministerium, um eines: die Exportmöglichkeiten und die Exporttätigkeit auch im Rahmen der Außenhandelsabteilung nicht allzu sehr und nicht zu oft nach rein persönlichen und parteipolitischen Erwägungen zu betreiben.

(Beifall bei der FFG.)

Präsident: Ich schlage vor, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und die Mittagspause einzuschalten. Bevor wir aber auseinandergehen, möchte ich die Mitglieder des Haushaltsausschusses darauf hinweisen, daß sie sich heute abend nach Schluß der Plenarsitzung hier im Sitzungssaal zu einer kurzen Besprechung und Beschlüßfassung treffen, um den neuen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses zu wählen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Die Sitzung ist unterbrochen und wird um 15 Uhr fortgesetzt.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 35 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 15 Uhr 15 durch den Präsidenten Dr. Stang wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ehe wir in die Beratung des Gegenstandes unserer Tagesordnung eintreten, darf ich ein Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München bekanntgeben, das an das Präsidium des Bayerischen Landtages gerichtet ist:

Der heurige Faschingszug wird am Sonntag, den 19. Februar, durchgeführt.

Ich erlaube mir, zu seiner Besichtigung von einem Fenster des Rathauses aus Mitglieder des Landtags einzuladen, und werde 20 Einlaßkarten zurücklegen lassen. Falls hierfür Interesse besteht, bitte ich, die gewünschten Karten bis spätestens 14. Februar auf Zimmer 201/II im Rathaus abholen zu lassen.

Das wird geschehen. Die Zahl der Karten ist beschränkt, so daß natürlich nicht jedes Mitglied des Hauses zum Zug kommen kann.

(Huth: Das entspricht nicht dem Ernst der Wirtschaftslage!)

Wir fahren in der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums für Wirtschaft fort.

In der Reihe der Redner hat Herr Abgeordneter Hagen Lorenz das Wort.

Hagen Lorenz (SPD): Meine Damen und Herren! Ich darf vorausschicken, daß ich nicht beabsichtige, mich auf hohe theoretische Probleme zu stürzen, sondern ich möchte nur einige Bemerkungen zur Etatrede des Herrn Wirtschaftsministers machen.

Wie ich glaube, ist wohl niemand im Hause und darüber hinaus auch nicht im bayerischen Volke, der nicht begrüßt hat, was uns der Herr Wirtschaftsminister vorgestern in Bezug auf die Demontage in Töging mitteilte. Er hat uns nochmals einen Hoffnungsschimmer gegeben, indem er zum Ausdruck brachte, daß er einen neuen Versuch, und zwar beim Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer und im weiteren Verfolg bei den Hohen Kommissaren machen werde mit dem Ziel, die Demontage in Töging doch noch abzuwenden. Ich darf bemerken, daß er bei dieser Aufgabe unsere uneingeschränkte Unterstützung hat. Wir alle wissen, was Töging und die Aluminiumproduktion für uns bedeutet. Es geht uns bei der Erhaltung von Töging ja nicht darum, für eine nähere oder fernere Zukunft Vorbereitungen für eine neue Flugzeugindustrie zu treffen, sondern wesentlich darum, Aluminium an Stelle von Holz oder anderer sehr schlecht zu beschaffender Baumaterialien zu verwenden. Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Produktionskapazität von Töging unter allen Umständen erhalten werden. Ich habe so am Rande gehört, daß der Herr Wirtschaftsminister vorschlagen will, an Stelle des Werkes Töging unter Umständen ein anderes anzubieten.

(Dr. Hille: Hat er selbst gesagt!)

Ich befürchte nur, daß in dem anderen Land der westdeutschen Republik dieselben Schwierigkeiten entstehen werden und daß es letzten Endes doch bei der Demontage des dritten Ofenhauses in Töging bleiben wird.

Ich möchte mit aller Deutlichkeit herausstellen, daß diese Demontage nicht auf eine Anordnung der früheren Militärregierung oder des jetzigen Hohen Kommissars zurückgeht, sondern durch das Armeeeberkommando veranlaßt worden ist. Die Begründung, die zu diesem Demontagebefehl gegeben wurde, ist keineswegs geeignet, auf uns, sagen wir einmal, einen belebenden Einfluß auszuüben. Sie geht vielmehr auf gewisse Befürchtungen zurück. Wir hoffen, daß die Befürchtungen, die das Armeeeberkommando zur Demontage von Töging veranlaßten, nicht zutreffen. Erlassen Sie es mir bitte, Näheres darüber zu sagen!

Der Herr Wirtschaftsminister hat in seiner sehr umfangreichen Etatrede insbesondere auf die Notwendigkeit der Betreuung der Wirtschaft hingewiesen. In diesem Punkte gehen wir mit ihm einig, möchten aber eines dabei feststellen: Wir verstehen unter Betreuung der Wirtschaft nicht nur die Betreuung der Unternehmer, sondern auch die Betreuung der Arbeitnehmer in diesen Betrieben, weil nach unserer Auffassung die Wirtschaft aus zwei Faktoren besteht. Wenn ich sage, wir verstehen darunter auch die Arbeitnehmer, so müssen wir zugleich feststellen, daß sich der Herr Wirtschaftsminister mit den Problemen Preis und Lohn nur ganz am Rande beschäftigt

(Hagen Lorenz [SPD])

hat. Wir sind uns wohl alle darüber klar, daß wir uns heute nicht nur in einer Produktionskrise, sondern auch in einer Konsumkrise befinden.

(Dr. Hille: Herr Weidner sagt das Gegenteil!)

Die Konsumkrise wird immer mehr dazu beitragen, die Kaufkraft zu schwächen. Je mehr die Kaufkraft geschwächt wird, um so geringer werden die Produktionsmöglichkeiten sein und der Stand der Wirtschaft wird ganz automatisch noch weiter herabgedrückt werden. Hier liegt ein circulus vitiosus vor, und die Wirtschaftskrise wird in absehbarer Zeit noch schlimmere Formen annehmen, wenn nicht alles getan wird, um das Verhältnis zwischen den Preisen und Löhnen neu zu regeln. Unter Umständen wird im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Arbeitslosen die Zweimillionengrenze weit überschreiten. Darunter werden besonders wir in Bayern zu leiden haben, da wir im Verhältnis zu den anderen Ländern die höchste Arbeitslosenziffer haben.

Nun hat der Herr Kollege Weidner heute vormittag davon gesprochen, daß man infolge des verlorenen Krieges einen Konsumverzicht propagieren müsse.

(Weidner: Es soll Spartkapital geschaffen werden!)

— Herr Weidner, lassen Sie sich eines sagen: Von unserer Seite aus ist ein Konsumverzicht nicht nur gepredigt, sondern er ist durch unsere Leute auch in die Tat umgesetzt worden. Aber wir müssen es ablehnen — ich habe bei einer früheren Gelegenheit hier im hohen Hause schon einmal darauf hingewiesen —, daß man den Konsumverzicht nur von einem Teil verlangt, und zwar gerade von dem Teil, der dafür sorgt, daß die Wirtschaft und damit der Staat in Fluß bleibt, während eine andere, wenn auch kleine Schicht trotz der ungeheuren Erschwernis, der wir heute gegenüberstehen, im Überfluß lebt.

(Sehr richtig!)

Deshalb wehren wir uns mit aller Entschiedenheit. Wenn man schon davon spricht, daß wir unseren Lebensstandard um 20 Prozent herabschrauben müssen, so haben wir dafür Verständnis; aber dann müssen wir verlangen, daß die Senkung von allen Schichten in dem gleichen Ausmaß getragen wird.

Was mich gestern bei den Ausführungen des Herrn Wirtschaftsministers besonders berührt hat, war die Forderung auf Ausweitung der Industriekapazität. Wir wissen, daß wir die Industriekapazität ausweiten müssen. Wenn heute früh ein Redner behauptet hat, die Industriekapazität sei heute größer als im Jahr 1936, so ist das meiner Meinung nach ein Trugschluß, und zwar deshalb, weil wir heute einschließlich der Flüchtlinge, der Kriegsbeschädigten, der Heimkehrer sowie des natürlichen Zuwachses eine weit höhere Zahl von arbeitsfähigen Menschen haben, und deshalb einer ganz anderen Relation gegenüberstehen als feinerzeit.

(Weidner: Ich habe von der anderen Relation gesprochen!)

Wenn wir schon von einer Ausweitung der Industriekapazität sprechen, dann ist sie — das ist unser Standpunkt — nur in Betrieben möglich, die wirklich ratio-

nell arbeiten. Das gilt nicht nur für die Industrie, sondern auf allen Gebieten. Wir stellen fest, daß die Landwirtschaft heute noch mit Geräten arbeitet, die schon unsere Urgroßväter benutzt haben. Und auf der anderen Seite — —

(Heiterkeit. — Widerspruch)

— Oh ja! Nur in ganz verschwindendem Ausmaß bequem man sich dazu, die moderne Technik in Anspruch zu nehmen. Ich kenne ja die Ausreden, die man da immer zur Hand hat.

(Zurufe.)

Man sagt, auf Deutschland oder Bayern könne man nicht amerikanische Maßstäbe anlegen. Es wird niemandem von uns einfallen,

(Bezold Otto: Das ist eine Geldfrage!)

ein derartiges Verlangen zu stellen. Aber was man da drüben in Amerika — ich habe das Land aus eigener Erfahrung kennengelernt — an technischem Fortschritt auf den einzelnen Farmer oder Bauern anwenden kann, das ist auch bei unseren Dorfgemeinschaften möglich.

Aber das gilt nicht nur für die Landwirtschaft; beim handwerklichen Betrieb erleben wir daselbe.

(Widerspruch bei der CSU.)

— Bitte? Sie glauben, wenn ich recht verstanden habe, daß das unrichtig ist? Heute früh hat der Herr Kollege Schmid davon gesprochen. Auch auf dem handwerklichen Sektor muß man sich, wie die Dinge liegen, darauf einstellen, nach neueren technischen Gesichtspunkten zu arbeiten, wenn man nicht im handwerksmäßigen Betrieb untergehen und, wie in der Gründerzeit, in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, verproletarisieren will.

Nun hat der Herr Wirtschaftsminister gestern noch auf ein anderes Kapitel angepielt. Er sagte — ich habe mir den Satz notiert —: Wenn wir in der bisherigen Weise fortfahren, werden wir auch die Arbeitslosigkeit beseitigen können.

(Dr. Hille: Optimismus!)

In derselben Stunde, in der wir uns hier über den Etat des Wirtschaftsministeriums unterhalten, ist das Bundesparlament dabei — wir haben das ja vorhin durch das Radio gehört —, zu dem Problem der Arbeitslosigkeit eingehend Stellung zu nehmen. Ich glaube aber, der Optimismus, den der Herr Wirtschaftsminister gestern zum Ausdruck gebracht hat, ist unberechtigt. Er meint, wenn wir in der bisherigen Art und Weise fortfahren, werden wir die Arbeitslosigkeit beseitigen können. Ich möchte nämlich dann die Frage stellen: Wenn wir die Arbeitslosigkeit in der bisherigen Weise bekämpfen wollen, wie lange wird das dauern? Von Seiten des Bundes wird wahrscheinlich nach der Richtung hin etwas geschehen; aber das bindet uns in Bayern nicht, ebenfalls das Menschensmögliche zu tun. Sie wissen, daß ich Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Bayern, bin. Wir haben den Herrn Ministerpräsidenten gebeten, uns Gelegenheit zu einer Aussprache über alle die Probleme zu geben, die mit der Arbeitslosigkeit und mit der Wirtschaftskrise zusammenhängen. Der Herr Ministerpräsident hat diese Aussprache für nächsten Montag nachmittag in dankenswerter Weise zugesagt. Dort werden wir des näheren auf die Probleme eingehen, deren Lösung uns vom gewerkschaftlichen Standpunkt

(Hagen Lorenz [SPD])

aus notwendig und auch möglich erscheint. Ich möchte hinzufügen, daß wir auch von Bayern aus der Arbeitslosigkeit in irgendeiner Art und Weise zu Leibe gehen können.

Nun ist heute vormittag sehr viel über das Kapitel Kredite gesprochen worden. Der Herr Wirtschaftsminister hat in seinen Ausführungen dargelegt, Kredite aus dem Ausland seien ungeheuer schwer zu erhalten, der innere Kredit sei unzureichend. Wir wissen das auch. Aber wir dürfen bei dieser Gelegenheit eines feststellen: Wenn alle Kapitalmöglichkeiten des Inlands ausgenützt und erschöpft würden, dann würde schon dadurch die Arbeitslosigkeit zu einem Teil beseitigt werden, und weitere Kreditmöglichkeiten für die Industrie wären gegeben. Uns allen ist doch bekannt, daß man heute noch nicht volles Vertrauen zum Geldmarkt hat.

(Sehr richtig!)

Man hortet das Geld immer noch lieber im Strumpf, statt es auf die Sparkasse oder zur Bank zu geben, um einen allgemeinen Ausdruck zu gebrauchen. Diesen Teil des Kapitals meinen wir, wenn wir sagen, daß das Kapital sich dem Zugriff der Wirtschaft entzieht.

Es ist selbstverständlich, daß ein Anfang mit anderweitigen Krediterschöpfungen und Kreditmöglichkeiten gemacht werden muß. Ich glaube nicht daran — ich sage hier allerdings nur meine ganz persönliche Meinung —, daß wir die Krise, der wir jetzt gegenüberstehen, mit inländischem Kapital allein beseitigen können. Ich glaube erst recht nicht daran, daß das im Jahre 1952 möglich ist, wenn der Marshallplan ausläuft und seine Auswirkungen uns nicht mehr zugute kommen. Weiter glaube ich, daß man sich in verschiedenen Kreisen einem zu großen Optimismus bezüglich der Fernwirkung des Marshallplans hingegeben hat; denn sonst hätten die Dispositionen, die manchmal getroffen wurden, nicht getroffen werden können.

Dabei möchte ich eine Forderung, die auch mein Freund Drechsel heute früh schon gestellt hat, ganz besonders unterstreichen: Bei der Verteilung der Kredite, die aus Staatsmitteln gegeben werden, muß unbedingt der Landtag durch einen Ausschuß maßgebend mit eingeschaltet werden; denn das Verfahren, wie es in den letzten Monaten gehandhabt wurde, hat schon zu mancher sehr scharfen Kritik Anlaß gegeben und nicht nur in diesem Hause, sondern weit darüber hinaus in allen Volkskreisen Unmut erregt. Wir sind auch da der Meinung, daß nur volkswirtschaftlich notwendige Betriebe in den Kreis der Kreditnehmer einbezogen werden dürfen. Auch darf man die Kreditwürdigkeit nicht etwa nur vom Rentabilitätsstandpunkt des einzelnen Unternehmers aus, sondern muß sie vom rein volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse aus beurteilen.

Es kommt ein weiterer Gesichtspunkt hinzu: Im Zeitpunkt des Tages X, also bei der Währungs-Umstellung, waren Ansatzpunkte dazu vorhanden, daß sich das Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen einigermaßen zufriedenstellend gestalten würde. Aber schon nach ganz kurzer Zeit hat sich die Situation in dieser Hinsicht vollkommen verändert. Da glauben wir eines aussprechen zu müssen: Eine verfrühte Stabilisierung bei zu hohen Preisen und zu

niedrigen Löhnen und Arbeitslosigkeit wird nie zu einer gesunden Wiederbelebung in unserer gesamten Wirtschaft führen und führen können. Zuerst muß also ein gerechter Ausgleich, eine bessere Relation zwischen den Preisen und Löhnen gesucht werden. Daß man dabei auch daran gehen muß, sich ädliche Geschäftspraktiken und Theorien zu beseitigen, das versteht sich für uns ganz am Rande.

Heute früh ist so manches Klageged über den Staat, also das Wirtschaftsministerium, nicht all das tue, was im Interesse der Wirtschaft notwendig sei. Ich kann mich aber noch sehr gut daran erinnern, daß gerade führende Wirtschaftskreise noch in den letzten Tagen und Wochen eine Treuhänderschaft des Staates gegenüber der Wirtschaft abgelehnt haben. Auch wir sind Anhänger der Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Aber Selbstverwaltung in der Wirtschaft setzt voraus, daß die Wirtschaft mit ihren beiden Faktoren — ich unterstreiche das noch einmal — in der Lage ist, sich wirklich so zu führen und zu leiten, daß auch ein positiver Wirtschaftsertrag gewährleistet ist. Deshalb sollte man nicht immer darüber klagen, daß der Staat zuviel in die Wirtschaft hineinrede, und eine Treuhänderschaft des Staates ablehnen, während man noch eben nach dieser Treuhänderschaft ruft, wenn man glaubt, sie sei im rein persönlichen Interesse der Unternehmer notwendig.

Herr Kollege Schmid — er ist jetzt leider nicht da — sprach heute davon, daß gerade das Handwerk den größten Wert auf den Nachwuchs lege und an der Heranbildung tüchtiger Facharbeiter interessiert sei. Darüber habe ich mich herzlich gefreut. Ich hatte aber leztlich, anläßlich einer Vorbesprechung, die unter der Führung des Arbeitsministeriums zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften in der Frage des Urlaubsgesetzes stattfand, Gelegenheit, folgendes zu beobachten. Dort waren es gerade die Vertreter des Handwerks, die erklärten, man werde keinen mehr einstellen, der nicht 18 Jahre alt ist, weil die Bedingungen, die im Urlaubsgesetz vorgesehen sind, zu ungünstig erscheinen, weil die Erziehungsbefähigten zu hoch sind, weil das Handwerk dies alles einfach nicht mehr leisten kann. Ich habe dem Herrn damals geantwortet, wenn sie es verantworten zu können glaubten, mögen sie das tun, wir würden sie daran nicht hindern können. Aber ich weiß bestimmt: Nach einer ganz kurzen Zeit, vielleicht schon in drei oder vier Jahren, wenn kein ausgebildeter Nachwuchs mehr vorhanden ist, wird das Handwerk weit mehr unter dem Mangel zu leiden haben als irgendein anderer Wirtschaftszweig.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Das ist feststehende Tatsache, darüber kommen Sie nicht hinweg, meine Herren.

Über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer heute zu sprechen, wäre eigentlich verlockend; aber ich glaube nicht, daß es in den Rahmen der Behandlung des Etats des Wirtschaftsministeriums hineinpaßt. Das Problem des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts ist meiner Meinung nach für uns nicht von der ausschlaggebenden Bedeutung wie auf der Bundesebene; die Dinge werden ja anderenorts maßgeblich mitbeeinflusst. Aber eines lassen Sie sich

(Hagen Lorenz [SPD])

sagen, meine Damen und Herren: Die Befürchtung des Herrn Kollegen Schmid, daß das Mitbestimmungsrecht die Gefahr einer vollen Sozialisierung heraufbeschwören würde, ist wirklich ganz abwegig; denn wir sind auch in unseren Kreisen nicht vermessen genug, um heute eine Vollsozialisierung zu fordern. Was wir wollen, ist nur die gleichberechtigte Mitbestimmung in der Wirtschaft.

Und nun noch eines. Kollege Dr. Kroll hat gestern auch das Wirtschaftsinstitut des Wirtschaftsrats ange schnitten. Ich habe mich eigentlich darüber gewundert, und zwar deshalb, weil das Wirtschaftsinstitut des Wirtschaftsrats meines Wissens sehr stark von dem Herrn Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard beeinflusst ist, dessen ganze Wirtschaftspolitik man, wie wir vorhin über das Radio gehört haben, als eine Seifenblase bezeichnet. Aber dieser Herr Professor Dr. Erhard hat auch bereits während der nationalsozialistischen Zeit in Fürth in Bayern ein Wirtschaftsinstitut geleitet und er hat bei den Wirtschaftsführern des nationalsozialistischen Reichs sehr großes Ansehen genossen. Wir befürchten also, die Politik dieses Wirtschaftsinstituts, das man so sehr herausstellt und von dem man sich große Erfolge verspricht, ist wahrscheinlich wieder nur eine, wenn auch etwas abgeänderte Wirtschaftspolitik im Sinne des Nationalsozialismus.

(Rübler: Wir befürchten das nicht.)

Deshalb stehen wir dem Herrn Wirtschaftsminister Dr. Erhard nach wie vor sehr skeptisch gegenüber. Ich möchte zu der Angelegenheit keine weiteren Ausführungen mehr machen. Ich denke, es ist genug theoretisiert und gesprochen worden.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir erlaubt, auf einige Punkte der Rede des Herrn Wirtschaftsministers hinzuweisen, die meiner Meinung nach eine Beantwortung verdienen. Wir werden, nachdem das Etatjahr schon fast abgelaufen ist, nicht dazu kommen, den Etat des Wirtschaftsministeriums abzulehnen. Aber wir hoffen, daß uns der neue Haushalt für das Rechnungsjahr 1950/51 rechtzeitig vorgelegt wird, damit wir schon zu Beginn des Etatjahrs zu all diesen Problemen Stellung nehmen können.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Emmert.

**Emmert (CSU):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst an das anknüpfen, was mein Herr Vorredner soeben sehr treffend ausgeführt hat. Was wir heute tun, das gleicht beinahe einem *Leichenbegängnis*, indem wir über etwas beraten, was eigentlich überholt ist, denn die Summen, über die wir beschließen, sind praktisch schon ausgegeben. Es ist also ziemlich müßig, sich über das aufzuhalten, was im Etat steht; denn er ist meines Erachtens erledigt. Ich kann dem Herrn Vorredner darin nur recht geben: Es wäre ratfam, wenn die Regierung selbst tun würde, was sie von Gemeinden und Städten verlangt, nämlich, daß sie ihren Wirtschaftsetat vor Beginn des Haushaltsjahrs vorlegen, damit praktisch die Möglichkeit besteht, vorher darüber zu befinden und zu beschließen. Das wäre das Wichtigste, was ich zu dem

Etat, der heute zur Beratung steht und von dem noch kaum jemand gesprochen hat, zu sagen hätte.

Die Fragen der Wirtschaftspolitik — und man hat sich auf Teilgebieten sehr ausführlich ergangen — reichen weit über den Etat als solchen hinaus. Vor einem aber sollten wir uns, wenn wir überhaupt in das Gebiet der Wirtschaftspolitik hineinsteigen, grundsätzlich hüten: Wir sollten nicht in den Fehler verfallen, der bei uns so oft gemacht wird, aus Einzelvorgängen ein Dogma herauszulesen und gewisse Grundsätze zu konstruieren, ja, ich möchte sagen, eine Politik des „als ob“ zu betreiben. Die Wirtschaft geht munter, unberührt davon ihre eigenen Wege und lebt ihre eigenen, unabdingbaren Gesetze. Dieser Gedanke ist meines Erachtens in der ganzen heutigen Debatte viel zu wenig zu Wort gekommen. Alle die Bemühungen, das wirtschaftliche Geschehen einzufangen, es in Gesetze zu kleiden — das haben uns doch die letzten Jahre der Planwirtschaft gezeigt —, waren doch nur wenig fruchtbar. Man kann nicht davon ausgehen, was im Jahre 1933, vorher oder nachher war, und als Basis für heute nehmen; denn jene Grundlagen haben sich seitdem doch wesentlich verschoben, sowohl von der Kapital- als auch von der Arbeitsseite her. Ich halte es für wenig fruchtbar, mit den gegenwärtigen Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaft letzte Bilder zu zeichnen; denn jeder von uns weiß, daß jeder Versuch einer beschreibenden Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung geistig meist nachhinkt. Es geht uns da wie jenem Arzt, der für die Heilung eines Todkranken kein Rezept kannte, nach dem Tode aber eingehend erklären konnte, woran der Patient gestorben ist.

Herr Professor Röpke, der heute vormittag zitiert worden ist, gilt als derzeit namhaftester Vertreter des freien Wettbewerbs, wenn Sie es so nennen wollen, und es gibt eine Reihe von anderen Professoren, die bemüht sind, von anderen Gesichtspunkten aus die Erkenntnisse der Nationalökonomie, besonders der klassischen, neu zu überarbeiten und sie als Gebrauchsanweisungen für den Alltag zu servieren. Lassen Sie mich dazu eines sagen: Ich glaube, wir stehen in fast allen wissenschaftlichen Disziplinen in einem Umbruch, und man ist eifrig bestrebt, in der Erkenntnis der Dinge nach neuen Ufern zu gelangen. Niemand vermag zu sagen, ob im Gleiten der Dinge heute schon jener Standort erreicht ist, der es uns erlaubt, mit solcher Zielsicherheit und Ausschließlichkeit, wie es heute versucht wird, die Entwicklung zu durchleuchten und zu glauben, sie bannen oder in eine gewisse Richtung lenken zu können. Ich habe damit eine gewisse Reserve an den Tag gelegt gegenüber wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen, denen man sich oft allzu schnell und leicht verschreibt. Wie war es denn in den letzten drei oder vier Jahren? Man kann doch im Ernst nicht davon reden, daß es nach einem gewissen Grundsatz gegangen wäre. Jeder Wirtschaftende hat sich schließlich, ziemlich unbeeinflusst von örtlichen Vorschriften, so geholfen, wie er glaubte, nach dem gesunden Menschenverstand handeln zu müssen.

Ich bin nicht der *Planungsfrankheit* verfallen, um daraus abzuleiten, daß man den Staat beauftragen müßte, alles zu lenken, alles zu planen. Planung braucht der Familienvater, wie auch der Konzerngewaltige, das kleinste Unternehmen bis zum Staat. Ohne Planung geht es nirgendwo. Es kommt nur darauf an, welchen gesunden Gebrauch man davon macht. Und in

(Emmert [CSU])

jedem Fall liegen die Dinge verschieden; was in einem Falle richtig ist, kann sich in dem anderen schnell und leicht als falsch erweisen.

Eines darf ich noch kurz beleuchten: Wenn wir von Bayern aus den Versuch machen, hier im hohen Haus Wirtschaftspolitik zu erörtern, so möchte ich zunächst sagen, daß wir dazu nur noch in einem gewissen Grad zuständig sind.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Je mehr die internationale Arbeitsteilung fortschreitet, um so mehr kommen wir in das Schlepptau dieser allgewaltigen Kraft. Wir werden auf diesem Gebiet in den nächsten Jahren noch allerlei zu lernen haben, noch allerlei Überraschungen erleben. Dem, was Kollege Hagen vorhin ausgeführt hat, nämlich, daß man den Mut haben sollte, auch unpopuläre Politik zu machen, indem man sich damit abfindet, den Lebensstandard genau darauf abzustellen, was wir verbrauchen dürfen, kann ich nur beipflichten, und ich werde auf die Pflichten der Partner in diesem Prozeß später noch eingehend zurückkommen.

Bonn unterhält sich heute eingehend über die Arbeitslosenfrage, das derzeitige Problem Nummer 1. Man wird aber dort wie auch da sofort erkennen, daß unsere Wirtschaftspolitik, wie wir sie hier sehen, gewissermaßen nichts anderes ist als ein Flaschenhals internationaler Kräfte. Wenn der Marshallplan eines Tages zu Ende geht — und glauben wir ja nicht, daß, wie Mr. McCloy warnte, sein letztes Ziel nur darin bestünde, uns zu ernähren! —, dann werden wir erkennen, daß dem Aufbau unserer Wirtschaft, seinem Ausmaß und Tempo ein wohl dosierter Plan zugrunde liegt, nämlich der, den anderen europäischen Volkswirtschaften für eine gewisse Zeit gegenüber der deutschen immer einen gewissen Vorsprung zu sichern und es ihnen so zu ermöglichen, die Konjunkturgewinne des Weltmarktes für sich abzuschöpfen. Daraufhin zielen doch letztlich gerade die Anstrengungen der englischen Volkswirtschaft. Sie geht mit einer Zähigkeit sondergleichen darauf aus, in allerschärfstem internationalem Wettbewerb uns die Märkte, ja ich möchte sagen, jeden einzelnen Auslandskunden streitig zu machen.

Ich weiß nicht, ob man unter diesen Aspekten überhaupt die Neigung haben soll, allzu sehr in Details der bayerischen Wirtschaftspolitik einzusteigen. Wie wir sie auch betrachten — der Herr Wirtschaftsminister hat es in seinem ausführlichen Vortrag deutlich gekennzeichnet —, drei Aufgaben sind der bayerischen Wirtschaftsverwaltung ausschließlich verblieben. Die erste: die staatliche Wirtschaftsverwaltung muß nach wie vor dort lenkend, verteilend und überwachend eingreifen, wo noch Mangelerscheinungen in der Rohstoff- und Güterversorgung bestehen und die Verteilung dieser Güter nicht einfach dem Preismechanismus des Marktes überlassen werden kann. Die zweite: die Wirtschaftsverwaltung muß darüber wachen, daß die Gesetzeslage den jeweiligen Bedürfnissen der praktischen Wirtschaft angepaßt ist. Die dritte Aufgabe überragt die beiden ersten: die Wirtschaftsverwaltung muß heute über diese lenkenden und verwaltenden Aufgaben hinaus eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben und sich insbesondere der Gewerbeförderung, dem Aufbau und Aus-

bau der gewerblichen Kapazität und der Schaffung einer gesunden Wirtschaftsstruktur widmen.

In diesen wenigen Worten ist ein außerordentlich umfassendes, aber zugleich sehr schwieriges Programm niedergelegt: aktive Wirtschaftspolitik. Ich glaube das so zu verstehen, daß die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums weniger darin besteht, zu verordnen, sondern ein treuer und zuverlässiger Sachwalter, ja Berater der Wirtschaft und der wirtschaftenden Menschen schlechthin zu sein. Das ist meines Erachtens gerade im Zeichen nationaler Kollektivwirtschaften, denen wir doch bis zu einem gewissen Ausmaß gegenüber treten, die höchste und edelste Aufgabe, die man einer Verwaltung überhaupt stellen kann.

Ein kleines Beispiel gleich zur Begründung: Wenn sich heute unsere Exportfirmen bemühen, auf den Auslandsmärkten wieder Fuß zu fassen, wenn sie den Versuch machen, sich zu Verkaufsgemeinschaften zusammenzuschließen — Herr Kollege Drechsel, glaube ich, war es, der heute meinte, daß das nötig sei; es ist längst geschehen, Herr Kollege Drechsel —, muß die Aufgabe der Wirtschaftsverwaltung darin bestehen, diese Bemühungen beratend und fördernd zu unterstützen, indem sie Marktbeobachtungen einrichtet, indem sie keine Beamten, sondern Auslandskaufleute allererster Garnitur hinschickt, die die Märkte aus jahrzehntelanger eigener Erfahrung kennen und deren Arbeit auch einen gewissen Erfolg für uns verbürgt. Das ist bestes, seit Jahrzehnten bewährtes englisches System. Es darf dann aber auch nicht passieren, daß Auslandsgäste, wenn sie zu uns kommen, empfangen werden „en passant“. Ich muß schon sagen, wir sollten jene Importeure so behandeln, als ob sie unsere besten Freunde wären, zugleich nicht versäumen, um ihnen klar zu machen, welsch ungeheure Anstrengungen wir unternehmen, um uns als wertvolle Glieder in die internationale Arbeitsteilung einzuschalten.

Mehr Export! Leben oder Sterben! Ja, meine Damen und Herren, das ist sehr leicht gesagt. Die Wirtschaft ist ausgeblutet und zerstört, die Absatzmärkte sind verloren, die Arbeiterschaft ist teilweise noch ausgemergelt, Kreditmangel herrscht, der Produktionsapparat ist teilweise veraltet! Die Folgen des Krieges sind durchaus noch nicht überwunden.

Ich will nur eines kurz feststellen: Was unsere Wirtschaft im Wiederaufbau und im Export bis heute geleistet hat, verdient anerkennend festgehalten zu werden.

(Dr. Rief: Sehr gut!)

Das ist ein Loblied nicht nur auf die Arbeitnehmer, sondern auch auf die Unternehmerschaft. Daß gerade Bayern auf diesem Gebiet Erkleckliches geleistet hat, dafür ein paar Zahlen: Die Ausfuhr betrug im Jahre 1947 21 Millionen, 1948 37 Millionen, 1949 64 Millionen Dollar. Wie Sie sehen, ist es eine stetige und gesunde Aufwärtsentwicklung.

Man hat über die Funktion des Handels heute bittere Worte gefunden. Wer von uns wollte es auch nur einen Augenblick wagen, bedauernswerte Auswüchse zu verteidigen? Ich glaube, niemand im Hause möchte das ernstlich tun. Aber wie in alle Zweige der Produktion sind auch in die Kreise des Handels Elemente eingedrungen, die dort eigentlich wenig zu suchen haben. Ich glaube auch nicht, daß staat-

(Emmert [CSU])

licher Zwang, daß Polizeimaßnahmen und dergleichen hier Wandel schaffen werden. Hier hilft nur das gesunde Prinzip der *Auslese* und noch etwas anderes: das Verhalten der Käuferschaft schlechthin. Es gibt da *ethische Kräfte*, die man meines Erachtens bis zum heutigen Tage auf der gesamten Linie noch viel zu wenig mobilisiert hat.

Der Herr Wirtschaftsminister Dr. Seidel hat dem Hause eingehend dargelegt, welche Anstrengungen er unternommen hat, um für Bayern *Kreditkapital* zu beschaffen. Es ist das wohl das heikelste Kapitel, dem wir gegenüberstehen. Ich will mich gar nicht einlassen auf währungstheoretische Erkenntnisse letzter und allerneuester Art, sondern mich aus der Praxis heraus auf einige Bemerkungen beschränken. Wenn Sie wissen, daß die Kapitalbildung aus der *Sparkraft* in Bayern in dem gleichen Zeitraum, den ich zugrunde lege, etwa um 3 bis 5 Prozent zugenommen hat, im Bundesdurchschnitt aber um über 20 Prozent, in den Hanse-Städten und in Nordrhein-Westfalen über 40 Prozent — wie gesagt in dem gleichen Zeitraum und bei den gleichen Instituten —, dann wissen Sie ohne weiteres, wo der Hase im Pfeffer liegt. Wenn wir nicht im eigenen Land selbst alle Reserven mobilisieren und den Grad des Vertrauens zur Währung erhöhen, dann sind wir meines Erachtens in absehbarer Zeit nicht in der Lage, das notwendige Kapital für die Konsum- oder die Investitionsgüter der Industrie zu beschaffen. Eines steht fest: In den städtischen Bezirken ist, um das einmal deutlich herauszustellen, der Sparwille, wie die Statistik ergibt, weit stärker entwickelt als in den Landkreisen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das hängt aber wahrscheinlich auch damit zusammen, daß die *Landwirtschaft* bereits in eine Krise geraten ist, die von vielen noch unterschätzt wird. Wenn wir nicht in der Lage sind, hier Wandel zu schaffen, dann habe ich wenig Hoffnung auf fremde Hilfe. Ich bin der Auffassung, daß wir selbst zunächst alles tun müssen, um die noch in uns ruhenden Kräfte zu mobilisieren. In einem Punkte hat die Opposition recht, und es hat da auch niemand widersprochen: daß der Optimismus, den Herr Dr. Erhard hinsichtlich der ausländischen Finanzhilfe an den Tag gelegt hat, sich nur bis zu einem gewissen Grad erfüllt hat und daß darauf, auf das Ausmaß der Hilfe und auch auf das viel zu langsame Einschleusen der Gelder, ein Teil der Krisenerscheinungen zurückzuführen ist, unter denen wir heute zu leiden haben.

Der Herr Abgeordnete Drechsel hat darauf hingewiesen, daß die *Handelspannen* teilweise überhöht sind. Wer wollte ihm da nicht recht geben! Zu keinem Zeitpunkt aber darf man sich so weit versteigen, daß man daraus allein die Funktion des Handels, Güter zu verteilen, preisausgleichend zu wirken, derart weit in Abrede stellt. Wenn die Befürchtung ausgesprochen worden ist, daß die Zeit der *Preisreden* wieder gekommen ist, so muß ich sagen, man sieht hier die Dinge doch etwas zu pessimistisch. Warum sind zur Zeit viele Betriebe nahe am Konkurs? Weil die Verkaufserlöse einfach nicht mehr ausreichen, um die Selbstkosten zu decken — von einem Gewinn gar nicht zu reden.

(Drechsel: Dann muß man Absatz schaffen!)

— Herr Kollege Drechsel, wenn Sie Absatz schaffen wollen, dann müssen Sie — das haben Sie ja selbst erklärt — zunächst die *Konsumkraft* erhöhen, und wenn Sie die Konsumkraft erhöhen können, für das Rezept bin ich Ihnen außerordentlich dankbar.

(Drechsel: Auch die Konsumkraft der bereits Arbeitenden!)

— Um die Konsumkraft der bereits Arbeitenden zu erhöhen, dafür gibt es, glaube ich, ganz nüchtern gesagt, zur Zeit nur ein Rezept: indem man durch eine Rationalisierung auf der gesamten Linie versucht, die Preise zu senken, um so den *Reallohn*, d. h. die *Kaufkraft* des schaffenden Menschen, zu erhöhen. Eine andere These gibt es nicht. Das ist die Quintessenz, und ich kann nur das unterstreichen, was mit einer erfreulichen Offenheit gerade heute die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Nummer 33 als Überschrift gewählt hat, ich möchte sagen gewissermaßen als das Rezept für unsere Gesundung. Es steht groß darüber „Sparen“. Ich glaube, das gilt für alle ohne Ausnahme — ich brauche nicht an das anzuknüpfen, was über den Luxus gesagt worden ist —; ich glaube, es trifft alle Volksschichten gleichmäßig.

Zweitens gilt es, die *Kosten* zu senken. Meine Damen und Herren, das wird für die nächsten zwei Jahre die entscheidende Bewährungsprobe unserer Wirtschaft sein, ob es uns gelingt, im internationalen Wettbewerb in einer Reihe von Produktionen bei unseren Kosten mit ausländischen Produktionsstätten Schritt zu halten. Das Dritte ist die *Stigerung* der *Ausfuhr*. Ich glaube, dazu habe ich schon genügend beigeuert.

Noch ganz kurz ein Wort zur *Landesplanung*. Sie ist bislang ein mehr akademisches Gebilde gewesen und man versucht nun, ihr langsam Blut und Leben einzuflößen, damit sie die Funktion übernehmen kann, die ihr zugeacht ist. Es ist kein Geheimnis — Sie werden es in den Zeitungen schon gelesen haben —, welche außerordentlichen Anstrengungen gerade Nordrhein-Westfalen, das am stärksten industrialisierte Land, derzeit macht, um von den abwandernden Betrieben aus der Ostzone und sonstwo einen möglichst großen Anteil zu erhalten. Ja, man versucht sogar, auch aus Bayern Betriebe wegzulösen. Warum macht man das? Weil meines Erachtens kein Kaufpreis zu hoch ist, um, auf die Dauer gesehen, *neue Arbeitsplätze* und damit Arbeit und Brot zu schaffen, speziell dann nicht, wenn man an die in Nordrhein-Westfalen vorhandene Grundgüterindustrie neue Fabrikationszweige in verschiedenen Veredelungsstufen ansetzen kann.

Nun sind in Bayern zweifellos schöne praktische Erfolge auf dem Gebiet der *Ansiedlung von Flüchtlingsindustrien* erzielt worden. Niemand von uns wird behaupten, daß das Erreichte schon zufriedenstellen könnte. Ganz im Gegenteil. Ich bin der Auffassung, daß alle Kräfte mobilisiert werden müssen, um gerade in jenen Gebieten, die wirtschaftlich schwach sind, gekennzeichnet durch geringe Produktionskraft in der gewerblichen Wirtschaft, durch hohe Prozentsätze an Flüchtlingen, durch verkehrsunünstige Lage und schlechte klimatische Verhältnisse, einen gewissen Ausgleich herbeizuführen. Das ist eine Aufgabe, die beim Strukturumbau der bayerischen Wirtschaft demnächst erstrangige Bedeutung haben dürfte. Wenn wir nur zu einem ge-

(Emmert [CSU])

wissen Bruchteil das erreichen, was Württemberg schon seit Jahren getan hat, dann können wir uns meines Erachtens glücklich preisen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Ich stimme mit Herrn Präsidenten Hagen darin überein, daß, wie es auch der Herr Wirtschaftsminister gleich in der Einleitung seiner Rede betont hat, der Mensch im Mittelpunkt der Wirtschaft steht, daß die Wirtschaft letzten Endes für den Menschen da ist und daß gerade diese vom Herrn Wirtschaftsminister Dr. Seidel vertretene Auffassung und Überzeugung in Bayern mit aller Tatkraft verfolgt werden muß. Nur dann, wenn wir uns von überspitzten Dogmen freihalten, weiterhin ein ausreichendes Maß von gesundem Menschenverstand beibehalten und wirtschaftspolitische Fragen so sehen, wie sie es verdienen, frei von Lokalpatriotismus und Parteiegoismus, dann werden wir in gemeinsamer Arbeit auf dem angetretenen Weg in absehbarer Zeit ein gut Stück vorwärts kommen.

(Dr. Hille: Wenn die anderen es wollen!)

— Herr Kollege Dr. Hille, es dürfte niemand im Hause sein, der sich dieser Aufgabe nicht voll verschreiben würde.

(Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rief.

**Dr. Rief (FVG):** Meine Damen und Herren! Nur eine kurze Feststellung. Es ist jetzt beinahe zwei Jahre her — es war noch in der Reichsmark-Zeit, aber die kommende Währungsreform zeichnete sich bereits in ziemlich scharfen Konturen am Horizont ab —, da hat ein gewisser Abgeordneter Dr. Mag Rief einen Antrag an das Haus gestellt, die Regierung zu ersuchen, ein Kreditlenkungs-gesetz in Vorlage zu bringen. Damals war es merkwürdigerweise derselbe Herr Kollege, der heute so warm für die Kreditlenkung eingetreten ist, der diesen Antrag in besonders scharfer Weise bekämpft hat: mein Kollege Drechsel. Selbstverständlich hat, wie das meistens hier im Hause der Fall ist, die rechte Seite unter Führung der linken diesen meinen Antrag unisono abgelehnt. Ich bin überzeugt: wäre dieser Antrag damals angenommen und ein Kreditlenkungs-gesetz beschlossen und durchgeführt worden, dann wäre die heutige Debatte überflüssig. Warum und weshalb und mit welcher Begründung, meine Damen und Herren, darüber können wir uns wohl schon in nächster Zeit noch einmal unterhalten. Ich bin nämlich der Meinung, daß der Landtag heute auf beiden Seiten des Hauses vielleicht eher bereit ist, einem derartigen Antrag, den ich hiermit dem Herrn Präsidenten überreiche, näher zu treten.

**Präsident:** Der Antrag wird dem Ausschuß für den Staatshaushalt überwiesen. Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Prechtl.

**Prechtl (CSU):** Meine Frauen und Herren! Gestatten Sie mir, noch einmal ganz kurz auf eine wichtige Sache, die das Wirtschaftsministerium im besonderen angeht, zurückzukommen. Es war zwar wiederholt so nebenher davon die Rede, ich halte es aber für unbedingt notwendig, die Aufmerksamkeit des Hauses wie

auch der Staatsregierung noch energischer auf die Landesplanung hinzulenken. Die Landesplanung ist zur Zeit so ein geheimnisvolles Kind in der Wirtschaftsverwaltung, schon beim Ministerium selbst, dann aber besonders auch in der Bezirksplanung bei den Regierungsstellen. Ich meine: Eine Landesplanung kann nicht von einigen dort Angestellten, die vielfach nicht einmal zu den in der bayerischen Wirtschaft verwurzelten Personen gehören, gemacht werden. Hierzu müssen Männer herangezogen werden, die wirklich etwas von der Wirtschaft verstehen. Wir haben doch unsere Industrie- und Handelskammern, wir haben unsere Handwerkskammern, wir haben unseren Bauernverband. Die Männer, die hier praktische Erfahrungen gewonnen haben, sind zur Landesplanung heranzuziehen. Es müssen Männer sein, die von den Dingen wirklich etwas verstehen und die Struktur unserer heimischen Wirtschaft sowie den ganzen Aufbau unserer verschiedenen Erwerbs- und Wirtschaftszweige kennen. Das habe ich bisher am meisten vermisst.

Dann ist es meiner Auffassung nach unbedingt auch notwendig, daß bei der Landesplanung darauf Rücksicht genommen wird, was in den einzelnen Landes-teilen an Rohstoffen als wirtschaftliche Grundlage vorhanden ist. Ich denke hier vor allem an die Verhältnisse bei uns in Niederbayern und auch in der Oberpfalz. Diese beiden Regierungsbezirke sind im Verhältnis zu den anderen Regierungsbezirken Bayerns weitaus höher mit der Neubevölkerung belastet, als das beispielsweise in Oberbayern oder auch in einem Teil Frankens der Fall ist. Sich nun hier mit den Männern, die eine Kenntnis der Grundlagen unserer Wirtschaft haben, in der Landesplanung zusammenzusetzen, ist eine gebieterische Notwendigkeit. Ich erinnere an die Rohstoffe, die in Niederbayern und in der Oberpfalz, besonders im Bayerischen Wald vorhanden sind: Auswertung des Holzes, Auswertung der Gesteine und Erden, auch der oberpfälzischen Braunkohle, die meiner Auffassung nach wohl eine Zukunft hätte, allerdings bei erheblichen Investitionen.

Ich erinnere dann auch an das, was unsere Landwirtschaft leistet. Wie wir in den vergangenen Jahren gehört haben, ist der Großteil des Anfalls an Häuten aus der bayerischen Landwirtschaft zur Bearbeitung über die Grenzen Bayerns hinausgegangen. Man hat damals auch von großen Schiebungungen gesprochen. Ja, wäre es durch eine Landesplanung nicht möglich, diese Rohstoffe im eigenen Land zu verarbeiten? Das sind alles Dinge, die meiner Auffassung nach ganz gründlich in Angriff genommen werden müssen, weil wir auf diesem Wege dann auch für unsere Neubevölkerung Arbeitsgelegenheiten bekommen.

Ich möchte also ganz besonders darauf hinweisen und die Herren vom Wirtschaftsministerium bitten, bei der Landesplanung nach diesen Gesichtspunkten zu arbeiten und nicht bloß Tabellen aufstellen und Zeichnungen anfertigen zu lassen, während die praktische Wirtschaft von diesen Dingen gar nichts weiß und auch niemals dazu gehört wird. Ich habe wiederholt schon angeregt, die Männer aus den Industrie- und Handelskammern, aus den Handwerkskammern und die Sachverständigen der örtlichen Stellen dazu heranzuziehen, habe aber nie eine praktische Auswirkung gesehen.

Noch eine zweite Sache darf ich mir gestatten, besonders zu erwähnen, wenn sie auch zum Teil in den

(Drechsel [CSU])

Etat des Kultusministeriums gehört. Sie betrifft unseren handwerklichen Nachwuchs. Da sehe ich mich veranlaßt, ganz besonders auf den handwerklichen Nachwuchs auf dem Lande hinzuweisen. Wir brauchen in den einzelnen Landkreisen gewerbliche und handwerkliche Berufsschulen. Der Nachwuchs muß Gelegenheit haben, nicht bloß in der Werkstatt eine mehr oder minder gute Anleitung für die praktische Arbeit zu bekommen, sondern er muß auch die Gelegenheit erhalten, sich das notwendige theoretische Wissen beschaffen zu können. Wenn ich nur das Beispiel meines Landkreises nenne: Wir haben mehrere hundert Lehrlinge; davon haben höchstens zwei bis drei Duzend Gelegenheit, eine gewerbliche Berufsschule zu besuchen. Das ist ein Zustand, der für die Zukunft des Gewerbes und Handwerks auf dem Lande untragbar ist.

(Hemmersbach: Sehr gut!)

Hier, glaube ich, muß ein Zusammenwirken zwischen Wirtschaftsministerium und Staatsministerium für Unterricht und Kultus unbedingt allen Ernstes betrieben werden.

Auf weitere Fragen will ich nicht eingehen. Ich möchte nur noch kurz betonen: Wenn nicht alles getan wird, um Arbeit und damit Brot zu schaffen, werden die Schwierigkeiten, die heute in unserem gesamten Volksleben bestehen, nicht gelöst werden können.

(Beifall bei der CSU.)

**Präsident:** Für den Herrn Staatsminister für Wirtschaft Dr. Seidel, der wegen Teilnahme an wichtigen Beratungen in Bonn verhindert ist, heute im Hause anwesend zu sein, spricht Herr Staatssekretär Geiger; ich erteile ihm das Wort.

**Staatssekretär Geiger:** Meine Damen und Herren! Der Etat des Wirtschaftsministeriums hat, wie nicht anders zu erwarten war, in diesem Hause einen weitgehenden Widerhall gefunden und die Zahl der Redner, die sich zu den gegenwärtigen Wirtschaftsproblemen und zur Wirtschaftspolitik geäußert haben, ist eine stattliche gewesen. Das ist nicht zu verwundern; denn wir werden ja heute in unserem Leben alle aufs tiefste beeindruckt und berührt von den Ereignissen, die sich in der Wirtschaft abspielen.

Bei der Beurteilung dieser Fragen stehen sich zwei Gruppen gegenüber: die eine, die mit der Entwicklung sehr unzufrieden ist, und die andere, die auf die Erfolgsfolge hinweist, die wir erzielt haben.

(Drechsel: Letztere ist aber kleiner geworden.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen uns hier auf einer gewissen mittleren Linie finden; und ich bin der Meinung, daß man das kann. Die Partei, die immer sagt, daß wir eigentlich nicht so vorwärtsgekommen sind, wie wir es uns gewünscht haben, ist die Partei derjenigen, die die Dinge in ihrem absoluten Zustand betrachten, die also weniger die Entwicklung ansehen als den jetzigen Zustand. Auch ich gehöre zu denjenigen, die mit dem jetzigen Zustand keineswegs zufrieden sind, und ich empfinde es immer als ein Positivum innerhalb einer Gemeinschaft, wenn eine Unzufriedenheit mit gewissen Zuständen besteht; denn nur die Unzufriedenheit bringt uns weiter und entwickelt Kräfte, die diese Zustände zum Besseren

wenden können. Auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht vergessen, daß die Dinge auch in ihrer Relation, in ihrer Entwicklung betrachtet werden müssen. Hier muß ich auch ebenso offen gestehen, daß ich überrascht bin und viele Millionen von Menschen mit mir überrascht sind, wie weit wir in den letzten 18 Monaten vorangekommen sind — selbstverständlich unter Berücksichtigung vieler Umstände, die uns heute noch nicht befriedigen.

(Dr. Hundhammer: Sehr richtig!)

Somit glaube ich, wir sollten uns doch auf der Linie finden, daß wir alle sagen: Mit dem jetzigen Zustand sind wir unzufrieden, wir müssen weiterkommen; aber wenn wir zurückblicken, so haben wir es doch schon ziemlich weit gebracht.

Das ist nicht nur die Ansicht der Deutschen, das ist — meine verehrten Herren auf der Linken, hier wende ich mich besonders an Sie —, eine internationale Ansicht. Man darf das nicht einmal so deutlich zum Ausdruck bringen; denn es gibt in der internationalen Welt auch Leute, die eine solch günstige Entwicklung gar nicht so gerne sehen. Ich glaube, wir sollten uns wenigstens hier einigen und die Dinge im rechten Licht betrachten: sowohl relativ wie absolut. Das möchte ich einleitend sagen.

Meine verehrten Damen und Herren! Ein Thema, glaube ich, wird in den nächsten Monaten vielleicht bei allen Wirtschaftsbesprechungen ein Hauptthema sein, ein Hauptthema deshalb, weil es ein Mittel betrifft, um die größte Not, die wir haben: die Arbeitslosennot, zu bekämpfen. Dieses Hauptthema ist das auch hier öfters berührte Problem der Kreditschöpfung. Es hat sich dazu eine Reihe von Rednern geäußert, und auch ich möchte Ihnen dazu meine Auffassung sagen. Die Kreditschöpfung ist bestimmt ein sehr, sehr schweres Problem, und je mehr man von den Dingen versteht, umso vorsichtiger wird man im Urteil.

Ich habe schon mehrmals in diesem Hause die Äußerung gehört, die klassische Nationalökonomie mit ihren Dogmen sei überholt. Meine Damen und Herren, es ist nicht so. Das, was die klassische Nationalökonomie seit Adam Smith entwickelt hat, gilt nämlich auch heute noch. Wir haben nur etwas dazugelernt; wir haben gelernt, die Wirtschaft als einen Organismus zu betrachten. Das ist eine Entwicklung, die sich in den letzten 30 bis 50 Jahren angebahnt hat. Sie ist gewachsen heraus aus der allgemeinen materialistischen Auffassung hinein ins rein Menschliche. Wir haben auch schon in der Einleitung der Rede des Herrn Wirtschaftsministers gehört, daß man die Dinge auch vom menschlichen Standpunkt aus betrachten muß. So muß man auch die Dogmen der klassischen Nationalökonomie heute von der menschlichen Seite betrachten. Das geschieht in der modernen Nationalökonomie auch, und damit bleiben auch die Dogmen der klassischen Nationalökonomie in ihrer Gültigkeit erhalten.

Was will ich damit sagen? Es ist oft behauptet worden: Wenn man eine Kreditschöpfung vornimmt, so bedeutet das ein Hineinpumpen von Kaufkraft in den Wirtschaftskreislauf, und jedes Hineinpumpen von Kaufkraft erzeugt Nachfrage und damit eine Preissteigerung. Das ist, kurz gesagt, die Auffassung der klassischen Nationalökonomie. Sie ist richtig; nur muß man sie eben im Hinblick auf den Orga-

(Staatssekretär Geiger)

nismus entsprechend abwandeln. Sie wissen, daß man jedem Organismus einmal etwas zumuten kann. Sie können, wenn Sie einen menschlichen Körper betrachten, von diesem manchmal eine Überleistung verlangen. Obwohl die Medizin sagt, daß dadurch Schädigungen eintreten, treten zunächst keine Schädigungen ein, weil der Organismus eine gewisse Elastizität hat. So hat nach moderner Auffassung auch die Wirtschaft ohne Zweifel eine gewisse Elastizität, und genau wie der Arzt steht man bei den Experimenten in der Wirtschaft vor der Aufgabe, herauszufinden, wie weit man mit der Belastung gehen kann, ohne die Elastizitätsgrenze zu überschreiten und damit eine dauernde Schädigung in Form einer Inflation hervorzurufen. So habe ich im großen ganzen gesehen keine unmittelbaren Bedenken dagegen, wenn man in einer genau geplanten und von Fachleuten bemessenen Dosierung zu einer Kreditschöpfung schreitet. Insbesondere glaube ich, daß eine solche Kreditschöpfung dann zu verantworten ist, wenn ihre Anwendung auf zwei Fälle beschränkt wird, die in diesem Hause heute auch behandelt worden sind. Der eine ist die Aktivierung der nicht ausgenutzten Kapazitäten. Ein gewisser Teil der Kapazität der deutschen Wirtschaft ist nicht ausgenutzt; darauf werde ich noch zurückkommen. Eine solch unausgenutzte Kapazität ist wirtschaftlich gesehen ein Null-, ja vielleicht sogar ein Minusposten. Die Aktivierung der unausgenutzten Kapazität mittels einer künstlichen Kreditschöpfung ist ein Akt, bei dem nicht erst allmählich wie beim Neubau eines Werkes ein neuer wirtschaftlicher Wert entsteht, sondern bei dem sich sofort ein Aktivum bildet, wenn das Blut in diese unausgenutzte Kapazität transferiert wird. Auch andere Stellen haben sich in diesem Sinne ausgesprochen, und deshalb glaube ich, sollte die Aktivierung der unausgenutzten Kapazität durch die Kreditschöpfung in Angriff genommen werden.

Die Kreditschöpfung könnte noch an einem zweiten Punkt wirksam eingreifen. In der Wirtschaft gibt es eigentlich keinen größeren Minusposten als ein Heer von Arbeitslosen. Diese Menschen sind nicht nur nicht imstande, ihre Arbeitskraft auszunutzen, sie sind im Wirtschaftskörper sogar nur als Konsumenten tätig. Was heißt das? Das heißt: Es wird Geld in Konsum verwandelt, es wird also ein Konsum geschaffen, ohne daß das, was konsumiert wird, wieder ersetzt wird. Für einen solchen Konsum werden Hunderte von Millionen ausgeworfen. Wenn durch eine weitere Kreditgewährung, also durch Hinzufügen eines Betrags zu diesen auszugehenden Summen die arbeitslosen Menschen zu einer positiven, aktiven Arbeit eingesetzt werden, so ist dieser Schritt nach der Auffassung vieler Fachleute zu verantworten. Er trägt nicht bei zu Erscheinungen, die man bei einer Kreditschöpfung als inflationistisch betrachten könnte. Wir müssen auf dem Gebiet der Kreditschöpfung vor allem einen Gedankengang beachten: Die gegenwärtige Kapitalnot geht, wie allgemein bekannt ist, auch auf die Art und Weise zurück, wie der Währungschnitt am 21. Juni 1948 durchgeführt wurde. Damals wurde ein Umrechnungssatz 100:10 festgelegt. Seien wir doch ehrlich: Das war ein rein willkürlicher Akt. Wenn wir in unserem Zahlensystem nicht zufällig das Zehnersystem hätten,

dann hätte man wahrscheinlich nach dem gleichen Rezept einen anderen Umstellungssatz genommen.

(Dr. Hille: Also nicht durchdacht!)

Die Umstellung ist bestimmt aus der hohlen Hand heraus gemacht worden. Sie war rein willkürlich und wurde dann nach einem anderen System auf das Verhältnis 100:6½ abgewandelt.

In den vergangenen 18 Monaten hat sich nun sehr viel ereignet. Es ist nun an der Zeit, daß die Umstellungsverhältnisse 100:10 und 100:6½ revidiert werden. Am 21. Juni 1948 hat niemand voraussehen können, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Damals war nicht einmal das eigentliche Volumen unserer Wirtschaft bekannt, und deshalb ist man ganz einfach zunächst zu diesem rein willkürlichen Schnitt von 100:10 übergegangen. Da jetzt eine Revision notwendig ist, können wir einem Akt der Kreditschöpfung, wenn sich ein solcher aus der Revision ergibt, mit Vertrauen entgegensehen, ohne daß wir deshalb zu befürchten haben, es könnte daraus unmittelbar eine Geldentwertung entstehen. Es ist klar, daß bei jeder Kreditschöpfung die Gefahr einer Geldentwertung besteht, daß diese Geldentwertung aber unter allen Umständen verhindert werden muß, denn eine gewisse Wertbeständigkeit ist notwendig, um das Wichtigste in der Wirtschaft, nämlich die Bildung von Sparkapital, zu garantieren.

Soviel zu dem Thema der Kreditschöpfung. Eine Reihe weiterer Themen ist noch behandelt worden, die sich in der Debatte zum Teil schon erledigt haben. Ich möchte aber doch noch einige Punkte herausgreifen. In der Debatte ist mehrmals davon gesprochen worden, die Wirtschaft, die wir seit der Währungsreform in Deutschland erleben, sei als eine freie Wirtschaft anzusprechen. Meine verehrten Damen und Herren! In diesem Punkte müssen wir uns einig werden: Diese Auffassung ist nicht richtig. Wir haben heute noch keine freie Wirtschaft.

(Dr. Hille: Sehr gut!)

Vielleicht werden wir auch in der Zukunft nicht zu einer freien Wirtschaft kommen.

(Dr. Hille: Ausgezeichnet!)

Eine freie Wirtschaft erfordert viel mehr; sie erfordert auch mehr, als Sie im Augenblick vielleicht denken. Jetzt, da wir noch so sehr von Importen und Exporten abhängen, da Zölle und Verbrauchssteuern in einer ungewöhnlich großen Höhe — —

(Zuruf von der SPD: Die gibt es auch in der freien Wirtschaft!)

— Sobald Sie durch Zölle und Verbrauchssteuern in die freie Wirtschaft eingreifen, haben Sie keine freie Wirtschaft mehr.

(Zuruf von der SPD: Dann haben wir noch keine freie Wirtschaft gehabt!)

— Nein, darüber sind wir uns einig. Eine freie Wirtschaft hat es nie gegeben; und darauf wollte ich hinaus. Denken Sie an die Vorschriften der Besatzungsmacht! Wir können noch gar keine freie Wirtschaft haben. Denken Sie daran, daß wir bis gestern die landwirtschaftliche Erzeugung — auch die Landwirtschaft ist ein Teil der Wirtschaft — erfaßt, verteilt

(Staatssekretär Geiger)

und kontrolliert haben! Denken Sie daran, daß wir heute auch in der Kreditgewährung nicht frei sind. Wir haben eine ausgesprochene Reglementierung des Kredit-systems. Können wir da von freier Wirtschaft reden? Denken Sie daran, daß verschiedene Industrien heute noch von der Besatzungsmacht verboten sind. Überlegen Sie die Dinge! Ich glaube, dann werden wir uns einig sein, daß der Vorwurf, das, was sich in den letzten 18 Monaten entwickelt und uns unbefriedigt gelassen hat, gehe auf Kosten der freien Wirtschaft, nicht zutrifft. Unsere Wirtschaft ist noch sehr unfrei und noch in starke Fesseln gelegt.

Meine Damen und Herren! Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, und das müssen auch wir immer wieder sagen, daß unser Produktionsindex in Deutschland gegenüber den Produktionsindices anderer Länder noch weit im Rückstand ist. Aber der Vergleich mit England, der in dieser Beziehung angestellt worden ist, ist meines Erachtens ganz und gar unzutreffend. Herr Abgeordneter Drechsel, Sie haben gesagt, daß in England eine Vollbeschäftigung sei und daß England insbesondere im Export außerordentliche Erfolge erzielt habe. Sie haben uns die englische Wirtschaftspolitik auf diesem Gebiet als ein Vorbild hingestellt.

(Drechsel: Ich habe das nur als Tatsache festgestellt.)

— Es ist richtig, Sie haben es als Tatsache hingestellt. Nun die Erklärung dieser Tatsache: Der englische Export ist ganz bestimmt zu einem sehr großen Teil auf Kosten des deutschen Exports erzielt worden.

(Sehr gut! — Zuruf links: Und des Lebensstandards des englischen Volkes!)

Auf die Vorgänge, wie sie bei der Export- und Importlenkung vorgekommen sind, brauche ich nicht einzugehen. Aber ich kann darauf hinweisen, daß gerade die Demontagepolitik sehr deutlich unter dem Zeichen gestanden hat, daß der deutsche Export gehemmt und der englische Export auf diese Weise befruchtet werden sollte.

(Sehr gut!)

Meine Herren, es ist ein weiterer, sehr wichtiger Punkt berührt worden, nämlich die Relation Preis und Kaufkraft. Ich glaube sagen zu dürfen, daß dieses Problem fast noch schwieriger ist als das der Kredit-schöpfung. Es ist hier gesagt worden, daß die Anpassung von Preis und Kaufkraft unter allen Umständen in kurzer Zeit erzielt werden müsse. Dieses Ziel, meine Herren, ist im Augenblick wenigstens wohl noch zu hoch gesteckt. Wenn Sie die ganze Menschheitsgeschichte vom wirtschaftsgeschichtlichen Gesichtspunkt aus verfolgen, werden Sie feststellen, daß nach jedem Krieg nicht nur der Besiegte, sondern auch der Sieger wirtschaftliche Schäden erlitten hat und diese wirtschaftlichen Schäden sich insbesondere in der Verschlechterung der Lebensbedingungen beider Teile ausgedrückt haben. Ich halte es für völlig unmöglich, meine verehrten Herren, daß wir in kurzer Zeit wieder zu der Preis- und Kaufkraftrelation kommen werden, wie wir sie vor dem Krieg gehabt haben.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Dafür ist viel zu viel zerstört worden, und viel zu viel muß erst noch aufgebaut werden. Ich brauche auf diese Dinge nicht weiter einzugehen und darf nur noch so nebenbei betonen, daß heute in der Paritätsrelation die D-Mark nicht gleich einer Reichsmark ist. Wenn Sie sie auf den internationalen Goldstandard umrechnen, dann wissen Sie, daß eine Reichsmark 100 Goldpfennige hatte, während eine D-Mark nur noch 60 hat. Daraus ergibt sich doch automatisch über kurz oder lang eine weitere Angleichung der ganzen Preis- und Kaufkraftverhältnisse. Hier ist zunächst immer eine Zeitspanne ganz bestimmt derjenige, der Einkommensbezieher ist, im Nachteil, bis sich im Laufe einer sehr, sehr langen Zeit ein Ausgleich vollzieht. Die Erkenntnis dieser Schwierigkeit, meine verehrten Herren, ist aber gleichzeitig auch die feste Grundlage, von der auszugehen ist. Hier stehe ich mit Ihnen auf dem gleichen Boden, wenn ich sage, daß wir auf diesem Gebiet eine günstige Relation von Preis und Kaufkraft gemeinsam erarbeiten müssen. Daran muß das Wirtschaftsministerium arbeiten, hier müssen auch die Gewerkschaften mitwirken. Und so möchte ich alle Kreise, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einladen zu einer aufrichtigen und fruchtbaren Zusammenarbeit.

Meine verehrten Herren! Im Laufe der Diskussion ist des öfteren auch über die Kreditgewährung gesprochen worden. Wer Erfahrung in diesen Dingen hat, wird sich bei der Kritik etwaiger Fehlleitungen immer etwas zurückhalten; denn es ist so: Im Wesen des Kredits liegt es, daß eben ein Teil einfach verloren geht. Es gibt keine Periode in der Weltgeschichte, in der nicht Verluste an Krediten eingetreten sind, und es gibt kein Finanzierungsinstitut und keinen noch so gewiegten Finanzier oder Bankier, der nicht trotz bester Kenntnisse und äußerster Vorsicht dann und wann Verluste aus Kreditgewährungen erlitten hat. Deshalb müssen wir auch auf diesem Gebiet mit der Kritik etwas zurückhalten. Ich möchte darum bitten, diese Dinge doch auch vom allgemeinen Gesichtspunkt aus zu beurteilen. Insbesondere ist es unausbleiblich, daß beispielsweise auch bei den Produktivkrediten an die Flüchtlinge Ausfälle entstehen. Das läßt sich nicht vermeiden; denn es liegt, wie gesagt, im Wesen des Kredits, daß ein Teil davon verlorengeht.

Nun möchte ich mich aber weiterhin kurz fassen. Einige Punkte wären noch zu erwähnen, die aber bereits in der Diskussion weitgehend erledigt worden sind. Nur auf einen Punkt scheint es mir doch noch empfehlenswert zu sein, einzugehen. Es sind die Fragen des Fremdenverkehrs. Der Fremdenverkehr ist ein Wirtschaftszweig, auf dem wir auf Landesbasis eigentlich noch völlige Aktionsfreiheit haben. Das Wirtschaftsministerium hat seine besondere Aufgabe auch darin gesehen, den Fremdenverkehr in Bayern zu fördern. Dazu brauche ich aber gleichfalls Ihre Mitarbeit, meine verehrten Herren. Wir haben gewiß einige Erfolge erzielt. Relativ gesehen sind diese Erfolge recht beachtlich, aber absolut gesehen völlig unbefriedigend. Wir haben zum Beispiel von den 100 000 beschlagnahmten Betten in den letzten zwei Jahren bisher 36 000 freibekommen. Es wurde einiges erreicht, ohne Zweifel. Es war außerordentlich schwierig. Aber der Zustand befriedigt in gar keiner Weise; die 64 000 Betten, die noch von der Besatzungsmacht und für Evakuierte und Flüchtlinge beschlagnahmt sind, müssen in kurzer Zeit freigegeben werden.

(Staatssekretär Geiger)

Nun möchte ich einen Punkt vorbringen: die Werbung für den Fremdenverkehr. Es gibt interessante amerikanische Marktbeobachtungen, die festgestellt haben, daß man für einen Dollar, den man in der Werbung für den Fremdenverkehr investiert, eine Umsatzsteigerung von 90 Dollar erzielt. Die Dinge liegen vielleicht in Deutschland etwas anders, aber ich glaube, nicht wesentlich anders, vielleicht sogar noch etwas günstiger. Das würde heißen: Wenn wir heute eine Mark in der Werbung für den bayerischen Fremdenverkehr investieren, haben wir die Möglichkeit, den Umsatz im Fremdenverkehr um 90 Mark zu erhöhen. Wenn wir bedenken, daß diese 90 Mark durch die verschiedensten Steuerungen zu bestimmten Teilen wieder als Steuern in den Säcken des Finanzministers zurückfließen, so sollte man doch einmal eine großzügige Werbung von Stapel laufen lassen.

(Wimmer: Woher das Geld nehmen?)

— Es wird die Frage gestellt: Woher das Geld nehmen? Nun, es ist in der Wirtschaft überhaupt so, daß man zuerst etwas investieren muß.

(Sehr richtig! — Zuruf des Abgeordneten Wimmer.)

— Herr Oberbürgermeister, wir haben uns darüber schon mehrmals unterhalten.

(Wimmer: Die Leute, die kommen, wollen nicht vorher etwas geben!)

— Dann muß der Staat hier eintreten; denn das Fremdenbeherbergungsgewerbe ist wie kaum ein anderes durch Beschlagnahmungen und die weitgehenden Beschädigungen durch die Besatzungsmacht usw. so geschwächt worden, daß es von sich aus Mittel zu einer großzügigen Werbung für den bayerischen Fremdenverkehr nicht aufbringen kann. Ich werde mir gestatten, auf diese Dinge im Wirtschaftsausschuß einzugehen.

Daß wir auf diesem Gebiet vorwärts gekommen sind, zeigt auch die Zahl der Übernachtungen. Im Jahr 1947 hatten wir in Bayern 7 Millionen Übernachtungen. Im Jahr 1948, also zu einer Zeit, in der durch die Währungsreform an und für sich ein starker Rückschlag eingetreten ist, ist die Übernachtungszahl im Fremdenverkehr auf 7 700 000 gestiegen und im Jahr 1949 haben wir eine weitere Zunahme um eine Million auf 8 700 000 Übernachtungen zu verzeichnen. Wenn man bedenkt, daß kaum ein anderes Gewerbe so sehr in die übrigen Gewerbebezüge hineinstrahlt wie das Fremdenverkehrsgewerbe, dann bin ich überzeugt, daß wir auch einen großen Beitrag zur Behebung der Arbeitslosigkeit leisten, wenn wir den Fremdenverkehr in Bayern fördern.

Darüber wollte ich kurz noch als Abschluß der Statberatungen zu Ihnen sprechen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und FDP.)

**I. Vizepräsident:** Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan VII (Wirtschaftsministerium).

Ich rufe auf: Kapitel 601: Zentrale Verwaltung mit den Abteilungen A. Ministerium, B. Sammelansätze und allgemeine Haushaltsausgaben für den Gesamtbereich des Einzelplans VII. Bei Abteilung B

wird bei den sachlichen Ausgaben Titel 329 nach dem Vorschlag des Ausschusses untergeteilt in

- |   |            |
|---|------------|
| a) Zuschuß für Zwecke der Wirtschaftsforschung                    | 140 000 DM |
| b) Zuschuß an das Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München | 120 000 DM |

Dieser Unterteil b soll neu eingefügt werden, ebenso ein Titel 331: Darlehen zum Umbau industrieller Feuerungsanlagen für den Verbrauch oberpfälzischer Braunkohle mit

540 000 DM.

Außerdem soll ein Titel 332, Zuschüsse und Darlehen für Fremdenverkehrswerbung im Ausland, mit einem Betrag von 120 000 DM neu eingesetzt werden. Mit diesen Änderungen ergibt sich dann bei Kapitel 601 folgende Abgleichung:

Fortdauernde Einnahmen	56 000 DM,
fortdauernde Ausgaben	5 006 000 DM,
Zuschußbedarf	4 950 000 DM.

Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe auf:

Kapitel 602, Landeswirtschaftsamt.

Die Summe der fortdauernden Einnahmen von 702 000 DM soll unverändert bleiben. Bei den persönlichen Ausgaben schlägt der Ausschuß vor, den Ansatz bei Titel 103, Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte, um 120 000 DM auf 1 087 000 DM zu kürzen. Die Summe der persönlichen Ausgaben verringert sich dadurch auf 1 254 000 DM. Die sachlichen Ausgaben bleiben unverändert. Es ergibt sich folgende Abgleichung:

Summe der fortdauernden Einnahmen	702 000 DM,
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 568 000 DM,
Zuschußbedarf	866 000 DM.

Es folgt Kapitel 604 mit den Abteilungen A. Oberbergamt und Bergämter, und B. Geologisches Landesamt.

Vorgetragen sind 20 000 DM fortdauernde Einnahmen und 965 200 DM fortdauernde Ausgaben. Das gibt einen Zuschußbedarf von 945 200 DM.

Ich rufe auf Kapitel 605, Wirtschaftsverwaltung bei den Kreisregierungen. Vorgesehen sind 300 000 DM fortlaufende Einnahmen, 1 896 100 DM fortlaufende Ausgaben; das gibt einen Zuschußbedarf von 1 596 100 DM.

Die Gesamtabgleichung des Einzelplans VII ergibt an fortdauernden Einnahmen 1 078 000 DM, an fortdauernden Ausgaben 9 435 300 DM; das ergibt einen Zuschußbedarf von 8 357 300 DM.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Einzelplan VII in dieser Fassung und Abgleichung zustimmen wollen, sich vom Plaze zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für Kulturpolitische Fragen und des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten D. Strathmann und Genossen, Dr. Hille, Dr. Hoegner, Bezold Otto und Bodesheim betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen (Beilagen 3260 und 3314).

**(I. Vizepräsident)**

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Widerspruch erfolgt nicht; ich werde so verfahren.

Über die Verhandlungen sowohl des Kulturpolitischen wie des Rechts- und Verfassungsausschusses berichtet der Herr Abgeordnete D. Strathmann; ich erteile ihm das Wort.

**D. Strathmann (CSU) [Berichterstatter]:** Der Antrag auf Beilage 3122 wurde zunächst im Kulturpolitischen Ausschuß in der 21. Sitzung am 11. Januar dieses Jahres beraten. Der Berichterstatter führte zur Begründung des Antrags aus, daß das Hochschullehrergesetz vom 15. November 1948 zunächst in Abs. 1 des Art 11 bestimmt, daß bei Hochschullehrern, wenn sie die Altersgrenze erreicht haben, an die Stelle der Pensionierung die Entpflichtung tritt. Der Abs. 2 ergänze aber diese Bestimmung dahin: „Die planmäßigen ordentlichen und außerordentlichen Professoren können jedoch nach Erreichung der Altersgrenze sowohl Veretzung in den Ruhestand beantragen, als auch ohne Ansuchen in den Ruhestand versetzt werden.“ Die letztere Vorschrift stelle es dem jeweiligen Kultusminister vollkommen anheim, jeden Hochschullehrer, wenn er ihm aus irgendeinem Grunde unbequem sei, in den Ruhestand zu versetzen. Diese Ruhestandsversetzung sei vollkommen dem Ermessen des Kultusministers überlassen, ohne daß irgendwelche objektive Merkmale vorgeschrieben seien und ohne daß irgendwelche Vorschriften für das formale Vorgehen erlassen wären. Daraus könnten sich aber Unzuträglichkeiten ergeben, da unter Umständen der Professor sich in der Freiheit seiner Überzeugung gehindert sehen kann, wenn er Ansichten vertritt, die vielleicht dem jeweiligen Kultusminister nicht entsprechen. Um solchem Mißbrauch auszuweichen und ihn unmöglich zu machen, sei der auf Beilage 3122 abgedruckte Antrag gestellt worden, welcher bestimme, daß der Abs. 2 des fraglichen Art. 11 wie folgt lauten soll:

Die Entpflichtung eines planmäßigen ordentlichen oder außerordentlichen Professors kann jedoch nach der Erreichung der Altersgrenze sowohl von dem Professor beantragt als auch ohne sein Ersuchen vom Kultusministerium verfügt werden, letzteres jedoch nur nach Anhörung der zuständigen Fakultät und des Senats der jeweiligen Hochschule.

In der Aussprache machte vor allem der Herr Kultusminister geltend, daß bereits in den Durchführungsbestimmungen gewisse Vorkehrungen gegen einen Mißbrauch der Vorschrift des bisherigen Abs. 2 des Art. 11 vorgesehen seien, daß aber nichts im Wege stehe, diese Sicherung in den Gesetzestext selbst aufzunehmen und es unmöglich zu machen, daß Willkür Unfug anrichte. Indessen empfehle es sich jedoch nicht, die Möglichkeit völlig auszuschließen, auch den entpflichteten Hochschullehrer in den Ruhestand zu versetzen; denn es sei doch die Möglichkeit gegeben, daß der entpflichtete Hochschullehrer körperlich oder geistig nicht mehr in der Lage sei, in ersprißlicher Weise im Rahmen der Lehrtätigkeit der Hochschule mitzuwirken, aber trotzdem nicht darauf verzichten wolle. Für solche Fälle müsse eine

Möglichkeit gegeben werden, Abhilfe zu schaffen. Aber es sei anzuerkennen, daß hier die Entscheidung nicht allein in das Ermessen des Ministeriums gelegt werden dürfe, sondern die Fakultät und Universität, welcher der betreffende Hochschullehrer angehört, vorher zu hören seien.

Die hier von dem Herrn Kultusminister geäußerten Gedanken wurden vom Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner in folgende Form gebracht, die Ihnen auf Beilage 3260 vorliegt:

Ein entpflichteter Professor darf in den Ruhestand nur versetzt werden, wenn er körperlich oder geistig nicht mehr in der Lage ist, von seinen Rechten als Entpflichteter Gebrauch zu machen. Vor der Entscheidung des Unterrichtsministers sind Fakultät und Senat der Hochschule zu hören.

Diese Formulierung des Herrn Abgeordneten Dr. Hoegner fand die allgemeine Zustimmung des Ausschusses. Auch der Antragsteller konnte ihr zustimmen, da damit das eigentliche Anliegen, das ihn bei Stellung des Antrags bewegte, zu seinem Recht gekommen ist. Die Zustimmung war ihm umso eher möglich, als schon das Vorhandensein einer solchen Bestimmung vermutlich verhindern wird, daß ihre Anwendung sich als notwendig erweist.

Die Vorlage ging dann an den Rechts- und Verfassungsausschuß, der ihr ebenfalls einmütig seine Zustimmung erteilte.

Ich bitte also das hohe Haus, der Gesetzesvorlage in der Form der Beilage 3260 seine Zustimmung zu geben, wobei nur noch zu erwähnen ist, daß in § 2 der Tag eingefügt werden muß, an welchem das Gesetz in Kraft treten soll. Ich erlaube mir, vorzuschlagen, hierfür den 1. März 1950 zu wählen.

**I. Vizepräsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegt der Wortlaut auf Beilage 3260 zugrunde.

Ich rufe auf § 1. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf § 2. Hier haben die Ausschüsse den Tag des Inkrafttretens offengelassen. Eben hat der Herr Berichterstatter den 1. März 1950 vorgeschlagen. § 2 lautet also:

Dieses Gesetz tritt am 1. März 1950 in Kraft. Auch hier stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

Ich rufe auf: § 1, — § 2 — und stelle die Annahme der einzelnen Paragraphen auch in zweiter Lesung fest.

Die zweite Lesung ist damit beendet. Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Widerspruch erfolgt nicht; ich werde so verfahren.

**(I. Vizepräsident)**

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetzentwurf in der Fassung der ersten und zweiten Lesung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß das Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Das Gesetz hat die Überschrift:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird.

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitung die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Ich rufe auf den

**Mündlichen Bericht des Ausschusses für die Geschäftsordnung zum Schreiben des Staatsministeriums der Justiz betreffend Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Neumann und verschiedener anderer Landtagsmitglieder (Beilage 3278).**

Berichterstatter sind die Abgeordneten Dr. Hille und Michel. Ich erteile zunächst dem Abgeordneten Dr. Hille das Wort.

**Dr. Hille (SPD) [Berichterstatter]:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Fall ist eigentlich gar nicht wert, daß man ihn vorträgt. Das Staatsministerium der Justiz hat gebeten, in eine Nachprüfung und Entscheidung darüber einzutreten, ob die Immunität des Abgeordneten Ferdinand Neumann aufgehoben werden soll. Es handelt sich hier um einen Verkehrsunfall, bei dem der Hauptleidtragende der Abgeordnete Neumann selbst ist, während einem Dritten ein geringfügiger Schaden zugefügt worden ist, den der Abgeordnete selbst bereinigt hat. Eine Schuld nach dem Gesetz ist nur insoweit festzustellen, als es sich darum handeln könnte, daß der Abgeordnete die Straßenverkehrsordnung nicht beachtet hat. Ich weiß nicht, in welchem Zustand er war; es ist davon die Rede gewesen, daß er das Fahrzeug nicht mehr ganz beherrscht hat. Jedenfalls hat der Geschäftsausschuß mit Rücksicht auf diesen Tatbestand beschlossen, dem Hause nicht zu empfehlen, die Immunität aufzuheben. Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß beizutreten.

**I. Vizepräsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Sie haben den Antrag gehört. Wer ihm zustimmt, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Ich bitte dann den Abgeordneten Michel, Bericht zu erstatten über die Anzeige des Abgeordneten Meißner gegen Mitglieder des Bayerischen Landtags.

**Michel (CSU) [Berichterstatter]:** Der Abgeordnete Meißner hat unter dem 20. Dezember 1949 an die Staatsanwaltschaft München I eine Anzeige gerichtet gegen Mitglieder dieses Hauses wegen Körperverletzung. Der Geschäftsausschuß hat sich mit dieser Anzeige beschäftigt und die Frage geprüft, ob die

Immunität der dort genannten Abgeordneten aufgehoben werden soll.

Der Berichterstatter billigte keineswegs das Verhalten der Abgeordneten gegenüber Meißner, wenn er auch gleichzeitig feststellte, daß die begreifliche Erregung sie dazu führen konnte. Er bedauerte nur, daß der Landtag bzw. der Geschäftsausschuß nicht beizeiten schon einen Ehrentodex geschaffen haben, damit man Leute wie Meißner beizeiten zur Rechenschaft ziehe.

Der Ausschuß kam zu dem einstimmigen Beschluß, die Immunität der von Meißner benannten Abgeordneten nicht aufzuheben. Ich bitte, diesem Antrag beizutreten.

**I. Vizepräsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Sie haben den Antrag gehört. Wer für den Antrag des Herrn Berichterstatters ist, behalte Platz, wer dagegen ist, wolle sich erheben. — Ich stelle die einmütige Zustimmung des Hauses fest.

Punkt 10 und 11 der Tagesordnung werden zurückgestellt.

Ich rufe auf Punkt 12:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Gesetz über die behördliche Zuweisung von Wohnungen (Beilage 3328).**

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite folgen zu lassen. — Widerspruch erhebt sich nicht; ich werde so verfahren.

(Krempf: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Krempf.

**Krempf (CSU):** Ich möchte anregen, auf die erste Lesung nicht sofort die zweite folgen zu lassen, denn es sind sich noch nicht alle Abgeordneten über die weittragende Bedeutung des Gesetzes klar.

(Dr. Hoegner: Da haben Sie aber dreiviertel Jahre Zeit gehabt, sich damit zu beschäftigen!)

— Es gab leider nicht die Möglichkeit, sich über diese Dinge so auszusprechen. Man kann ein solches Gesetz, das auf der einen Seite verärgert, nicht durchpeitschen.

(Dr. Hoegner: Dreiviertel Jahre ist es alt, und da spricht man von Durchpeitschen!)

**I. Vizepräsident:** Ich schlage vor, daß wir jetzt die erste Lesung vornehmen und uns dann entscheiden, ob sofort die zweite Lesung folgen soll oder nicht. — Das Haus ist damit einverstanden.

Ich erteile dem Abgeordneten Zietsch das Wort zur Berichterstattung.

**Zietsch (SPD) [Berichterstatter]:** Der Gesetzentwurf, der jetzt dem hohen Hause zur Abstimmung vorliegt, ist abgedruckt auf Beilage 3328. Er geht zurück auf einen Antrag Dr. Hoegner und Genossen, abgedruckt auf Beilage 2396. Dieser Antrag stammt vom 4. April 1949.

Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich mit der Materie in vielen Sitzungen befaßt, vor allem sein Unterausschuß. Das Ergebnis aller dieser

(Zietsch [SPD])

Beratungen wurde zusammengefaßt in der 126. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, die am 31. Januar 1950 stattgefunden hat. Dieser Beratung lagen zugrunde die Beschlüsse der ersten Lesung. Berichterstatter und Mitberichterstatter waren die Abgeordneten Zietsch und Schesbeck.

Art. 1 wurde in der Fassung der ersten Lesung ohne Aussprache angenommen.

Zu Art. 2 führte der Berichterstatter aus, es sei zu unterscheiden zwischen in Anspruch genommenen Wohnungen, die durch Tod oder Auszug usw. frei werden, und solchen, die freigemacht werden sollen. Die ersteren sollten an Nichtbetroffene, Entlastete und Mitläufer auf Antrag zurückgegeben werden. Er halte aber die Ergänzung für notwendig, daß begründete Einwendungen des Hauseigentümers gegen die Person des früheren Wohnungsinhabers geltend gemacht werden können. Außerdem solle die Wohnungsbehörde aus wohnungspolitischen Gründen die Wiedereinweisung ablehnen, wenn die Wohnung sonst unterbelegt wäre und wenn der Antragsteller anständig untergebracht sei. Man müsse der Wohnungsbehörde ein Ermessen einräumen, weil sonst die Regelung zu streng sei.

Regierungsdirektor Fellner empfahl in diesem Zusammenhang, in Absatz 1 Satz 1 des Art. 2 zu sagen „tatsächlich frei“, um den Gegensatz zu „frei im rechtlichen Sinne“ auszudrücken. Es habe sich jetzt durchgesetzt, daß derjenige, der als Hauptmieter wegfallt, Untermieter sei. Die Wohnungsbehörde habe die Aufgabe, ihn anderweit unterzubringen oder zu belassen, aber das Wohnverhältnis rechtlich zu ordnen. Dazu müsse sie Freiheit haben.

Der Berichterstatter griff diese Empfehlung als Antrag auf und beantragte Zustimmung zu Art. 2 mit dieser Änderung.

Der Ausschuß faßte Beschluß im vorgeschlagenen Sinne.

Zu Art. 3 führte der Mitberichterstatter aus, diese Vorschrift solle den Mißbrauch der Wohnungämter beseitigen, die vielfach entgegen jedem Recht dem Hauseigentümer die Nutzung seines Hauses entzogen und ihn nur als Untermieter geduldet hätten. Das sei eine ganz unmögliche rechtliche Konstruktion gewesen. Die ergangenen Verfügungen müßten schleunigst beseitigt werden.

Der Vorsitzende Dr. Hoegner erkannte an, daß kein materiell-rechtlicher Unterschied zwischen der früheren Fassung und derjenigen bestehe, die der Mitberichterstatter vorschlug.

Dr. Hille wollte den weder im Schrifttum noch im Mietrecht und Wohnungsnotrecht gebräuchlichen Ausdruck „Mietverfügungen“ im letzten Satz durch einen geeigneteren Ausdruck ersetzt haben.

Regierungsdirektor Fellner erklärte dazu, man müsse davon ausgehen, daß dieses Gesetz, wenn auch als Spezialgesetz, in das geltende öffentliche Wohnungsrecht eingebaut werde. Dazu gehöre auch das Kontrollratsgesetz Nr. 18, dessen Anwendung ja auch der noch zu beratende Art. 7 vorsehe. Das Kontrollratsgesetz sage in Art. VIII Abs. 2b:

Falls der Eigentümer nicht einwilligt oder nicht erreichbar ist, kann die Wohnungsbehörde eine

Verfügung erlassen, welche die Wirkung eines Mietvertrags hat.

Entsprechend könne man auch Art. 3 fassen; die Fassung werde aber nur schwerfälliger. Der Ausdruck „Verfügung“ anstatt „Mietverfügungen“, den der Vorsitzende vorschläge, müsse zu Unklarheiten führen, weil das Wohnungsrecht eine Reihe von Verfügungen kenne. Eine davon sei die Mietverfügung im engeren Sinn.

Dr. Hille war mit dieser Interpretation einverstanden; es komme ihm nur darauf an, daß der Begriff eindeutig festgelegt werde. Der Vorsitzende stellte zur Aufnahme in die Niederschrift fest, daß unter dem Ausdruck „Mietverfügungen“ die Verfügungen nach Art. VIII Abs. 2b des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 zu verstehen sind.

Daraufhin wurde der Art. 3 in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Zu Art. 4 führte der Mitberichterstatter aus, daß Nichtbetroffene, Entlastete und Mitläufer, die feinerzeit auf einer nicht besonders starken Rechtsgrundlage aus ihrem Eigenhaus entfernt wurden, die Möglichkeit der Rückführung haben müßten, wenn die bisherigen Inhaber innerhalb der Gemeinde anderweitig untergebracht werden. Das solle aber nach Abs. 2 nicht gelten, wenn das Eigentum im Wege der Rückstattung zurückverlangt werde. Außerdem schließe Abs. 3 die Hauptschuldigen, Belasteten und Minderbelasteten mit Wohnungsbeschränkungen aus.

Der Berichterstatter sah in dieser Bestimmung den Kernpunkt des ganzen Gesetzes, da sie das vorher Gesagte wieder aufhebe, und konnte deshalb der vom Mitberichterstatter vorgeschlagenen Fassung nicht zustimmen.

Der Vorsitzende vertrat gleichfalls einen ablehnenden Standpunkt. Denn dadurch würden die politisch Belasteten besser gestellt als die Unbelasteten, die durch Maßnahmen der Besatzungsbehörde aus ihren Wohnungen heraus müßten. Das Gesetz über den Abschluß der Entnazifizierung mache auch den Minderbelasteten zum Mitläufer. Die Einfügung dieses „Hausbesitzerparagrafen“, wie der Vorsitzende sich ausdrückte, würde das ganze Gesetz auf den Kopf stellen. Gleicher Ansicht sei auch die Eingabe des Städteverbands.

Der Abgeordnete Krempf war entgegengesetzter Auffassung. Er meinte, daß die Rechte der Hausbesitzer gewährleistet werden müßten, die Ablehnung des Art. 4 mache das Gesetz wertlos. Mancher Hauseigentümer, so fuhr Krempf fort, sei heute so verschuldet, daß er sein Haus verkaufen müsse. Erfahre der Käufer, daß der Eigentümer kein Wohnrecht in seinem Haus habe, so sei der Verkauf in Frage gestellt oder nur unter Schaden möglich. Allgemein wäre eher die Schaffung einer Bestimmung notwendig, daß der Käufer eines Hauses auch das Recht auf eine Wohnung in diesem Hause habe. Als Vertreter der Interessen der Hausbesitzer müsse er, Krempf, auf Art. 4 bestehen.

Der Vorsitzende erwiderte Krempf, daß die Hausbesitzer, die in dieser Lage seien, dafür in den Großstädten bedeutend höhere Mieten bekämen. Es gelte hier, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Er habe gegen den Art. 4 in der vorgeschlagenen Fassung die größten Bedenken.

(Ziesch [SPD])

Der Mitberichterstatter bezeichnete es als allgemeine Ansicht des Ausschusses, daß nichtbetroffene und entlastete Hauseigentümer zurückkehren sollen. Es gehe also um die Mitläufer. Der Vorsitzende empfahl, zur Klarstellung die vorgeschlagene Einfügung wie folgt zu fassen: „die als nicht betroffen oder Entlastete eingestuft wurden“. Im übrigen werde der Artikel den Wohnungsämtern keine Freude machen, doch spreche bei den Nichtbetroffenen die Billigkeit dafür, wogegen Scheffek einwandte, daß ja Einschränkungen da seien. Wo wohnungsmarktpolitisch die Möglichkeit gegeben sei, sei eben diese Regelung geboten. Der Berichterstatter bemerkte hierzu, unter „angemessen“ sei auch der Mietpreis zu verstehen. Krempel hob hervor, daß jetzt unter die Denazifizierung ein Schlußstrich gemacht werden solle, worauf der Vorsitzende entgegnete, das kommende Gesetz enthalte eine Übergangsbestimmung, wonach die auf anderen Gesetzen beruhenden, weitergehenden Beschränkungen durch besondere Gesetze geregelt werden. Krempel erwiderte, unter den 8000 Entlasteten in Bayern gäbe es sicher viele, die weit mehr am Nationalsozialismus beteiligt waren als viele Mitläufer. Der Vorsitzende widersprach dieser Auffassung mit dem Hinweis darauf, daß zur Entlastung ein positiver Beweis des Widerstands gegen den Nationalsozialismus erbracht werden mußte. 8858 Entlasteten in Bayern stünden 216 218 Mitläufer gegenüber. Regierungsdirektor Fellner empfahl aus gesegestechnischen Gründen, die vorgeschlagene Einfügung nicht im ersten Teil des Abs. 1 zu machen und zugleich zum Ausdruck zu bringen, daß das Nichtbetroffensein nicht auf einen Gnadenakt zurückgehen dürfe, indem man sage: „wenn der Antragsteller vom Befreiungsgesetz tatsächlich nicht betroffen oder Entlasteter ist usw.“.

Daraufhin wurde Art. 4 in der in der Beilage abgedruckten Fassung beschlossen.

Zu Art. 5 führte der Mitberichterstatter aus, es handle sich bei diesem Artikel um den Hauptteil der Fälle, wo einem Wohnungsinhaber vom Wohnungsamt, meist ohne jede Rechtsgrundlage, das Hauptmietrecht entzogen und in der Regel einem Untermieter übertragen wurde, während er in die eigene Wohnung als Untermieter eingewiesen wurde. Es sei wohl selbstverständlich, daß die tatsächlich Nichtbetroffenen das Hauptmietrecht wieder erhalten sollten. Der Berichterstatter stimmte Abs. 1 und 2 zu, hielt aber Abs. 3 nicht für richtig. Er meinte, wenn tatsächlich die behaupteten Schwierigkeiten bestünden, müßten sie von den Wohnungsbehörden in irgendeiner Form geregelt werden können, aber nicht auf Kosten desjenigen, der seinerzeit als Nichtbetroffener eingewiesen wurde. Hier würde dem, der seinerzeit infolge der politischen Belastung weichen mußte, zuviel Entgegenkommen gezeigt. Die Mitläuferfrage sei zum Problem geworden, weil Mitläufer nicht gleich Nichtläufer sei. Auf Grund von Abs. 3 wären nur Unzuträglichkeiten zu erwarten, die bisher ausgeschlossen waren, weil sich jeder beengt fühlen und versuchen werde, dem anderen Schwierigkeiten zu machen. Der Vorsitzende machte zunächst auf die Gefahr aufmerksam, daß bei mehr als 216 000 Mitläufern die Wohnungsbehörden auf Jahre hinaus neue Arbeit erhielten, und wandte weiter ein, die Begriffe „Berücksichtigung der beiderseitigen berechtigten Interessen“

und „unbillige Härte“ seien Rautschufbegriffe, die dem Ermessen völlig freies Spiel ließen. Das sei nicht gut, da auch bei den Wohnungsbehörden bestimmte Kräfte allzu leicht geneigt seien, zugunsten bestimmter Personen das Ermessen walten zu lassen. Darüber habe er gerade aus München zahlreiche Zuschriften bekommen. Auf den Einwurf Cuertls, umgekehrt sei es wohl häufiger, blieb der Redner auf Grund genauer Kenntnis der Münchener Verhältnisse bei seiner Behauptung. Der Mitberichterstatter schlug daraufhin vor, in Abs. 1 die Schlußworte zu ändern in „nicht betroffen oder Entlasteter ist“. Abs. 3 solle dann wegfallen. Dazu bestimmte ihn hauptsächlich der Einwand, daß die Existenz der Wohnungsämter verlängert würde, und außerdem die Tatsache, daß die wohnungsmarktpolitischen Voraussetzungen noch fehlten.

Art. 5 wurde daraufhin in der Fassung der Beilage beschlossen.

Art. 6, bemerkte der Mitberichterstatter, betreffe den Fall, daß ein Nichtbetroffener oder Entlasteter eine Wohnung räumen mußte. Das sei eine Ungerechtigkeit, die behoben werden müsse. Allerdings müsse mit Rücksicht auf die Wohnraumlage für den Erlaß einer Räumungsanordnung die Einschränkung gemacht werden, daß die gegenwärtigen Inhaber innerhalb der Gemeinde anderweitig angemessen untergebracht werden. Man könne sie nicht auf die Straße setzen. Er machte hierzu entsprechende Vorschläge. Der Berichterstatter hielt es für folgerichtig, die Einfügung vorzunehmen, daß für die Entlasteten die gleiche Bestimmung gelten soll, und hatte im übrigen keine Bedenken gegen die vorgeschlagene Fassung. Der Abgeordnete Cuertl schlug vor, am Schluß des Abs. 1 anstatt „angemessen untergebracht“ zu sagen „in der gleichen Weise untergebracht“, um Streitigkeiten zu vermeiden. Er erklärte, es gehe ihm dabei um die gleiche Raumzahl usw., und er wolle nur vermeiden, daß der, der heraus soll, sage, die Ersatzwohnung sei nicht angemessen. Die beiden Berichterstatter widersprachen dieser Anregung mit dem Hinweis, daß dann die Schwierigkeiten noch größer würden. Der Begriff „angemessen“ sei deshalb gewählt, weil der Haupteinwand laute, die Wohnung sei nicht gleichwertig. Der Vorsitzende sprach sich in gleicher Richtung aus, desgleichen der Abgeordnete Hauck, der noch hervorhob, daß dann sogar die gleiche Quadratmeterzahl unter Umständen von schikanösen ehemaligen Mietern beansprucht werden könnte.

Art. 6 wurde dann in der Fassung der Beilage beschlossen.

Bei Art. 7 schlug der Mitberichterstatter eine besondere Fassung vor und erklärte, Abs. 2 sei hier deshalb notwendig, weil nach Art. 5 des Schutzgesetzes den politisch usw. Verfolgten vorzugsweise Wohnungen zuzuteilen sind und derartige Wohnungseinweisungen nur mit Zustimmung des Landesamts für Wiedergutmachung zurückgenommen werden könnten. Der Berichterstatter beantragte Zustimmung zu der vorgeschlagenen Fassung.

Der Abgeordnete Cuertl hatte Bedenken gegen Abs. 2. Er meinte, es könne doch sein, daß in das Haus eines in ein Verfahren Verwickelten eine rassistisch verfolgte Familie gekommen sei. Stelle sich dann heraus, daß eine Denunziation vorlag, so würde der überhaupt nicht Betroffene durch Abs. 2 gehindert, die Räumung

(Zitlich [SPD])

seines Eigentums zu verlangen. Der Vorsitzende erwiderte, der Landtag habe seinerzeit das Schutzgesetz für die politisch Verfolgten beschlossen. Man müsse sich mit dieser Ausnahmebestimmung abfinden, die keine Dauerregelung sei, aber erst aufgehoben werden könne, wenn die Wohnungsverhältnisse besser geworden seien.

Der Mitberichterstatter bemerkte gegenüber dem Abgeordneten Guertl, die Bestimmung in Art. 5 des Schutzgesetzes wäre auch dann anzuwenden, wenn sie hier nicht erwähnt würde; sie sei nur als Hinweis gedacht. Eine Aufhebung des Schutzgesetzes sei aus politischen und Zweckmäßigkeitsgründen nicht tragbar. Der Abgeordnete Guertl erwiderte daraufhin, die Fälle seien keineswegs vereinzelt. Man müsse doch darauf sehen, daß nicht neues Unrecht begangen werde.

Regierungsdirektor Fellner meinte, es handle sich um eine bloße Verweisung. Wünsche man die Verweisung nicht, dann müsse gegebenenfalls Art. 5 des Gesetzes vom 18. Januar 1949 geändert werden. Eine zweite Frage sei die, daß das Gesetz seinem Sinn und Zweck nach nur die Einwendungen ausschließe, die gegen derartige behördliche Akte gerichtet seien.

Der Abgeordnete Guertl berief sich demgegenüber auf die Verfassung und meinte, wenn jemand zu Unrecht aus seinem Eigentum herausgekommen sei, das er sich in Jahrzehnten mühsam erspart habe, dann müsse ein Weg gesucht werden, ihm — unbeschadet des Rechts der rassistisch Verfolgten — wieder zu seinem Recht zu verhelfen. Der Abgeordnete Dr. von Prittwitz und Gaffron wollte die Bedenken Guertls insoweit berücksichtigen, daß Abs. 2 gestrichen wird, um die Bestimmung nicht ausdrücklich hervorzuheben. Auf eine Revision könne in anderem Zusammenhang hingewirkt werden. Der Vorsitzende war damit einverstanden. Beide Berichterstatter stimmten dem Wegfall des Abs. 2 zu. Daraufhin wurde Art. 7 in der Fassung der Beilage beschlossen.

Zu Art. 8 erwähnte der Vorsitzende, daß er seinerzeit einen Art. 5 a beantragt habe, weil das Kontrollratsgesetz vorsehe, daß auf Verlangen in solchen Fällen ein Mietvertrag abgeschlossen werde. In Ausführung dieses Gesetzes wolle er hier die Annahme eines stillschweigenden Mietvertrags als gesetzliche Fiktion festlegen, wenn der Vermieter drei Monate lang die Miete entgegengenommen und nicht widersprochen habe.

Der Mitberichterstatter stellte die Frage, ob die Rechtsprechung nicht schon bisher einen stillschweigenden Abschluß des Vertrages angenommen habe, worauf Regierungsdirektor Fellner erklärte, der Vorschlag habe wegen der rechtlichen Analyse einige Schwierigkeiten gemacht. Es sei davon auszugehen, daß es sich um Ausführungsrecht zum Kontrollratsgesetz Nr. 18 handle. Dabei sei aber die Frage zu prüfen, ob sich der Vorschlag innerhalb des Gesetzes halte oder ob er diesen Rahmen sprengt; denn das Gesetz sage:

Falls der Eigentümer nicht einwilligt oder nicht erreichbar ist, kann die Wohnungsbehörde eine Verfügung erlassen, welche die Wirkung eines Mietvertrags hat.

Die Verfassung garantiere sowohl die Wohnung wie die Vertragsfreiheit. Eingriffe bedürften eines Gesetzes.

Die hierfür vorgesehenen Mittel bestimme auch das Kontrollratsgesetz nicht. Ob ein konkludentes Verhalten im rechtsgeschäftlichen Sinn Zustimmung bedeute, könne man nicht von vornherein behaupten oder verneinen; es komme auf die Verkehrsanschauung und die Umstände des einzelnen Falles an.

Der Vorsitzende erwiderte, er habe gerade den im Wohnungsgesetz nicht geregelten Fall treffen wollen, daß ohne Abschluß eines förmlichen Mietvertrags der Vermieter die Miete eine Zeitlang ohne Vorbehalt entgegengenommen habe. Das sei eine konkludente Handlung. Durch die vorbehaltlose Annahme müsse er, da zum Abschluß des Mietvertrags keine besondere Form vorgeschrieben sei, als Vermieter gelten. Insoweit liege nur eine Ergänzung, keine Erweiterung und keinesfalls ein Widerspruch zum Kontrollratsgesetz Nr. 18 vor. Der Mitberichterstatter warf den Gesichtspunkt der Zuständigkeit des Bayerischen Landtags zur Ergänzung eines Kontrollratsgesetzes auf.

Der Vorsitzende hatte kein Bedenken gegen den Erlaß bayerischer Durchführungsbestimmungen zum Kontrollratsgesetz und auch Regierungsdirektor Fellner erklärte das für möglich, da die Durchführungsverordnung zum Wohnungsgesetz keine zonale Verordnung sei. Der Vorsitzende verwies außerdem auf die praktischen Verhältnisse. Die Wohnungsbehörde habe in den meisten Fällen von der Möglichkeit des Erlasses einer Mietverfügung nicht Gebrauch gemacht, weshalb jetzt vieles in der Luft hänge. Die vorgeschlagene Regelung entspreche auch der Billigkeit. Warum solle der Verfügungsberechtigte, der den Eingriff hingenommen und den Mietzins entgegengenommen habe, nicht wie der Vermieter behandelt werden? Der Abgeordnete Pöschel erinnerte daran, daß auch nach der Reichsversicherungsordnung eine Bindung entstehe, wenn drei Monate lang Beiträge angenommen worden seien. Der Vorsitzende erklärte, er wäre auch bereit, die Frist auf sechs Monate zu verlängern, wogegen der Berichterstatter bei drei Monaten bleiben wollte.

Der Abgeordnete Hauck Georg führte aus, ihm seien in seiner Gemeinde noch keinerlei Mietverfügungen bekannt geworden; es ergingen nur Einweisungsbescheide. Meist begnüge man sich auf dem Land mit dem tatsächlichen Zustand. Man müsse also annehmen, daß dieser trotz ursprünglichen Widerspruchs anerkannt wurde.

Der Berichterstatter war für Zustimmung, desgleichen der Mitberichterstatter, der hierzu noch ausführte, der Vorschlag lege eigentlich die Rechtslage klar, wie sie schon bisher war. Auch die Rechtsprechung sei im großen und ganzen so gewesen. Auch das demnächst erscheinende Bundes-Wohnungsgesetz werde die gleiche Regelung bringen.

Regierungsdirektor Fellner hatte gegen die Fassung Bedenken. Die Beschränkung auf den Eigentümer sowie auf erfaßte Wohnungen sei zu eng. Außer dem gesetzlichen Vertreter kämen wohl auch bevollmächtigte Vertreter in Frage.

Daraufhin wurde Art. 8 angenommen, wie er zur Beschlußfassung dem hohen Hause vorliegt.

Das ist im wesentlichen aus den Ausschußverhandlungen dem hohen Hause vorzutragen gewesen. Ich bitte Sie, dem Ausschußantrag auf Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf beizutreten.

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir treten nunmehr in die erste Lesung des Gesetzesentwurfs ein. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Krempf.

**Krempf (CSU):** Meine Damen und Herren, hohes Haus! Ich bin und andere Kollegen sind mit mir damit einverstanden, daß die erste Lesung des Gesetzesentwurfs heute durchgeführt wird. Wir sind aber nicht damit einverstanden, daß die zweite Lesung sofort abgeschlossen wird.

Zur ersten Lesung muß ich den Unterschied zwischen der Auffassung eines Teils des Hauses und der Auffassung eines anderen Teils zu Art. 4 klarlegen. Kollege Schefbeck hatte einen Entwurf ausgearbeitet, der im großen und ganzen der Beilage 3328 zugrunde liegt. Bei Art. 4 entstanden aber Meinungsverschiedenheiten.

Der Vorschlag Schefbeck lautete:

Hat eine Behörde einen Hauseigentümer oder einen ihm gleichstehenden dinglich Berechtigten aus dem Haus entfernt, so können die Wohnungsbehörden zur Rückführung des dinglich Berechtigten auf dessen Antrag die hierfür erforderlichen Wohnungen oder Wohnräume im Wege einer Räumungsanordnung freimachen, wenn die Inhaber innerhalb der Gemeinde anderweitig angemessen untergebracht werden.

Der Ausschuß fügte ein:

... freimachen, wenn der Antragsteller vom Befreiungsgesetz tatsächlich nicht betroffen oder Entlasteter ist und die Inhaber innerhalb der Gemeinde anderweitig angemessen untergebracht werden.

Hierüber ist eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit entstanden. Wie auch der Berichterstatter Zietsch festgestellt hat, wünschte in der Aussprache ein Teil der Ausschußmitglieder folgende Fassung:

... freimachen, wenn der Antragsteller vom Befreiungsgesetz tatsächlich nicht betroffen oder Entlasteter oder Mitläufer ist und die Inhaber innerhalb der Gemeinde anderweitig angemessen untergebracht werden.

Ein Teil der Ausschußmitglieder wollte auch auf dem Wohnungsmarkt eine neue Provokation oder Diffamierung einer Gruppe von Mitbürgern vermieden sehen.

(Wimmer: Wir sind ja nicht diffamiert worden!)

Es muß alles einmal aufhören, soweit wir bestimmt wissen — —

(Dr. Hoegner: 12 Jahre lang sind wir diffamiert worden! — Wimmer: Wir sind bloß „verdrängt“ worden!)

Wir müssen uns doch darüber klar werden, ob es recht ist, wenn ein Hauseigentümer, der Mitläufer ist — —

(Zuruf: Nazi!)

— Mitläufer! Entweder hätte man überhaupt keine Mitläufer machen sollen oder den ganzen Krampf nicht aufziehen sollen. Regen wir uns doch nicht auf! Wir sind uns immer noch einig geworden. Ich glaube, daß wir uns bis zur zweiten Lesung ausdenken werden, wie wir auch über dieses Gesetz zu einer einheitlichen Auffassung kommen können.

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Aussprache ist also in der ersten Lesung geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegt der Text des Gesetzes auf Beilage 3328 zugrunde.

Ich rufe auf Art. 1. — Wenn kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe weiter auf Art. 2. Hier ist festzustellen, daß in Beilage 3328 in Art. 2 Abs. 2 nach dem Wort „anderweitig“ das vom Ausschuß mitbeschlossene Wort „angemessen“ weggeblieben ist. Abs. 2 muß also richtig heißen:

Die Wohnungsbehörde kann die Zuteilung (Abs. 1) ablehnen, wenn die Wohnung unterbelegt würde und der frühere Inhaber anderweitig angemessen untergebracht ist oder wird.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Art. 2 in der von mir soeben bekanntgegebenen Fassung die Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Art. 3. — Auch hier darf ich die Zustimmung des Hauses feststellen, wenn sich kein Widerspruch erhebt.

(Schefbeck: Im letzten Satz muß es heißen: „Auf Antrag eines Beteiligten“, nicht „eines Berechtigten“.)

— Mit dieser Korrektur ist Art. 3, wie ich feststelle, angenommen.

Ich rufe auf Art. 4. — Es erhebt sich kein Widerspruch; Art. 4 ist somit angenommen.

(Krempf: Ist nicht angenommen! — Heiterkeit.)

Ich habe ausdrücklich festgestellt: Es erhebt sich kein Widerspruch, also ist Art. 4 angenommen. Ich bitte, den Widerspruch rechtzeitig geltend zu machen.

(Schefbeck: Er weiß nicht, daß Sie artikelweise abstimmen lassen; er ist doch kein Hellseher.)

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, ist der betreffende Artikel angenommen.

(Bezold: Er hat Ohren wie alle anderen auch.)

Ich rufe auf Art. 5. — Auch hiergegen wird kein Widerspruch geltend gemacht. Ich stelle also die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Art. 6. — Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Art. 6 ihre Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. — Das Haus hat Art. 6 in der Fassung der Vorlage beschlossen.

Es folgt nun Art. 7. Hierzu hat mir der Herr Abgeordnete Schefbeck einen Antrag folgenden Wortlauts übergeben:

Dem Art. 7 ist ein Abs. 2 folgenden Inhalts anzufügen:

Das Recht des Vermieters zur Kündigung und zur Erhebung der Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses bleibt unberührt.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, welche diesem Antrag Schefbeck, dem Art. 7 noch diesen zweiten Absatz anzufügen, zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Das ist die Mehrheit des Hauses; der Antrag ist angenommen. Ich stelle fest, daß Art. 7 in Abs. 1 und Abs. 2 angenommen ist.

Ich rufe auf Art. 8. — Es macht sich kein Widerspruch geltend; ich stelle fest, daß auch Art. 8 angenommen ist.

(Präsident)

Nach Art. 9 tritt das Gesetz am 1. März 1950 in Kraft. — Auch hiergegen wird keine Erinnerung erhoben; ich stelle also die Zustimmung des Hauses fest.

Damit ist die erste Lesung beendet.

Nun ging der Vorschlag des vorhin amtierenden Präsidenten dahin, daß auf die erste Lesung gleich die zweite Lesung folgen solle. Dagegen ist vom Herrn Abgeordneten Krempf Einspruch erhoben worden. Nach § 32 der Geschäftsordnung hat das Haus darüber zu entscheiden.

**Bezold Otto (FDP):** Wir schließen uns dem Einspruch an.

**Dr. Hoegner (SPD):** Auch wir sind damit einverstanden, daß die zweite Lesung verschoben wird.

**Präsident:** Ich stelle also fest, daß das ganze Haus damit einverstanden ist, die zweite Lesung zu vertagen. Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe nun auf Punkt 13 der Tagesordnung:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend Antrag des Amtsgerichtsrats Dr. Ruppert in Bad Kissingen auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der §§ 4, 5, 21 des Hebammengesetzes vom 21. 12. 1938 (Beilage 3313).**

Hierüber berichtet der Herr Abgeordnete Schefbeck; ich erteile ihm das Wort.

**Schefbeck (CSU) [Berichterstatter]:** Meine Damen und Herren! Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat zu diesem Gegenstand folgenden Beschluß gefaßt:

Der Landtag erklärt sich als am Verfahren nicht beteiligt, da es sich um kein vom Bayerischen Landtag beschlossenes Gesetz handelt.

Der Ausschuß ersucht Sie, diesem Beschluß zuzustimmen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Ausschusses, den Ihnen der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, gehört. Ich bitte die Mitglieder des Hauses, welche diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Es ist im Sinne des Ausschußantrags beschlossen.

Nun rufe ich noch auf Punkt 4 der für gestern festgesetzten Tagesordnung:

**Mündlicher Bericht des Ausschusses für Entnazifizierungsfragen zum Antrag des Abgeordneten Zietsch betreffend Einstellung von Versicherungsinhabern durch die Bundesbahn und Bundespost entsprechend dem Gesetz zur Überführung der bei der politischen Befreiung tätigen Personen in andere Beschäftigungen (Beilage 3240).**

Berichterstatter ist der Herr Kollege Zietsch; ich erteile ihm das Wort.

**Zietsch (SPD) [Berichterstatter]:** Hohes Haus! Der Ausschuß für Entnazifizierungsfragen hat sich in seiner 21. Sitzung unter anderem auch mit der Frage der Durchführung des Überführungsgesetzes zugunsten der Versicherungsinhaber zu beschäftigen gehabt,

und zwar auf Grund der durch das diesbezügliche Urteil des Verfassungsgerichtshofs neu geschaffenen Lage.

Berichterstatter war der Abgeordnete Zietsch, Mitberichterstatter der Abgeordnete Allwein.

Der Berichterstatter ging davon aus, daß das Urteil des Verfassungsgerichtshofs die bisherige Sachlage völlig verändert habe. Sodann wurden die wichtigsten Punkte aus der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs im einzelnen vorgetragen.

Regierungsdirektor Dr. Bachl gab als Vertreter des Finanzministeriums folgende Erklärung ab: Man habe aus der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs — unbeschadet, welche Entscheidung gelte — die Konsequenzen in der Weise gezogen, daß das bayerische Staatsministerium der Finanzen zusammen mit dem Staatsministerium für Sonderaufgaben am 27. Dezember 1949 eine Bekanntmachung über die Zahlung des Übergangsgeldes erlassen habe.

Regierungsdirektor Heide äußerte sich zur Frage der Unterbringung von Versicherungsinhabern bei den Gemeinden. Wie er ausführte, haben sich im Bereich der Gemeindeverwaltungen Schwierigkeiten der Unterbringung besonders daraus ergeben, daß die Vereinbarkeit des Überführungsgesetzes mit der bayerischen Verfassung von den Gemeinden und Gemeindeverbänden, vor allem den kommunalen Spitzenverbänden, angezweifelt wurde. Nach dieser Richtung habe das Urteil des Verfassungsgerichtshofs eine Klärung gebracht. Die Spitzenverbände anerkennen jetzt das Gesetz und hätten sich bereit erklärt, positiv an der Unterbringung der Versicherungsinhaber mitzuarbeiten. Man werde nicht umhin können, eine Verordnung darüber auszuarbeiten, wie die Unterbringung der ehemaligen Spruchkammerangestellten durchzuführen sei. Der Verfassungsgerichtshof habe anerkannt, daß die Zuweisung und Zuteilung durch die Kreisregierungen gesetzmäßig und verfassungsmäßig sei. Man könnte in der zu erlassenden neuen Ausführungsverordnung an dem Weg der Zuweisung festhalten. Es wäre auch zu überlegen, ob man nicht einen ähnlichen Weg gehen könne wie Württemberg und Hessen, die bestimmt haben, daß — ähnlich wie bei den Schwerbeschädigten und Flüchtlingen — ein bestimmter Prozentsatz aller Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen im Staat und bei den öffentlichen Körperschaften mit Versicherungsinhabern zu besetzen sei. Württemberg habe einen Satz von 3, Hessen einen solchen von 2 Prozent festgesetzt.

Der Abgeordnete Bezold Otto fand die Bereitwilligkeit aller Ministerien zur Mitarbeit bestätigt. Es sehe so aus, als habe das Urteil des Verfassungsgerichtshofs der Exekutive eine Grundlage für die Arbeit gegeben. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen schlug der Redner aber dem Ausschuß vor, nach einiger Zeit einen Bericht einzufordern, was von der Bereitwilligkeit zur Tat geworden sei. Dies sei für die Regierung ein Ansporn, mit Zahlen und effektiven Erfolgen aufzuwarten. Man sollte daher in die Verordnung aufnehmen, daß das Innenministerium die Versicherungsinhaber den einzelnen Gemeinden zuweist, und zwar nicht unter 3 Prozent der gesamten Beamten- und Angestelltenstellen. Der Abgeordnete Bezold unterstrich im übrigen, daß der Begriff des Rechtsstaates auch in der Frage der Versicherungen zu gelten habe; denn es könnte sein, daß der Staat wieder einmal in einen ähnlichen Notstand komme und mit ähnlichen Versprechungen an

**(Zietsch [SPD])**

seine Bürger herantrete, wie er es bei der Entnazifizierung getan habe. Es sei ihm bange davor, sich vorzustellen, wie viele solcher Flötentöne noch zu hören sein würden. Es hätte schon manches geschehen können, was unterblieben sei, und es habe sich schon Merkwürdiges ereignet, was nicht hätte geschehen brauchen.

Der **Vorsitzende** unterstrich die Ausführungen des **Vorredners** und meinte, es hätte besser ausgesehen, wenn die kommunalen Spitzenverbände sich rechtzeitig zur Mitarbeit bereit erklärt hätten und nicht erst jetzt, da es auf Grund der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs nicht mehr zu umgehen sei. Der Sinn des Überführungsgesetzes sei klar und unmißverständlich.

Regierungsdirektor Dr. **Bachl** erörterte die Verhältnisse bei Bahn und Post. Er bat den Entnazifizierungsausschuß, auf den Bundestag einzuwirken, damit Bahn und Post die geringe Anzahl von Zusicherungsträgern übernehmen, die man ihnen zugemutet habe. Es handle sich um 99 Personen bei der Bahn und um 86 bei der Post.

Der **Vorsitzende** stellte fest, daß der Ausschuß die Ausführungen des Vertreters des Innenministeriums über die Zusicherungsinhaber, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden zugeteilt wurden, zur Kenntnis nehme, in der Erwartung, daß die in Aussicht gestellte Verordnung unverzüglich erlassen werde. Der Ausschuß werde sich in einer späteren Sitzung über die Auswirkungen dieser Verordnung berichten lassen. Wie es sich mit der Zahlung des Übergangsgeldes verhalte, sei klar. Es müßten nur noch die Verhältnisse bei der Bundesbahn und Bundespost geklärt werden. Er hielt es für notwendig, eine vom Abgeordneten **Donsberger** gegebene Anregung in einen Antrag zu fassen, der dem Plenum am 17. Januar vorgelegt werden soll.

Ministerialrat Dr. **Erber** ergänzte die Ausführungen des Abgeordneten **Bezold** mit dem Hinweis darauf, daß zu Beginn der Entnazifizierung Generaldirektor **Fischer** persönlich nach München gekommen sei und ihm in bewegten Worten die schwierige Situation der Bahn dargestellt habe, um eine rasche Entnazifizierung zu erreichen. Der Redner erinnerte dann daran, wie sehr man sich beim Länderrat in Stuttgart für eine Sonderbehandlung der Post und Eisenbahn eingesetzt habe. Demgegenüber finde er das heutige Verhalten von Bahn und Post als reichlich undankbar und unfreundlich. Es handle sich um die Erfüllung einer selbstverständlichen Anstandspflicht von Seiten der Bahn und Post. Die vorgetragenen Zahlen halte er für zu niedrig. Wenn man nicht Bahn und Post angemessen an der Unterbringung der Zusicherungsinhaber beteilige, sei das Problem kaum zu lösen.

Der **Vorsitzende** schlug dann folgenden Antrag vor:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund darauf hinzuwirken, daß endlich die Bundesbahn und die Bundespost ihre Verpflichtungen aus dem Gesetz zur Überführung der bei der politischen Befreiung tätigen Personen in andere Beschäftigungen vom 27. März 1948 erfüllen und die auf Bahn und Post in Bayern entfallende geringfügige Zahl von Zusicherungsinhabern einstellen.

Der Ausschuß schloß sich diesem Antrag einstimmig an. (Ruth: Ich hätte ein Interesse daran zu erfahren, wie der Verfassungsgerichtshof entschieden hat.)

— Der Antrag beim Verfassungsgerichtshof bezweckte die Feststellung, daß die Staatsregierung nicht berechtigt sei, die Selbstverwaltungskörperschaften zu verpflichten, Einstellungen auf Grund dieses Gesetzes vorzunehmen. Der Ausschuß forderte Abhilfe durch eine andere Regelung, die von der Staatsregierung vorbereitet wird.

Herr Präsident, ich bitte ums Wort.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Zietsch**.

**Zietsch (SPD):** Meine Damen und Herren! Das Zusicherungsgesetz hat den Entnazifizierungsausschuß sehr oft beschäftigt. In diesem Gesetz ist für die Spruchkammerangestellten ein Anspruch auf Beschäftigung vorgesehen. Nur in den Fällen, in denen eine Unterbringung nicht möglich ist, soll bis zur Höchstdauer von 18 Monaten ein Übergangsgeld gezahlt werden. Ich stelle also fest: Der Anspruch auf eine Beschäftigung bleibt für jeden bestehen, der bei der Spruchkammer tätig war, sich dort mindestens zwölf Monate bewährt und demzufolge die Zusicherung erhalten hat, auch wenn die Zahlung des Übergangsgeldes wegen des Ablaufs der 18 Monate aufhört und er ohne sein Verschulden noch immer nicht in eine Beschäftigung eingewiesen werden konnte.

In diesem Hause ist oftmals darüber geklagt worden, daß das Überführungsgesetz sehr, sehr lau gehandhabt werde und daß man für die Zusicherungsinhaber kein allzu großes Interesse gezeigt habe. In vielen Klagen, die dem Entnazifizierungsausschuß, aber auch mir persönlich zugegangen sind, wird festgestellt, daß die ehemaligen Mitarbeiter der Spruchkammern heute schon wieder boykottiert und wirtschaftlich in jeder Beziehung benachteiligt werden. Es ist auch festzustellen, daß die in die Ämter wieder eingestellten ehemaligen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei innerhalb der Ämter versuchen, geschlossene Gruppen zu bilden und in jedem Falle dafür Sorge tragen, daß ein ehemaliger Angehöriger einer Spruchkammer nicht in ein solches Amt kommt. Wie ich schon sagte, ist eine dicke Akte über derartige Fälle vorhanden. Sie wissen sicher noch, meine Damen und Herren, daß der verstorbene Sonderminister, Herr Dr. **Hagenauer**, vor Jahresfrist etwa, in diesem Hause einmal sehr nachdrücklich für seine Mitarbeiter innerhalb des Sonderministeriums eintreten mußte, weil vor allen Dingen gegen die Zusicherungsinhaber Presseangriffe von unerhörter Schärfe geführt worden sind. Wir haben uns im Entnazifizierungsausschuß mit diesen Beschwerden beschäftigen und uns von den Vertretern der Ministerien immer wieder sagen lassen müssen, daß ein Großteil der ehemaligen Spruchkammerangestellten als Zusicherungsinhaber bis heute noch nicht untergebracht ist. Wie ich in meinem Ausschußbericht vorgetragen habe, bestehen die Unterbringungsschwierigkeiten insbesondere bei der **Bundesbahn** und bei der **Bundespost**. Deshalb steht ja der heutige Antrag zur Annahme zur Debatte. Wir haben uns im Ausschuß sogar mit der Frage beschäftigen müssen, was mit Strafanträgen zu geschehen hat, die von ehemaligen Nationalsozialisten gegen Leute ge-

(Ziefisch [SPD])

stellt werden, die in Spruchkammerverfahren wahrheitsgemäß gegen sie ausgesagt haben. Auch damit wird also versucht, Leute unter Druck zu setzen, die ihre Aussagen bei den Spruchkammern wahrheitsgemäß gemacht haben. So beginnt ein Kesseltreiben von allen Seiten. Ich könnte Ihnen Briefe vorlesen, will Sie aber damit gar nicht aufhalten; denn ich nehme an, daß Sie die Verhältnisse zur Genüge kennen.

Wir haben nun in der letzten Vollsitzung in diesem hohen Hause eine sehr ernste Aussprache über neofaschistische Erscheinungen gehabt. Sie werden sich wohl alle noch an die beschwörenden Worte erinnern, die mein Kollege Dr. Hoegner in diesem Zusammenhang gebraucht hat. Er hat bei dieser Gelegenheit auch an den seinerzeitigen Aufruf erinnert, den die Staatsregierung und alle politischen Parteien am 21. Juni 1946 zur Frage der Entnazifizierung erlassen haben. Darin heißt es sehr schön:

„Die Bayerische Staatsregierung und die unterzeichneten Parteivorsitzenden verbürgen sich dafür, daß niemand, der an der Durchführung dieses Gesetzes beteiligt ist oder ihm seine Unterstützung gewährt, etwas zu befürchten hat.“

Meine Damen und Herren, dieser Satz ist absolut eindeutig und klar. Damals, als er niedergelegt wurde, also im Jahre 1946, waren die Leute, die heute glücklich durch die Spruchkammer gegangen sind und nun glauben, ihr Haupt wieder erheben zu dürfen, noch sehr klein, und von vielen hat man nichts gewußt, bis sie langsam wieder aufgetaucht sind. Unter der Voraussetzung dieses Aufrufs sind die vielen Tausende Mitarbeiter, die völlig unbelastet und vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus nicht betroffen waren, an die schwere Arbeit in den Spruchkammern herangegangen. Wenn wir nun von dieser Bürgschaft ausgehen, so ist der vorliegende Antrag auch für die Staatsregierung nichts weiter als eine Erinnerung an die seinerzeitige Zusage, die meiner Auffassung nach eingehalten werden muß. Wenn die jetzigen Mittläufer usw. sagen, wir leben in einem Rechtsstaat, so hat Kollege Bezold im Ausschuß ganz eindeutig klargestellt, daß die rechtsstaatlichen Grundsätze auch für die Leute gelten, die den Nazistaat, den die heutigen Mittläufer seinerzeit unterstützt haben, seit jeher als Nazistaat und nicht als Rechtsstaat betrachtet haben. Deswegen halte ich es für notwendig zu sagen, die Staatsregierung möge sich besser und ernsthafter als bisher des Kreises der ehemaligen Spruchkammermitarbeiter annehmen, damit wir auch in dieser Frage zu einer gerechten und rechtsstaatlichen Lösung kommen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Hille!

Dr. Hille (SPD): Meine sehr geehrten Herren! Als ich heute mittag ins Büro kam — es ist gut, wenn man aus der Praxis spricht —, sagte mir meine Sekretärin, heute vormittag seien nicht weniger als drei sogenannte Zusicherungsempfänger dagewesen, die mich als Abgeordneten, vielleicht auch als Arbeitsamtsleiter — ich nehme an als Abgeordneten — sprechen wollten. Sie wollten sich darüber beschweren, daß sie keinen

Unterstützungsanspruch haben. Es handelt sich dabei um Spruchkammervorsitzende und Öffentliche Kläger.

(Seifried: Hört! Hört!)

Ja, sie haben keinen, meine sehr geehrten Herren! Sie haben deshalb keinen, weil sie nicht versicherungspflichtig waren. Sie sind nunmehr darauf angewiesen, als Fürsorgeunterstützungsempfänger, als Armenunterstützungsempfänger zu den Herren zu gehen, die sie seinerzeit entnazifiziert haben. Das ist das Paradoxe an der Situation. Und wenn sie zu den Unternehmern kommen, da sitzen entweder die Unternehmer selbst — das ist der kleinere Teil — oder in den Personalbüros bereits wieder die entnazifizierten Nazi, die ihnen sagen: Was, Sie wollen Arbeit haben als ehemaliger Angestellter der Spruchkammer? Bei Ihnen piept es wohl? Es gibt keine Arbeit, und sei es nur Hilfsarbeit. — Das ist der Rechtsstaat, meine sehr geehrten Herren, das ist unsere Situation! Mehr wollte ich nicht festgestellt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident: Herr Abgeordneter Huth!

Huth (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mit dem, was sowohl der Berichterstatter als auch der Herr Kollege Hille hier festgestellt hat, durchaus einverstanden. Ich sehe, wie die Dinge laufen. Aber wir müssen sie vielleicht einmal etwas ruhiger betrachten. Zunächst handelt es sich in diesem Falle um ein Länderratsgesetz. Dieses Länderratsgesetz beinhaltet klar und eindeutig eine Mußvorschrift, wonach Spruchkammervorsitzende, Öffentliche Ermittler und Öffentliche Kläger von der Staatsregierung anderweitig unterzubringen sind. Herr Kollege Hille, soweit ich bis jetzt die Dinge verfolgt habe, habe ich in keinem Fall gesehen, daß ein Spruchkammervorsitzender, ein Öffentlicher Kläger oder ein Ermittler von seiten der Staatsregierung keine Unterstützung bekommen hat. Ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar — —

(Zuruf links.)

— Ich widerspreche Ihnen nicht, sondern bin im Grundsätzlichen vollkommen einverstanden.

Nun handelt es sich um eine andere Frage, und zwar die Kannvorschrift dieses Länderratsgesetzes, von der die Staatsregierung Gebrauch gemacht hat. Wie liegen nun die Dinge?

Meine Herren! Diejenigen Kommunen, Gemeinden und Landratsämter, die bislang in — sagen wir — vorsichtiger Weise das Personal so knapp an Zahl gehalten haben, daß die Arbeit gerade noch zu bewältigen war, bekamen Zusicherungsempfänger in Massen zugesprochen.

(Widerpruch.)

— Meine Herren, lassen Sie mich einmal weiterreden!

Es handelt sich bei dem Antrag des Ausschusses um Bundespost und Bundesbahn. Ich bin damit einverstanden, wenn die Staatsregierung beauftragt wird, im Interesse der Zusicherungsempfänger bei der Bundesregierung vorstellig zu werden. Ich wäre aber nicht einverstanden, wenn hier ein Gesetz beschlossen würde, für das wir gar nicht zuständig wären; denn

(Huth [CSU])

es handelt sich um Bundesbahn und Bundespost, und ich glaube nicht — —

(Zietsch: Es ist ein Antrag!)

Diesem Antrag werde ich zustimmen. Der Antrag war sehr schlecht formuliert. Ich habe deshalb die Rückfrage gestellt: Was hat der Verfassungsgerichtshof überhaupt entschieden? Herr Kollege Zietsch, ich betone: Im Urteil über die Entnazifizierung, die Entwicklung im nationalsozialistischen Sinn, die Entwicklung des Neofaschismus gehe ich mit Ihnen hundertprozentig einig. Ich könnte noch mehr sagen. Ich könnte Dinge erzählen, die weiß Gott wirklich schlimm sind. Aber wir sind augenblicklich in den Kommunen und Landratsämtern bei der Auflösung der Ernährungsämter. Diese Menschen, die fünf Jahre treuestens ihre Pflicht getan haben, werden aber auch restlos auf die Straße gesetzt.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Sie müssen das als großen Undank empfinden, nachdem sie fünf Jahre treu gedient haben. Ich kenne Leute, die früher im Reichsnährstand tätig waren und absolut nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hatten. Auch sie werden auf die Straße gesetzt, obwohl sie bereits 12 und 15 Jahre tätig sind. Die sagen: Haben wir nicht mehr oder mindestens genau so unsere Pflicht getan, wie ein Mädchen, das da drin im Büro einer Spruchkammer saß, absolut nichts für die Öffentlichkeit zu tun hatte und niemals politisch angefeindet wird? Wir werden mit 10 und 12 Dienstjahren auf die Straße gesetzt, und die ist nur ein oder zwei Jahre tätig! Die kriegt Zusicherungen!

(Zuruf links: Ach wo!)

— Lassen Sie mich doch aus der Erfahrung reden! Ich erkläre ja, ich bin grundsätzlich mit Ihnen einverstanden. Ich hätte gar nicht gesprochen, wenn der Antrag des Ausschusses nicht so unklar gewesen wäre. Den Ausführungen des Berichterstatters war nicht zu entnehmen, was der Ausschuß überhaupt wollte. Wenn der Berichterstatter, der Herr Kollege Zietsch, der sonst so gründlich arbeitet, gesagt hätte: Der Antrag des Ausschusses lautet: Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, daß Bundespost und Bundesbahn verpflichtet werden, sich der Zusicherungsempfänger anzunehmen, dann wären die Dinge klar gewesen.

(Zietsch: So lautet ja der Antrag!)

— Ja; Kollege Zietsch hat aber bloß dem Sinn nach gesagt: Wir wünschen, daß sich die Staatsregierung künftighin der Zusicherungsempfänger besser annimmt. Wenn der Antrag in dem jetzt festgestellten Sinne lautet, bin ich bereit, ihm zuzustimmen. Soweit aber die Landratsämter und die Gemeinden durch eine Kannvorschrift verpflichtet werden sollen, die an sich schon die Pflichten gegenüber den Kriegsbeschädigten und den politisch Verfolgten erfüllen müssen, lehne ich das ab. Wir müssen in unseren Ämtern auch auf die Qualität der Kräfte sehen. Wenn der Antrag aber lediglich Bundesbahn und Bundespost betrifft, dann bin ich gern bereit, meine Bedenken zurückzustellen und zuzustimmen.

(Zietsch: Es handelt sich nur darum, Herr Kollege; ich habe den Antrag vorgelegt.)

**Präsident:** Wir kommen zur Abstimmung. Ich will den Wortlaut des Antrags noch einmal verlesen. Er lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, beim Bund darauf hinzuwirken, daß endlich die Bundesbahn und die Bundespost ihre Verpflichtungen aus dem Gesetz zur Überführung der bei der politischen Befreiung tätigen Personen in andere Beschäftigungen vom 27. März 1948 erfüllen und die auf Bahn und Post in Bayern entfallende geringfügige Zahl von Zusicherungsinhabern einstellen.

(Bezold Otto: Der Antrag ist ziemlich genau formuliert; es waren ja auch vielgeschmähte Juristen dabei.)

Ich darf bemerken, daß die Formulierung derartiger Anträge in Zukunft lauten soll „beim Bund“ und nicht „bei der Bundesregierung“, weil durch den Ausdruck „beim Bund“ alle Organe angesprochen werden, die zuständig sind.

Sie haben den Antrag des Ausschusses gehört. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, welche ihm zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Damit wäre die heutige Tagesordnung erledigt mit Ausnahme des Punktes 6, Rückgliederung des Landkreises Friedberg in den Regierungsbezirk Oberbayern. Dieser Gegenstand soll dem Verfassungsausschuß zur nochmaligen Beratung überwiesen werden, auch soll den Fraktionen inzwischen Gelegenheit gegeben werden, dazu Stellung zu nehmen. — Nicht erledigt sind ferner Punkt 10, Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und Punkt 11, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“. Diese drei Punkte sind zurückgestellt. Die übrigen Gegenstände einschließlich des Nachtrags für heute sind erledigt.

Die Tagesordnung für morgen ist bereits in Ihren Händen. Ich darf dazu noch folgendes bemerken: Der Punkt 2 sieht vor einen Bericht des Untersuchungsausschusses über die Vorgänge im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Fall Steffen. Hierüber berichtet der Herr Abgeordnete Maag. Dieser schreibt mir aber, er bitte, den Punkt 2 von der Tagesordnung für Freitag, den 10. Februar, abzusetzen, da er nicht anwesend sein kann. Wir müssen diesem Wunsche Rechnung tragen.

Ich darf noch bekanntgeben, daß die Freie Fraktionsgemeinschaft um ein Mitglied stärker geworden ist. In einem Schreiben erklärt der Herr Abgeordnete Georg Kerner seinen Beitritt zur Freien Fraktionsgemeinschaft. Die Freie Fraktionsgemeinschaft zählt nunmehr 13 Mitglieder.

Die nächste Plenarsitzung ist morgen vormittag 9 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 8 Minuten.)

